



HESSISCHER LANDTAG

04. 10. 2006

112. Sitzung

Wiesbaden, den 4. Oktober 2006

	Seite		Seite
Amtliche Mitteilungen	7721		
<i>Entgegengenommen</i>	7721		
Vizepräsident Frank Lortz	7721		
Nicola Beer	7764		
Axel Wintermeyer	7764		
Reinhard Kahl	7764		
Vizepräsidentin Sarah Sorge	7764		
10. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz über die Zustimmung zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Hessen und dem Freistaat Thüringen zur Änderung des Staatsvertrages über die Bildung einer gemeinsamen Sparkassenorganisation Hessen-Thüringen			
– Drucks. 16/6068 –	7721		
<i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i>	7721		
Vizepräsident Frank Lortz	7721		
1. Fragestunde			
– Drucks. 16/6015 –	7721		
<i>Abgehalten</i>	7728		
Präsident Norbert Kartmann	7728		
Frage 659 – Abg. Aloys Lenz	7721		
Telearbeitsplätze			
Aloys Lenz	7721, 7722		
Minister Volker Bouffier	7722		
Frage 660 – Abg. Sarah Sorge	7722		
Studienbeitragsgesetz			
Sarah Sorge	7722, 7723		
Minister Udo Corts	7722, 7723		
Frage 661 – Abg. Sarah Sorge	7723		
Hessischer Stipendienfonds			
Sarah Sorge	7723		
Minister Udo Corts	7723		
Frage 662 – Abg. Frank-Peter Kaufmann	7723		
Demografische Trendwende			
Frank-Peter Kaufmann	7723, 7724		
Minister Stefan Grüttner	7723, 7724		
Frage 663 – Abg. Tarek Al-Wazir	7724		
Islamischer Religionsunterricht			
Tarek Al-Wazir	7724, 7725		
Ministerin Karin Wolff	7724, 7725		
Frage 664 – Abg. Reinhard Otto	7725		
Entwicklung der Brennholzpreise			
Reinhard Otto	7725		
Minister Wilhelm Dietzel	7725		
Heinrich Heidel	7725		
Frage 665 – Abg. Elisabeth Apel	7725		
Thermische Verwertung von Energiegetreide			
Elisabeth Apel	7725		
Minister Wilhelm Dietzel	7725, 7726		
Martin Häusling	7726		
Frage 666 – Abg. Christel Hoffmann	7726		
10. Hessisches Klimaschutzforum			
Christel Hoffmann	7726		
Minister Wilhelm Dietzel	7726, 7727		
Tarek Al-Wazir	7727		
Frage 667 – Abg. Gernot Grumbach	7727		
Gerichtsstandort in der Frankfurter Innenstadt			
Gernot Grumbach	7727, 7728		
Minister Jürgen Banzer	7727, 7728		
Tarek Al-Wazir	7727		
Nicola Beer	7727		
2. a) Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltspans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2007 (Haushaltsgesetz 2007)			
– Drucks. 16/6011 –	7728		
<i>Nach erster Lesung dem Haushaltsausschuss überwiesen</i>	7764		
b) Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Finanzausgleichsänderungsgesetz 2007			
– Drucks. 16/6012 –	7728		
<i>Nach erster Lesung dem Haushaltsausschuss überwiesen</i>	7764		
c) Antrag der Landesregierung betreffend Finanzplan des Landes Hessen für die Jahre 2006 bis 2010			
– Drucks. 16/6044 –	7728		
<i>Dem Haushaltsausschuss überwiesen</i>	7764		
Minister Karlheinz Weimar	7728		
Norbert Schmitt	7737		

<p>Frank-Peter Kaufmann 7744 Roland von Hunnius 7751 Gottfried Milde (Griesheim) 7757 Vizepräsidentin Sarah Sorge 7764</p> <p>17. Mitteilung der Landesregierung betreffend Änderung der Zuständigkeit der einzelnen Ministerinnen und Minister nach Art. 104 Abs. 2 der Verfassung des Landes Hessen</p> <p>– Drucks. 16/6014 – 7765 <i>Zur Kenntnis genommen</i> 7765 Vizepräsidentin Sarah Sorge 7765</p> <p>3. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Zweites Gesetz zur Änderung des Datenverarbeitungsverbundgesetzes</p> <p>– Drucks. 16/6058 – 7765 <i>Nach erster Lesung dem Innenausschuss überwiesen</i> 7765 Minister Volker Bouffier 7765 Vizepräsidentin Sarah Sorge 7765</p>	<p>6. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Hessisches Ausführungsgesetz zum Schwangerschaftskonfliktgesetz</p> <p>– Drucks. 16/6061 – 7765 <i>Nach erster Lesung dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen</i> 7769 Ministerin Silke Lautenschläger 7765 Petra Fuhrmann 7766 Florian Rentsch 7767 Margaretha Hölldobler-Heumüller 7768 Claudia Ravensburg 7768 Vizepräsidentin Sarah Sorge 7769</p>
--	---

Im Präsidium:

Präsident Norbert Kartmann
 Vizepräsident Frank Lortz
 Vizepräsident Lothar Quanz
 Vizepräsidentin Sarah Sorge

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Roland Koch
 Minister und Chef der Staatskanzlei Stefan Grüttner
 Minister des Innern und für Sport Volker Bouffier
 Minister der Finanzen Karlheinz Weimar
 Minister der Justiz Jürgen Banzer
 Kultusministerin Karin Wolff
 Minister für Wissenschaft und Kunst Udo Corts
 Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Dr. Alois Rhiel
 Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz Wilhelm Dietzel
 Sozialministerin Silke Lautenschläger
 Staatssekretär Dirk Metz
 Staatssekretärin Oda Scheibelhuber
 Staatssekretär Dr. Walter Arnold
 Staatssekretär Dr. Thomas Schäfer
 Staatssekretär Karl-Joachim Jacobi
 Staatssekretär Prof. Dr. Joachim-Felix Leonhard
 Staatssekretär Bernd Abeln
 Staatssekretär Karl-Winfried Seif
 Staatssekretär Gerd Krämer

Abwesende Abgeordnete:

Gerhard Becker (Nidda)
 Michael Denzin
 Volker Hoff
 Dr. Thomas Spies
 Ruth Wagner (Darmstadt)

(Beginn: 14.02 Uhr)

Vizepräsident Frank Lortz:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 112. Plenarsitzung, heiße Sie alle herzlich willkommen, bitte Sie um Aufmerksamkeit und stelle die Beschlussfähigkeit des Hauses fest.

Zur Tagesordnung darf ich Ihnen mitteilen, dass sie Ihnen mit einem Nachtrag mit insgesamt 54 Punkten vorliegt.

Es sind drei Anträge betreffend eine Aktuelle Stunde eingegangen. Es gibt eine Einigung, die Tagesordnungspunkte 50 und 52 gemeinsam aufzurufen, bei einer Redezeit von fünf und zweieinhalb Minuten. Der Tagesordnungspunkt 51 hat eine Redezeit von fünf Minuten. Der Landtag beschließt über das Verhältnis nach § 31 Abs. 6. – Hierzu gibt es keine abweichenden Vorstellungen. Dann werden die Aktuellen Stunden am Freitag um 9 Uhr abgehalten.

Entgegen der Ankündigung in der Tagesordnung wird **Tagesordnungspunkt 10:**

Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz über die Zustimmung zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Hessen und dem Freistaat Thüringen zur Änderung des Staatsvertrages über die Bildung einer gemeinsamen Sparkassenorganisation Hessen-Thüringen – Drucks. 16/6068 –

nicht gelesen. Die Geschäftsführer haben sich auf Bitten der Landesregierung heute Morgen darauf geeinigt, dass dieser Punkt von der Tagesordnung abgesetzt und im November-Plenum beraten wird.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das stimmt nicht, Herr Präsident!)

– Herr Kollege Kaufmann, heute Morgen ist in der Geschäftsführerbesprechung mitgeteilt worden – ich war dabei, ich bin noch nicht ganz verkalkt –, dass dieser Punkt von der Tagesordnung zurückgenommen wird und dass wir ihn deshalb absetzen.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Sie sind überhaupt nicht verkalkt!)

Sind wir uns so einig? Es gab keinen Widerspruch, dass er von der Tagesordnung dieser Plenarsitzungen abgesetzt wird. – Gut, dann sind wir uns wieder einig.

(Unruhe)

Weiter teile ich mit, dass ein Dringlicher Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – ich bitte doch um etwas Ruhe; ich verstehe ja selbst nicht mehr, was ich sage –

(Heiterkeit – Gerhard Bökel (SPD): Hauptsache, wir verstehen Sie!)

betreffend zukunftsfähige Energiepolitik statt Laufzeitverlängerung von Biblis A, Drucks. 16/6097, eingegangen ist. Wird hier die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird dieser Dringliche Antrag Tagesordnungspunkt 55 und kann, wenn dem keiner widerspricht, mit Tagesordnungspunkt 35 zu diesem Thema aufgerufen werden. – Das ist so.

Weiterhin eingegangen ist ein Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der CDU betreffend Hessen schafft gute Bildung für alle, Drucks. 16/6098.

(Reinhard Kahl (SPD): Das muss in Anführungszeichen!)

Wird hier die Dringlichkeit bejaht? – Das ist auch der Fall. Dann wird dieser Dringliche Entschließungsantrag Tagesordnungspunkt 56 und könnte, wenn nicht widersprochen wird, mit Tagesordnungspunkt 36 zu dem Thema aufgerufen werden. – Auch okay.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich denke, das ist gewollt!)

Dann ist die Tagesordnung so genehmigt.

Zum Ablauf der Sitzung. Wie im Ältestenrat vereinbart und in der Tagesordnung vermerkt, tagen wir heute bis 19 Uhr. Wir beginnen mit der Fragestunde. Danach geht es weiter mit Tagesordnungspunkt 2: a) Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2007, Drucks. 16/6011, b) Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Finanzausgleichsänderungsgesetz 2007, Drucks. 16/6012, c) Antrag der Landesregierung betreffend Finanzplan des Landes Hessen für die Jahre 2006 bis 2010, Drucks. 16/6044.

Entschuldigt fehlen heute Staatsminister Volker Hoff sowie Staatsminister Dr. Alois Rhiel, der aber ab ca. 15 Uhr anwesend sein wird.

Ich weise Sie darauf hin, dass die Fußballmannschaft des Hessischen Landtags heute Abend in Wiesbaden-Dotzheim gegen eine Mannschaft der Dr.-Horst-Schmidt-Kliniken antreten wird. Wir wünschen allen Beteiligten viel Spaß, ein gutes Spiel und ein frohes Glückauf.

(Jürgen Walter (SPD): Gesundheit!)

Dann teile ich mit, dass ein Kollege des Hauses einen runden Geburtstag begehen konnte. Am 21.09. wurde unser Kollege Jörg-Uwe Hahn, der Fraktionsvorsitzende der FDP, 50 Jahre alt. Ich wünsche Ihnen im Namen des gesamten Hauses alles Gute für das neue Lebensjahr und die weitere Zukunft.

(Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren, es gibt heute zwei Geburtstagskinder in unseren Reihen. Frau Kollegin Sigrid Erfurth von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kann heute einen runden Geburtstag feiern. Herzlichen Glückwunsch dazu.

(Allgemeiner Beifall)

Der Kollege Reinhard Kahl hat heute ebenfalls Geburtstag. Auch ihm gratulieren wir. Herzlichen Glückwunsch, alles Gute.

(Allgemeiner Beifall – Schriftführerin Dorothea Henzler und Vizepräsident Frank Lortz überreichen je einen Blumenstrauß.)

Meine Damen und Herren, dann rufe ich den **ersten Punkt unserer Tagesordnung** auf:

Fragestunde – Drucks.16/6015 –

Es beginnt mit **Frage 659** Herr Abg. Lenz aus Hanau.

Aloys Lenz (CDU):

Ich frage die Landesregierung:

Wie viele Telearbeitsplätze gibt es bereits in der hessischen Landesverwaltung?

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Innenminister.

Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:

Herr Kollege Lenz, die Landesverwaltung hat im Jahr 2000 einen Modellversuch gestartet. Er ist seinerzeit von der Technischen Universität Darmstadt begleitet worden; das hat sich als sehr positiv erwiesen. Im Jahr 2003 wurde durch mich für die Landesregierung eine gemeinsame Erklärung mit den Vertretern der Gewerkschaft ver.di und der dbb tarifunion für die Einrichtung von Telearbeitsplätzen in der Landesverwaltung abgeschlossen. Wir haben derzeit 412 Telearbeitsplätze.

Vizepräsident Frank Lortz:

Zusatzfrage, Herr Kollege Lenz.

Aloys Lenz (CDU):

Herr Minister, ich frage Sie weiter: In welcher Landesbehörde bzw. in welchem Geschäftsbereich ist die Telearbeit am stärksten verbreitet?

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Innenminister.

Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:

Herr Abgeordneter, beim Hessischen Landtag sind 3 Plätze, bei der Staatskanzlei 17, im Innenministerium 138, im Finanzministerium 77, im Justizministerium 17, im Kultusministerium 12, im Ministerium für Wissenschaft und Kunst 40, im Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung 18, im Umweltministerium 48, im Sozialministerium 40, beim Hessischen Rechnungshof 2.

Vizepräsident Frank Lortz:

Weitere Zusatzfrage, Herr Kollege Lenz. Das ist dann die letzte.

Aloys Lenz (CDU):

Danke schön, Herr Präsident. – Herr Minister, ich frage Sie: Gibt es Erfahrungswerte, in welchem Umfang auch kommunale Behörden dieses Erfolgsmodell, das wir eben aus den einzelnen Ministerien gehört haben, übernommen haben?

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Minister.

Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:

Herr Kollege, das ist mir nicht bekannt. Wir müssten dazu eine Abfrage unternehmen. Ich kann nur sagen, die Er-

fahrungen, die wir bisher gemacht haben, waren außergewöhnlich positiv. Von daher kann man das den Kommunen nur empfehlen. Nach allem, was ich übersehe, ist es im Tarifbereich die beste Möglichkeit, Flexibilität zwischen Familie und Beruf, zwischen Arbeitsort und Arbeitseinsatz zu erreichen. Von daher werde ich Ihre Frage zum Anlass nehmen, an die Kommunalen Spitzenverbände heranzutreten. Aber eine konkrete Auskunft kann ich Ihnen heute noch nicht geben.

Vizepräsident Frank Lortz:

Weitere Zusatzfrage gibt es nicht. – Dann rufe ich die **Frage 660** der Abg. Sorge, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, auf.

Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich frage die Landesregierung:

Wie erklärt sie sich, dass am Abend des 20. Juni 2006 an alle Studierenden der Johann Wolfgang Goethe-Universität mit „stud.uni-frankfurt.de-Account“ eine E-Mail mit dem Absender „Studienbeitraege@hmwk.de“, also einer E-Mail-Adresse des Wissenschaftsministeriums, mit einer „Werbung“ für das Studienbeitragsgesetz verschickt wurde?

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Staatsminister Corts.

Udo Corts, Minister für Wissenschaft und Kunst:

Frau Abg. Sorge, aufgrund der hohen Anzahl von Anfragen zum Thema Studienbeiträge, die im Frühsommer nicht nur im Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst, sondern auch bei der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt eingingen, hatte das HMWK die Universität gebeten, die Studenten in geeigneter Weise darauf hinzuweisen, dass auf den Internetseiten des Ministeriums Informationsmaterial zu dem Thema zur Verfügung steht.

Das Präsidium der Johann Wolfgang Goethe-Universität wählte den Weg einer sogenannten Rundmail an alle Studierenden, wie sie jeder – auch beispielsweise der AStA – dort beantragen kann. Die Studierenden haben nämlich mit der Immatrikulation einen Account beim Hochschulrechenzentrum erhalten. Als Absender der Rundmail hat das HRZ das HMWK sowie die E-Mail-Adresse „Studienbeitraege@hmwk.hessen.de“ eingetragen. Irgendwelche E-Mail-Adressen der Studierenden wurden dem HMWK nicht übermittelt.

Die Rundmail hatte folgenden Wortlaut:

Sehr geehrte Studentinnen und Studenten der Goethe-Universität!

Mit dieser Rundmail möchte die Universität auf einen Link des Hessischen Ministeriums für Wissenschaft und Kunst aufmerksam machen. Sie finden dort folgende Downloads: eine Broschüre zu den geplanten Studienbeiträgen in Hessen ab Wintersemester 2007/2008, Entwurf des Gesetzestextes, FAQ. Gehen Sie hierzu bitte zur Internetseite www.hmwk.hessen.de, und klicken Sie dort auf der rechten Seite unter „Aktuelles“ auf Studienbeiträge. Aufgrund der vielen Anfragen, die beim Mi-

nisterium auf der eingerichteten Mailadresse eingegangen sind, wurden die Hochschulen um Mithilfe gebeten. Mit diesem Hinweis soll das offensichtlich vorhandene Defizit an Informationen geschlossen werden. Dem kommen wir hiermit gern nach und hoffen, dass Sie von dieser Informationsmöglichkeit regen Gebrauch machen.

Mit freundlichen Grüßen

Johann Wolfgang Goethe-Universität
Im Auftrag Abteilung Studienadministration
E-Mail: Studienbeitraege@hmwk.hessen.de

Vizepräsident Frank Lortz:

Für eine Zusatzfrage erhält Frau Kollegin Sorge das Wort.

Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Minister, diese Werbung, wie ich es nenne, für ein Gesetz ist am 20. Juni an die Studierenden gegangen. Das war der Zeitpunkt, zu dem die CDU-Fraktion diesen Gesetzentwurf hier in erster Lesung eingebracht hat. Ich frage Sie: Ist die E-Mail-Administration der Landesregierung bereit, den Studierenden der Universität Frankfurt beispielsweise auch die Anträge der GRÜNEN betreffend Studiengebühren zur Verfügung zu stellen?

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Staatsminister Corts, bitte.

Udo Corts, Minister für Wissenschaft und Kunst:

Frau Abg. Sorge, das können Sie wahrscheinlich selbst bei der Universität beantragen.

(Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist schön! – Gegenruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU): Wollen Sie auch werben?)

Vizepräsident Frank Lortz:

Gibt es weitere Zusatzfragen? – Ich rufe **Frage 661** auf. Frau Abg. Sorge, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich frage die Landesregierung:

Wann wird der im Regierungsprogramm der Landesregierung angekündigte Hessische Stipendienfonds (sogenannter Löwen-Fonds), der in einer öffentlich-privaten Partnerschaft geschaffen werden sollte, um Stipendien an leistungswillige und hochbegabte hessische Landeskinder zu vergeben, eingerichtet?

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Staatsminister Corts.

Udo Corts, Minister für Wissenschaft und Kunst:

Frau Abg. Sorge, in eine Förderung hessischer Landeskinder, den sogenannten hessischen Löwen-Fonds, wird noch in dieser Legislaturperiode eingestiegen werden.

(Zuruf: Wann?)

Vizepräsident Frank Lortz:

Gibt es Zusatzfragen? – Ich rufe **Frage 662** auf. Herr Abg. Kaufmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich frage die Landesregierung:

Auf welche Weise beabsichtigt sie, der CDU-Landtagsfraktion deutlich zu machen, dass entgegen der Darstellung in deren Rechenschaftsbericht 2004/2006 in Hessen die Weichen für die demografische Trendwende voraussichtlich nicht durch den Einsatz von Klapperstörchen gestellt werden können?

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Staatsminister Grüttner.

Stefan Grüttner, Minister und Chef der Staatskanzlei:

Herr Abgeordneter, zunächst einmal ist festzustellen, dass es nicht Aufgabe der Hessischen Landesregierung ist, Veröffentlichungen von Landtagsfraktionen zu kommentieren.

(Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Ich erlaube mir jedoch den Hinweis, dass sich der Fragesteller bei der Beschäftigung mit einem solchen Rechenschaftsbericht nicht allein auf die Betrachtung der Bilder beschränken sollte. Ich empfehle ihm eine sorgfältige Lektüre der textlichen Erläuterungen, um sich unter den Herausforderungen des demografischen Wandels weiterbildende Inhalte zu erschließen und auch persönlich die Notwendigkeit einer demografischen Trendwende über das Storchenstadium hinaus zu begreifen. Hier passt das Sprichwort: Geburt ist etwas, Bildung ist mehr.

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Kollege Kaufmann erhält das Wort für eine Zusatzfrage.

Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Staatsminister, wenn Sie so schön auf den Text hinweisen, frage ich: Soll nach Auffassung der Landesregierung der Ausbau des Flughafens Kassel-Calden tatsächlich so, wie es in der genannten CDU-Broschüre dem Leser nahegebracht wird, die Landebedingungen von Störchen in Nordhessen als Voraussetzung für die demografische Trendwende verbessern?

(Michael Boddenberg (CDU): Wenn sie zahlen, dürfen sie auch landen!)

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Staatsminister Grüttner.

(Unruhe)

– Meine Damen und Herren, ich bitte um Aufmerksamkeit. Herr Staatsminister Grüttner hat das Wort.

Stefan Grüttner, Minister und Chef der Staatskanzlei:

Nach wie vor scheint mir die Beschäftigung mit dem Inhalt der Broschüre nicht ausreichend zu sein, sonst wäre es zu einer solchen Zusatzfrage wahrscheinlich auch nicht gekommen. Allerdings verstehe ich die intensive Auseinandersetzung mit diesen Fragestellungen dahin gehend, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN oder aber der Abg. Kaufmann die lang anhaltende und hinhaltende Abwehr gegen jegliche Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen – sei es im Norden, im Süden, im Westen oder im Osten unseres Landes – offensichtlich endgültig aufgibt, weil Sie festgestellt haben, dass wirtschaftliche Entwicklungen und Verkehrsinfrastrukturrentwicklungen unzweifelhaft mit einer demografischen Entwicklung in unserem Lande verbunden sind. Insofern sind wir auf dem richtigen Weg, deutlich zu machen, dass mit allen Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen auch eine demografische Trendwende in Hessen eingeleitet werden kann.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Frank Lortz:

Weitere Zusatzfrage, Herr Kollege Kaufmann.

Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Staatsminister, schon Frau Staatsministerin a. D. Mosiek-Müller kündigte vor dem Plenum des Landtags erfolgsorientierte Aktivitäten der Landesregierung zur Steigerung der Geburtenrate an. Ich frage: In welchem Verhältnis steht die Entwicklung der Geburtenrate in Hessen in den letzten Jahren zur Zahl der sich in Hessen ansiedelnden Storchenpaare?

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Staatsminister Grüttner.

Stefan Grüttner, Minister und Chef der Staatskanzlei:

Nach wie vor scheint sich Herrn Abg. Kaufmann dieses Bild nicht hinreichend erschließen zu können. Insofern verweise ich nochmals auf meine eingangs gemachte Ausführung im Hinblick auf ein Sprichwort, das in diesem Zusammenhang wirklich gut passt: Geburt ist etwas, Bildung ist mehr.

Vizepräsident Frank Lortz:

Ich stelle fest, dass es keine weiteren Zusatzfragen gibt. – Ich rufe **Frage 663** auf. Herr Abg. Al-Wazir, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich frage die Landesregierung:

Stellt sie ebenso wie Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble Überlegungen an, islamischen Religionsunterricht in deutscher Sprache an deutschen Schulen zu schaffen, was auch von Bundeskanzlerin Angela Merkel bei ihrem Besuch bei Dogan-Media am 13. September 2006 – und, wie ich hinzufüge, nach Einreichung meiner Frage auch vom Bundespräsidenten – unterstützt wurde?

Vizepräsident Frank Lortz:

Frau Kultusministerin.

Karin Wolff, Kultusministerin:

Herr Kollege Al-Wazir, für Überlegungen in diese Richtung bedarf es – wie auch die Zitierten wissen – eines Ansprechpartners aufgrund der Trennung von Staat und Kirche bzw. Religion. Wegen der heterogenen Struktur des Islam – mehrere Glaubensrichtungen, kein gemeinsames geistliches Oberhaupt, selbstständige Moscheegemeinden mit vielfältigen, auch gesellschaftlichen Aufgaben ohne eine organisatorische Struktur – ist zurzeit für die Durchführung von Religionsunterricht nach Art. 7 Abs. 3 Grundgesetz kein geeigneter Ansprechpartner für den Staat in Sicht. Daher haben wir vorläufig die Frankfurter Modelle eines Ethikunterrichts mit Schwerpunkt Islam auf alle Schulämter ausgeweitet und bereiten auch Weiterbildungsangebote an der Universität Frankfurt vor.

Vizepräsident Frank Lortz:

Zusatzfrage, Herr Kollege Al-Wazir.

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Die heterogene Struktur des Islam ist sicherlich in allen Bundesländern gleich. Wie erklärt sich die Landesregierung, dass es inzwischen in der Mehrzahl der Bundesländer Religionsunterricht bzw. religionskundliche Unterweisung oder ähnliche Modelle gibt, was allerdings in Hessen nicht möglich sein soll?

Vizepräsident Frank Lortz:

Frau Kultusministerin.

Karin Wolff, Kultusministerin:

Herr Al-Wazir, Sie weisen zu Recht darauf hin, dass sich in anderen Ländern – hier sind insbesondere Baden-Württemberg und Niedersachsen zu nennen –, wenn sie überhaupt Modelle in der Region haben, runde Tische in der Region gebildet haben, die auf den Staat zugegangen sind und gemeinsam Lehrpläne und Vergleichbares erarbeitet haben. Nordrhein-Westfalen hat bisher die Absicht verkündet, dies in zwei bis drei Jahren tun zu wollen. Überall ist festzustellen, dass dort regionale Tische existieren, die mit dem Staat kooperieren können. Dies können wir derzeit in Hessen jedoch noch nicht feststellen, auch wenn es dazu Ansätze gibt.

Vizepräsident Frank Lortz:

Für eine weitere Zusatzfrage erhält Herr Kollege Al-Wazir das Wort.

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sieht es die Landesregierung als möglich an, dass sie, wie es in den anderen Ländern der Fall ist, ihren Teil dazu beiträgt, dass sich solche Strukturen bilden, oder ist sie eigentlich ganz froh, dass es keinen Ansprechpartner gibt, und will sie auch nichts dafür tun, dass es einen solchen gibt?

Vizepräsident Frank Lortz:

Frau Ministerin, bitte.

Karin Wolff, Kultusministerin:

Herr Kollege Al-Wazir, selbstverständlich ist die Landesregierung als Gesprächspartner jederzeit bereit, solche Gespräche zu führen. Wir haben das Unsere etwa im Beirat im Rahmen des Ethikunterrichts mit Schwerpunkt Islam geleistet, um verschiedene Persönlichkeiten und Gruppierungen an einem Tisch zu versammeln.

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. Es gibt keine weiteren Zusatzfragen. – Ich rufe **Frage 664** auf. Herr Abg. Otto von der CDU-Fraktion.

(Unruhe)

Reinhard Otto (CDU):

Ich frage die Landesregierung:

Wie schätzt sie die Entwicklung der Brennholzpreise ein?

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Staatsminister Dietzel erhält das Wort.

Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:

Herr Abg. Otto, nach weitgehend konstanten Preisen in den Jahren 2002 bis 2004 sind die Preise seit 2005 in einer starken Aufwärtsentwicklung begriffen. Diese Entwicklung setzt sich im Jahre 2006 voraussichtlich fort und bedeutet eine Verdoppelung der Preise seit 2002. Zu berücksichtigen ist, dass zumindest am Anfang der Bezugszeitraum ein außerordentlich niedriges Niveau aufwies und sich die Nachfrage seit 2002 mehr als vervierfacht hat. Verstärkt wird der Aufwärtstrend durch die Nachfrage aus dem Bereich der Verstromung und der thermischen Verwertung vor allem in kommunalen Anlagen sowie die gestiegene Nachfrage aus der stofflichen Nutzung durch die Papier-, Zellstoff- und Holzwerkstoffindustrie.

Vizepräsident Frank Lortz:

Es gibt eine Zusatzfrage des Kollegen Heinrich Heidel.

Heinrich Heidel (FDP):

Ich frage die Landesregierung, wie sie unter diesen Voraussetzungen die Auswirkung der Aufhebung des Losholzgesetzes für betroffene Bürgerinnen und Bürger bewertet.

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Staatsminister Dietzel.

Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:

Herr Abgeordneter, wir werden in dem Bereich keine Veränderungen vornehmen, weil wir glauben, dass es durchaus der Markt richten wird. Wir haben die Anstrengungen z. B. der Pellet- oder Hackschnitzelverwertung auch deswegen vorgenommen, um die Preise für Schwachholz nach oben zu bringen. Ich sehe zwischen diesen beiden Bereichen keinen Zusammenhang und werde ihn auch nicht herstellen.

Vizepräsident Frank Lortz:

Weitere Zusatzfrage, Kollege Heidel.

Heinrich Heidel (FDP):

Herr Minister, das Losholzgesetz berechtigte bevorzugte Bürgerinnen und Bürger, für ihr Brennholz einen 10-prozentigen Preisnachlass auf den Vorjahrespreis zu erhalten. Da es sich bei diesen Bürgerinnen und Bürgern in der Regel um sozial schwache Schichten handelt, war es für die Betroffenen immer ein Vorteil, ihr Brennholz günstig einkaufen zu können. Durch die Aufhebung dieses Gesetzes hat die Landesregierung diesen Vorteil weggenommen. Ich möchte Sie bitten, zu sagen, wie Sie das bewerten.

Vizepräsident Frank Lortz:

Gerade noch die Kurve gekriegt. – Herr Minister.

Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:

Herr Abg. Heidel, wir haben das aufgenommen, weil die Nachfrage in erheblichem Maße nach unten gegangen ist und wir eine Notwendigkeit für diesen Bereich nicht mehr gesehen haben.

Vizepräsident Frank Lortz:

Weitere Zusatzfragen? – Das ist nicht der Fall. Dann rufe ich die **Frage 665** auf. Frau Abg. Apel, CDU-Fraktion.

Elisabeth Apel (CDU):

Ich frage die Landesregierung:

Liegen ihr bereits erste Erkenntnisse aus dem Modellprojekt des Hessischen Bauernverbandes zur thermischen Verwertung von Energiegetreide vor?

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Umweltminister.

Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:

Frau Abg. Apel, wir haben mit dem Hessischen Bauernverband ein Pilotprojekt vereinbart, was Getreidever-

brennung und vor allen Dingen die Frage nach den Immissionswerten angeht. Wir haben dieses Projekt über drei Jahre angelegt. Wir hatten die ersten Messergebnisse im Juli dieses Jahres vorliegen und auch veröffentlicht. Wenn ich die Entwicklung darstelle, haben wir zwei Bereiche – einen Ofen einer österreichischen Firma in Gudensberg und einen einer deutschen Firma in Lauterbach. Wir haben versucht, durch unterschiedliche Brennstoffe die Ergebnisse einmal als Grunderkenntnisse zu sehen. Wir haben dann die Frage gestellt, wie wir diese weiterentwickeln können.

Das Projekt läuft, wie gesagt, über drei Jahre. In diesem Jahr wurden Weizen mit einem hohen Proteingehalt – über 14% – und Strohpellets mit einem niedrigen Gehalt eingesetzt. Untersucht wurden Kohlenmonoxid, Staub und Stickoxide. Für Kohlenmonoxid sind bei Vollastbedingungen sehr gute Ergebnisse in beiden Kesseln und mit beiden Brennstoffen erreicht worden. Für Staub gab es unterschiedliche Ergebnisse – bei einem Kessel sehr gute Ergebnisse, bei dem anderen Kessel konnten die Grenzwerte für Staub nicht eingehalten werden.

Bei den Stickoxiden war es so, dass mit Strohpellets durchschnittlich 30 mg je Kubikmeter bei dem einen und 436 mg je Kubikmeter bei dem anderen Brenner festgestellt werden konnten. Mit Getreide konnte der Zielwert, den wir im Augenblick mit 500 mg je Kubikmeter anstreben, bei beiden nicht eingehalten werden – im Durchschnitt einmal 622 mg je Kubikmeter und einmal 852 mg je Kubikmeter.

Als Ausblick denke ich, dass wir in Zukunft unterschiedliche Getreidearten, vor allen Dingen mit unterschiedlichen Proteingehalten, untersuchen sollten.

Vizepräsident Frank Lortz:

Zusatzfrage, Kollege Häusling.

Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Minister, können Sie erklären, warum die Große Koalition eine gesetzliche Neuregelung der Verbrennung von Getreide und Stroh wieder einmal vertagt hat? Liegt das eventuell an den doch sehr bescheidenen Ergebnissen der Versuche?

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Staatsminister Dietzel.

Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:

Herr Abg. Häusling, nein, daran liegt es nicht. Auch der Bund untersucht. Bei dem Bund sind im Sommer dieses Jahres erste Ergebnisse vorgestellt worden, die zumindest die Hoffnung mitbringen, dass Grenzwerte eingehalten werden, wenn die Technik weiterentwickelt wird. Die Verzögerung des Bundes liegt an Folgendem. Wir haben in der Umweltministerkonferenz im Mai den Bund gebeten, die Novelle der 1. BImSchV aufzuteilen in einen Vorschlag für die Getreideverbrennung, der vorgezogen werden sollte, und dann die große Novelle, die nachgeschaltet wäre.

Im August hat uns der Bundesumweltminister darüber informiert, dass er nicht in zwei Novellen auftrennen will,

sondern im Laufe des Oktobers einen Vorschlag für die große Novelle machen will, worin auch der Bereich der Getreideverbrennung geregelt sein soll. Im Augenblick warten wir auf das, was von dort vorgeschlagen wird.

Vizepräsident Frank Lortz:

Weitere Wortmeldungen gibt es nicht. – **Frage 666**, Frau Abg. Hoffmann, SPD.

Christel Hoffmann (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Über welche besonderen Qualifikationen verfügt der energiepolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Herr Kollege Roger Lenhart, die den energiepolitischen Sprechern der anderen Landtagsfraktionen fehlen und die ihn prädestinieren, als alleiniger Vertreter des Hessischen Landtags an einer Podiumsdiskussion des 10. Hessischen Klimaschutzforums teilzunehmen?

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Minister.

Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:

Frau Abg. Hoffmann, die Hessische Landesregierung legt Wert auf eine ausgewogene Beteiligung der Abgeordneten des Landtags an den Veranstaltungen des Landes.

(Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Demonstrativer Beifall des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

Deshalb habe ich am Montag weitere Teilnehmer aller Fraktionen eingeladen, an der abschließenden Podiumsdiskussion des 10. Hessischen Klimaschutzforums teilzunehmen.

(Norbert Schmitt (SPD): Erwischt!)

Vizepräsident Frank Lortz:

Zusatzfrage, Frau Kollegin Hoffmann.

Christel Hoffmann (SPD):

Wie hoch werden die Kosten dafür sein, wenn Sie den Adressaten des Klimaschutzforums mitteilen, dass sich der Teilnehmerkreis an der Podiumsdiskussion verändert hat?

(Ministerpräsident Roland Koch: Das sind Überraschungsgäste!)

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Minister Dietzel.

Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:

Frau Abg. Hoffmann, wir haben heute Morgen über dieses Thema schon gesprochen. Wir werden diesen Bereich

im Internet verändern. Von daher werden keine Kosten auf uns zukommen.

Vizepräsident Frank Lortz:

Zusatzfrage, Herr Kollege Al-Wazir.

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Minister, warum braucht die Landesregierung eine Mündliche Frage im Landtag, um festzustellen, dass sie Wert auf die Beteiligung aller Fraktionen legt?

(Ministerpräsident Roland Koch: Da haben wir auch gedacht, es sei zu wenig aufgefallen!)

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Minister Dietzel.

Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:

Herr Abg. Al-Wazir, ich bedauere, dass der Vorgang so gelaufen ist, wie er gelaufen ist. Ich bin am Montag über dieses Thema informiert worden und habe das Problem am Montag gelöst.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Frank Lortz:

Keine weiteren Fragen. – **Frage 667**, Kollege Grumbach, SPD.

Gernot Grumbach (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Was gedenkt sie zu tun, um die Position der Stadt Frankfurt zur Erhaltung des Gerichtsstandortes in der Frankfurter Innenstadt zu unterstützen?

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Staatsminister Banzer.

Jürgen Banzer, Minister der Justiz:

Herr Abgeordneter, im Hinblick auf die Standortfrage der Justizbehörden in Frankfurt wird derzeit eine ergebnisoffene Prüfung unter Einbeziehung aller Beteiligten vorgenommen. Gegenstand der Prüfung sind sowohl die Möglichkeit eines neuen Justizzentrums als auch die mögliche bauliche Weiterentwicklung des derzeitigen Standortes an der Zeil. In diesen wird seitens der Behörden eine Raumbedarfsermittlung durchgeführt. Erst auf der Basis dieses Zahlenwerks können die Aspekte der Machbarkeit, der Kosten und der Wirtschaftlichkeit im Einzelnen bewertet werden.

Vizepräsident Frank Lortz:

Zusatzfrage, Kollege Grumbach.

Gernot Grumbach (SPD):

Ich frage: Wie beurteilt die Landesregierung die Einflussnahme einer Stadt auf ihre eigene Stadtentwicklung?

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Staatsminister Banzer.

Jürgen Banzer, Minister der Justiz:

Die Planungskompetenz der Stadt Frankfurt ist ungeschmälert und wird nachher einer der entscheidenden Punkte sein, die die Grundentscheidung zu prägen haben. Natürlich müssen wir erst einmal avisierend prüfen, welche Planungen, welche Konzepte und welche Bedarfe wir haben.

Vizepräsident Frank Lortz:

Zusatzfrage, Kollege Al-Wazir.

(Michael Boddenberg (CDU): Sind die Frankfurter Sozialdemokraten noch an der Stadtplanung beteiligt?)

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Staatsminister, wird in Ihre Überlegung, was die Wirtschaftlichkeit angeht, auch der Gedanke einbezogen, dass sich in den letzten Jahren – Stichwort: Bundesrechnungshofgebäude oder altes Polizeipräsidium – die Vermarktung von im innerstädtischen Bereich frei werdenen Flächen gerade in Frankfurt als zunehmend schwierig darstellt?

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Staatsminister Banzer.

Jürgen Banzer, Minister der Justiz:

Wir werden versuchen, umfassend alle die Wirtschaftlichkeit beeinflussenden Faktoren zu berücksichtigen.

Vizepräsident Frank Lortz:

Zusatzfrage, Frau Kollegin Beer.

Nicola Beer (FDP):

Herr Minister, warum ist diese Machbarkeitsstudie nicht in Auftrag gegeben worden, bevor in den letzten Jahren am jetzigen Standort in erheblichem Maße investiert wurde, und was kostet uns diese Machbarkeitsstudie?

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Minister Banzer.

Jürgen Banzer, Minister der Justiz:

Die Machbarkeitsstudie wird gegenwärtig mit Mitteln und Kompetenzen des Ministeriums erstellt und wird deswegen keinerlei zusätzliche Kosten produzieren. Ich

glaube, wir müssen einfach damit leben, dass man jeden Moment klüger wird. Gegenwärtig ist der Zeitpunkt, zu dem wir diese Varianten untersuchen.

Vizepräsident Frank Lortz:

Letzte Zusatzfrage, Kollege Grumbach.

Gernot Grumbach (SPD):

Nachdem die Kollegin einen Teil meiner Frage schon gestellt hat, stelle ich die Schlussfrage. Wie viel kostet diese Machbarkeitsstudie das Land Hessen?

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Staatsminister Banzer.

Jürgen Banzer, Minister der Justiz:

Wir können jetzt darüber reden, wie Sie die Kosten von Mitarbeitern des Landes Hessen beurteilen, die nicht deswegen ein zusätzliches Gehalt beziehen, sondern uns in ihrer Arbeitszeit mit ihren Kompetenzen die Daten zur Verfügung stellen, die wir anschließend zu bewerten haben.

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Minister Banzer. – Meine Damen und Herren, das war die Fragestunde.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

a) Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltspans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2007 (Haushaltsgesetz 2007) – Drucks. 16/6011 –

b) Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Finanzausgleichsänderungsgesetz 2007 – Drucks. 16/6012 –

c) Antrag der Landesregierung betreffend Finanzplan des Landes Hessen für die Jahre 2006 bis 2010 – Drucks. 16/6044 –

Vereinbart sind 45 Minuten Redezeit je Fraktion. Das Wort hat der Finanzminister.

Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Öffentliche Haushalte spiegeln immer auch Zustände und Stimmungen wider. Insofern boten die seit 2001 eingebrachten Haushaltsentwürfe allerorts in Deutschland Anlass für tiefe Besorgnis. Deutschland steckte mitten in einer der schwersten Wirtschafts- und Finanzkrisen seiner Geschichte. Ausnahmslos alle Finanzminister dieser Republik kamen nicht umhin, die Öffentlichkeit zu diesen Terminen immer wieder auf die geradezu dramatische Entwicklung unserer Haushalte hinzuweisen und deren Auswirkungen auf fast alle Bereiche des öffentlichen Lebens zu beschreiben. Diese Entwicklung hat die Grundstimmung in unserem Land wesentlich geprägt und – ich füge hinzu – auch zu einer tief verwurzelten Verzagtheit beigetragen.

Doch das Blatt hat sich gewendet. Bei der Einbringung des Haushaltsentwurfs 2006 vor gut einem Jahr habe ich Ihnen eine deutlich optimistischere Zukunftsprognose aufgezeigt, obwohl dies damals – zumindest bei der Opposition – zum Teil mit Kopfschütteln aufgenommen wurde.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Völlig zu Recht!)

– Warten Sie ab. Sie werden sehen, es wird gut.

(Heiterkeit bei der CDU)

Anlässlich der heutigen Einbringung des Haushaltsentwurfs 2007, der mittelfristigen Finanzplanung 2006 bis 2010 und des Entwurfs für ein Finanzausgleichsänderungsgesetz 2007 möchte ich Ihnen nicht nur zurufen, dass sich diese damals noch sehr vorsichtig geäußerte Einschätzung bestätigt hat, sondern ich kann Ihnen heute mit einem gewissen Stolz zugleich sagen, dass sich unsere Finanzen – damit auch unser Bundesland – auf einem soliden Aufwärtskurs befinden.

(Beifall bei der CDU – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das darf doch nicht wahr sein! – Reinhard Kahl (SPD): 1 Milliarde € Mehreinnahmen und trotzdem noch so viele Schulden!)

Die Ursache dafür ist unter anderem unsere konsequente Konsolidierungspolitik der vergangenen Jahre, die zunehmend Früchte trägt. Erstmals ist es uns gelungen – rechnet man die von uns nicht zu beeinflussenden Mehrzahlungen in LFA und KFA heraus, auf die ich noch dezipiert eingehen werde –, die Gesamtausgaben des Landes im Vergleich zum aktuellen Haushalt um 50 Millionen € abzusenken.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ihnen ist das nicht gelungen! Es gab eine Regierung vor Ihnen! Die konnte das!)

Hinzu kommt Folgendes. Unsere Konsolidierungsmaßnahmen in Hessen werden zunehmend durch ein positives konjunkturelles Umfeld und, damit verbunden, durch eine günstige Entwicklung bei den Steuereinnahmen begleitet. Beide Faktoren, nämlich eine umfangreiche Konsolidierung sowie ein günstiges konjunkturelles Umfeld, veranlassen mich, sehr viel optimistischer in die Zukunft zu blicken, als ich mir dies noch vor zwei oder drei Jahren hätte vorstellen können.

Denjenigen allerdings, die sich vor diesem Hintergrund der Illusion hingeben, dass die Finanzkrise der vergangenen Jahre und ihre Auswirkungen komplett überwunden seien, und wieder an ein ungezügeltes Geldausgeben oder an ein Rückgängigmachen der beschlossenen Mehrwertsteuererhöhung denken, möchte ich heute in aller Deutlichkeit sagen: Die Lage der Staatsfinanzen ist noch keineswegs zufriedenstellend. Auch in den kommenden Jahren werden weiterhin konsequente Sparanstrengungen erforderlich sein, um finanziell wieder dauerhaft auf die Beine zu kommen.

(Beifall bei der CDU)

Die günstige Prognose, die ich im vergangenen Herbst zu der Entwicklung der Landesfinanzen abgegeben habe, basierte auf zwei Punkten. Erstens hat Hessen seit Beginn der letzten Legislaturperiode und besonders aufgrund der „Operation sichere Zukunft“ beispielhafte Anstrengungen zur Haushaltkskonsolidierung unternommen, deren Erfolge bereits an den vergangenen Haushaltsplänen

deutlich ablesbar waren. Diese Erfolge haben sich von Jahr zu Jahr verstärkt. Allein die Maßnahmen der „Operation sichere Zukunft“ haben damals zu einer strukturellen Haushaltsentlastung in Höhe von über einer halben Milliarde Euro jährlich geführt. Sie liegt schon heute deutlich höher.

Der zweite Grund ist die Konjunkturentwicklung in Deutschland. Auch wenn die neue Bundesregierung die Hauptprobleme in Deutschland beileibe noch nicht völlig zufriedenstellend gelöst hat, haben die maßgeblich auch von Hessen ausgehenden Impulse zur Neuordnung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen – beispielhaft sei hier die Diskussion über die Reform der Unternehmensbesteuerung genannt – zu einem Klima des wachsenden Vertrauens in die Solidität, Verlässlichkeit und Leistungsfähigkeit des Standorts Deutschland beigetragen.

Meine Damen und Herren, wir haben jahrelang über all das geredet, was in Deutschland nicht in Ordnung ist. Wir sollten gelegentlich auch darüber reden, dass Deutschland ein prima Standort ist, von dem aus man, wie man jetzt sieht, Geschäfte machen kann. Das hat allerdings nichts damit zu tun, dass wir noch eine Menge ändern müssen – wozu auch durchaus Schwieriges gehört.

(Beifall bei der CDU – Norbert Schmitt (SPD): Das ist die Verabschiedung von einer Lebenslüge! – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben wohl nie den Standort schlechtgemacht!)

Wie berechtigt diese Einschätzung ist, zeigen die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, über die ich in aller Kürze etwas sagen werde. Die Leistung der deutschen Volkswirtschaft stieg allein im zweiten Quartal 2006 um 0,9 %. Eine vergleichbare Steigerung hat Deutschland zuletzt im Frühjahr 2001 erlebt. Besonders hervorzuheben ist hierbei, dass die entscheidenden Wachstumsimpulse von der Binnennachfrage ausgingen, während die lange vorherrschende Bedeutung des Außenhandels abnahm, ohne dass er jedoch eingebrochen wäre. Das sind Anzeichen für das bitter benötigte wachsende Vertrauen in uns selbst. Es ist nicht übertrieben, für das Gesamtjahr von einer Erhöhung der Wirtschaftsleistung zu sprechen, die deutlich über 2 % liegt – eine Größenordnung, die noch vor einiger Zeit außerordentlich hoch erscheinen musste.

Begleitend wird diese Entwicklung von einer spürbaren Entlastung des Arbeitsmarktes. In Hessen ist die Arbeitslosenquote im August im Vergleich zum Vorjahr um einen Prozentpunkt gefallen.

(Norbert Schmitt (SPD): Unterdurchschnittlich!)

In absoluten Zahlen ausgedrückt heißt das: In diesem Monat waren in unserem Land rund 25.000 Bürger weniger arbeitslos. Gleichzeitig stieg die Zahl der offenen Stellen um fast ein Viertel.

Hessen ist aber auch überdurchschnittlich, was die Arbeitsproduktivität, d.h. den wirtschaftlich messbaren Output unserer Arbeitnehmer, betrifft. Im Jahr 2005 erwirtschaftete jeder hessische Erwerbstätige im Schnitt rund 65.000 €. Damit liegt Hessen bei den Flächenländern mit deutlichem Abstand an der Spitze, z.B. vor unseren Nachbarn in Bayern und Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU)

Auch nach Einschätzung der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute bleiben die beschriebenen Grundtendenzen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung – allen Unkenrufen zum Trotz – aufwärtsgerichtet. Nach meiner

Überzeugung werden die in den vergangenen Monaten seitens der Bundesregierung beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen – z.B. die Erhöhung der Mehrwertsteuer und die Abschaffung der Eigenheimzulage; darüber wird, wie ich finde, viel zu pessimistisch diskutiert – nicht zu einer erheblichen Abschwächung der Konjunktur führen.

Diese Einschätzung wird auch vom ifo-Institut geteilt, das in diesem Zusammenhang auf die binnengewirtschaftliche Dynamik, die bereits angesprochen worden ist, sowie auf eine anhaltend hohe Exportdynamik hinweist.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer hat denn immer gegen die Abschaffung der Eigenheimzulage gewettet?)

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen nochmals: Ich warne ausdrücklich davor, den Aufschwung durch überzeichnete pessimistische Prognosen herunterzureden. Dazu gibt es derzeit keinen Anlass. Für unsere Staatsfinanzen wird das von entscheidender Bedeutung für die Zukunft sein.

Zu den finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Der konjunkturelle Aufschwung, der durch das von Bund und Ländern gemeinsam auf den Weg gebrachte Wachstums-paket unterstützt wird, führt über deutlich steigende Steuereinnahmen insgesamt zu einer verbesserten Finanzlage der öffentlichen Haushalte.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh!)

Im kommenden Jahr wird nach den aktuellen Prognosen das Maastricht-Defizitkriterium für die Neuverschuldung in Höhe von 3 % wieder eingehalten werden.

Trotz der deutlich verbesserten Einnahmesituation der öffentlichen Haushalte darf dies über eines nicht hinwegtäuschen: Die Lage bleibt angespannt. Wir befinden uns nach wie vor in dem Spannungsfeld zwischen der Förderung der Wachstumskräfte und der notwendigen weiteren Konsolidierung. Die mehrere Jahre andauernde strukturelle Unterfinanzierung des Staates hat in den Haushalten tiefe Spuren hinterlassen. Die kumulierten Finanzierungsdefizite der öffentlichen Haushalte betragen zwischen 2002 und 2005 mehr als 240 Milliarden €. Die Gesamtschuldensumme ist auf 1,45 Billionen € angewachsen.

Eine echte Gesundung der Staatsfinanzen wird sich – das muss aufgrund dieser Zahlen jedem klar werden – selbst bei konsequentester Konsolidierung und weiterhin guten Steuereinnahmen erst mittelfristig einstellen. Das Schiff gewinnt zwar langsam wieder an Fahrt, und wir haben mittlerweile etwas mehr als die sprichwörtliche Handbreit Wasser unter dem Kiel. Es darf allerdings nicht wundern, dass angesichts der lang anhaltenden Flaute in seichten konjunkturellen Gewässern eine Kursänderung und das Aufholen des Rückstands nicht in einem oder zwei Jahren zu schaffen sind. Legt man nämlich die ursprüngliche Planung des Haushaltsjahres 2007 aus dem Jahr 2002 zugrunde, so stellt man fest, dass sich die Mindereinnahmen im Vergleich zur damaligen Schätzung gesamtstaatlich immer noch auf rund 70 Milliarden € belaufen.

Trotz der soeben geschilderten nach wie vor angespannten Situation haben die Hessen in meinen Augen allen Grund, mit Zuversicht und Optimismus in die Zukunft zu blicken. Ich möchte Ihnen das am Verlauf des Haushaltsjahres 2005 kurz verdeutlichen. Das konsequente Einschreiten des Finanzministers in Form des Erlassens einer Haushaltssperre, Mehrerlöse bei der Immobilientransak-

tion Leo 1 sowie ein im Herbst deutlich steigendes Steueraufkommen haben im Dezember im Rahmen der Nachtragsberatung dazu geführt, dass die Neuverschuldung, die im Ursprungsetat erstmals wieder innerhalb der Regelgrenzen der Verfassung angesiedelt war, auf 958 Millionen € im Soll abgesenkt werden konnte.

Der tatsächliche Istdabschluss des Haushaltes 2005 hat eine nochmalige Absenkung der Neuverschuldung auf 776 Millionen € gebracht. Das war der niedrigste Istwert der Neuverschuldung seit dem Boomjahr 2000. Damit das ganz klar ist – da dieses Herunterreden auch in diesem Haus gepflegt wird –: Im Jahr 2005 war das die zweitniedrigste Verschuldung aller Länder in der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei der CDU)

Um auch das zu sagen: Die Neuverschuldung liegt – das ist nicht auf den Euro genau – bei 127 € pro Kopf. Dabei haben wir 272 € pro Kopf in den Länderfinanzausgleich gezahlt. Wir brauchen uns wirklich nicht vor irgendjemandem zu verstecken, sondern wir können sagen, dass wir richtig gut waren.

(Beifall bei der CDU)

All denen – gerade von der sozialdemokratischen Seite –, die immer auf diese Weise antreten, will ich ein schönes Beispiel geben. Wir haben nämlich mittlerweile die Istdaten aus Rheinland-Pfalz. Rheinland-Pfalz hat bei einem Haushalt, der nur halb so groß wie der unsrige ist, im vorigen Jahr 1,17 Milliarden € Schulden gemacht, wir dagegen 770 Millionen €. Ich habe noch nicht gehört, dass sich ein Sozialdemokrat an dieser Stelle von der rheinland-pfälzischen Politik distanziert hätte. Das sind verheerende Zahlen.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben an der Stelle gute Zahlen. Deswegen brauchen wir uns nicht zu verstecken, sondern ich sage mit einem gewissen Stolz: In schwierigsten Zeiten haben wir das Schiff gut auf Kurs gehalten.

(Zurufe von der SPD)

Der gleichermaßen verfassungsgemäß aufgestellte Haushalt 2006 wurde, ebenso wie der Haushaltssplan 2005, vorsichtig etatisiert.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie bitte?)

Im vergangenen Jahr habe ich bewusst darauf verzichtet, den Haushalt auf Kante zu nähern – um den ehemaligen Bundesfinanzminister Eichel hinsichtlich seiner damals üblichen Etatisierungspraxis zu zitieren. Bereits im vergangenen Jahr haben wir Wert darauf gelegt, einen realistischen, nichts beschönigenden Haushalt vorzulegen.

Allerdings habe ich schon damals die sich mittlerweile bestätigte Hoffnung gehabt, dass sich das Haushaltssjahr wesentlich günstiger gestaltet, als das bei der Verabschiedung des Haushalts im Januar dieses Jahres sicher absehbar war. Der bisherige Jahresverlauf gibt mir recht. Wegen der bereits beschriebenen Besserung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen gestalten sich die Steuereinnahmen günstig. Ende Juni lag das Gesamtaufkommen erheblich über dem entsprechenden Wert des Vorjahres. Sollte es nicht zu einem – derzeit nicht absehbaren – Einbruch kommen, bin ich mehr als zuversichtlich, dass wir auch im Haushaltssjahr 2006 deutlich günstiger abschneiden werden, als bei der Verabschiedung geplant.

Trotz der bekannten Risiken, die der Länderfinanzausgleich und seine Zahlungsverpflichtungen bei nicht paralleler Entwicklung des Steueraufkommens in den anderen Bundesländern mit sich bringen, bin ich guter Hoffnung, die Neuverschuldung auch in diesem Jahr unter die Milliardengrenze absenken zu können.

(Zuruf des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

Meine Damen und Herren, wir haben unsere Hausaufgaben in Hessen gemacht. Die Ausgabenseite ist im Griff. Das werden Sie auch beim Nachtragshaushalt sehen. Unser Motto „Vorsichtig planen und anschließend besser abschneiden“ bewährt sich in vollem Umfang.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, deswegen kündige ich Ihnen auch an dieser Stelle schon gleich an: Wir werden Ihnen zur Plenarsitzung im November einen Nachtragshaushalt vorlegen. – Interessant, dass den bisher niemand von der Opposition gefordert hat.

(Reinhard Kahl (SPD): Bei der hohen Neuverschuldung, die Sie im Haushalt haben!)

Wir werden Ihnen einen Nachtragshaushalt vorlegen, der zeigen wird, wie sich unser Motto – ich wiederhole es – „Vorsichtig planen, besser abschneiden“ am Ende auch tatsächlich auswirken wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, ich appelliere hier einmal an die Öffentlichkeit, an den Steuerzahlerbund und Sonstige: Hören Sie doch alle einmal damit auf, zu sagen, der Plan sei das Definierende. Entscheidend ist, was hinten bei der Sache herauskommt.

Das haben wir im Jahr 2005 gezeigt. Auch im Jahr 2006 werden wir zeigen, dass wir wesentlich besser abschneiden; und wir haben eine gute Chance, wie wir jetzt etatisiert haben, dass das auch 2007 der Fall sein wird. Meine Damen und Herren, vorher diese Hoffnungen wecken und hinterher sagen, das interessiert keinen mehr – das ist falsch. Es muss interessieren, was am Ende bei der Sache herauskommt.

(Reinhard Kahl (SPD): Damit haben Sie Erfahrung: 2002 vergessen, 2003 vergessen!)

Deswegen ist es auch jetzt unser Ziel, vorsichtig zu etatieren und später besser abzuschneiden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, wie Sie sehen, ist es in Hessen jetzt schon fast zur Tradition geworden, bei der Haushaltssaufstellung keine Luftschlösser zu bauen.

(Widerspruch bei der SPD – Norbert Schmitt (SPD): Nein, Sie haben welche gekauft!)

Das haben wir so eingeführt. Beim Haushaltsvollzug holen wir alles heraus, um einen möglichst günstigen Abschluss des Haushaltssjahrs zu erreichen.

Übrigens war das hier keineswegs immer so. Bis in die Neunzigerjahre hinein hat man der verfassungskonformen Aufstellung des Haushalts die größte Aufmerksamkeit geschenkt – wie am Ende des Jahres aber tatsächlich abgeschnitten wurde, und darauf kommt es doch im Endeffekt an, stand weniger im Vordergrund der Betrachtung.

(Norbert Schmitt (SPD): Dazu kommen wir noch!)

Meine Damen und Herren, das Haushaltsjahr 1997 ist vielen von Ihnen sicherlich noch in Erinnerung. Die Planaufstellung wies eine Unterschreitung der Verfassungsgrenze von 350 Millionen € aus. Im Haushalts-Ist hatten wir dann eine Überschreitung dieser Grenze um 300 Millionen €. Das ist nicht das Verständnis, das ich von Haushalt habe. Ich glaube, es ist wichtig, dass wir am Ende gute Zahlen abliefern.

(Reinhard Kahl (SPD): Nennen Sie doch einmal Ihre eigenen Zahlen!)

Ich sage es noch einmal, damit Sie es verinnerlichen: Mit dem Haushalt 2005 waren wir bei der Nettoneuverschuldung das zweitbeste Land in Deutschland. Das kann sich sehen lassen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Norbert Schmitt (SPD): Jetzt sind wir zwei Jahre weiter!)

Wir liegen übrigens vor Bayern, Baden-Württemberg und vielen anderen Ländern.

(Norbert Schmitt (SPD): Die haben auch nicht für 800 Millionen € Landeseigentum verkauft!)

Möglicherweise dauert es noch eine Zeit lang, bis sich die Öffentlichkeit darauf eingestellt hat, dass nicht der Plan das Wichtigste ist, sondern das Ist. Aber wir werden das durchsetzen, weil es von entscheidender Bedeutung ist, dass in Zukunft das Ist betrachtet wird.

Deshalb habe ich Ihnen für das Haushaltsjahr 2007 einen Plangentwurf vorgelegt, der sich erneut an den Grundsätzen eines vorsichtigen Haushälters orientiert. Wie bereits ausgeführt, hat die jahrelange strukturelle Unterfinanzierung der öffentlichen Haushalte auch im hessischen Landeshaushalt tiefe Spuren hinterlassen, deren Folgen langsam beseitigt werden müssen. Kurzfristig reichen die aus der konjunkturellen Belebung erwachsenden erheblichen Einnahmeverbesserungen noch nicht dazu aus, eine umfassende Reduzierung der Neuverschuldung bereits im Entwurfsstadium sachgerecht erscheinen zu lassen. Dennoch entspricht auch der Haushaltsentwurf 2007 mit einer Nettoverschuldung von 1,326 Milliarden € den verfassungsgemäßen Anforderungen.

Dabei enthält der Haushalt 2007 erhebliche strukturelle Verbesserungen, die es lohnen, einmal näher betrachtet zu werden. Die letztjährige Finanzplanung sah für das Jahr 2007 noch eine Nettokreditaufnahme von 1,62 Milliarden € zuzüglich einer globalen Mehreinnahme bzw. Minderausgabe von 500 Millionen € vor. Noch im letzten Oktober mussten wir also von einer Deckungslücke für 2007 in Höhe von 2,1 Milliarden € ausgehen.

Mit dem heute vorgelegten Haushalt konnte diese Lücke um nahezu 800 Millionen € reduziert werden. Berücksichtigt man darüber hinaus, dass im Jahr 2007 nur noch Veräußerungserlöse von rund 466 Millionen € - und nicht, wie im Ist des Jahres 2005, eine Höhe von über 1,1 Milliarden € - verbucht werden können, zeigt sich erst die ganze Wirkung der Konsolidierungspolitik des Landes.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, mit Stolz kann ich heute feststellen – das ist ein wichtiges Datum –, dass unsere steten Bemühungen, insbesondere die Ausgabenseite des Landeshaushalts zu konsolidieren, von beachtlichem Erfolg geprägt sind. Die Gesamtausgaben, bereinigt um die Mehrbelastungen im Rahmen der Finanzausgleichssysteme – also die reinen Ausgaben, die wir hier im Land tat-

sächlich tätigen –, liegen um rund 50 Millionen € unter dem Niveau des Vorjahres.

Das heißt, wir haben tatsächlich den Pfad erreicht, bei dem die Ausgabenseite sehr stabil abläuft, es keine Steigerung mehr gibt und wir tatsächlich sagen können, was jetzt mehr an Steuern kommt, können wir in vollem Umfang für die Konsolidierung des Haushalts einsetzen.

Meine Damen und Herren, das ist so leicht gesagt, aber das ist das Ergebnis einiger Jahre knochenhartes Sparsens, das jetzt tatsächlich seine vollen Früchte zeigt. All denjenigen, die mit der „Operation sichere Zukunft“ nicht zufrieden waren, sage ich: Ohne die „Operation sichere Zukunft“ wären wir nicht annähernd in der jetzigen Situation. Das war eine völlig richtige Maßnahme.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich hier kurz auf ein paar der aussagekräftigsten Merkmale hinweisen.

Die aus Ländersicht wichtigsten und größten Ausgabenpositionen sind die Personalausgaben. Dementsprechend sind sie Dreh- und Angelpunkt jedweder Konsolidierungsstrategie. Vor allen Dingen mit der „Operation sichere Zukunft“ hat es die Landesregierung geschafft, diesen Ausgabenblock wirksam zu begrenzen.

Der infolge der unvermeidbar anwachsenden Versorgungsleistungen des Landes ansteigende Personalkostenanteil konnte durch diese Maßnahme im Jahr 2006 im Vergleich zu einer Situation ohne Einsparungen in der „Operation sichere Zukunft“ um über 640 Millionen €, mit jährlich steigender Tendenz, reduziert werden. Das Land wird in diesem Segment auch künftig konsolidieren und die jetzt durch die Föderalismusreform eingeräumten Möglichkeiten – insbesondere im Bereich des Beamten- und Dienstrechts – konsequent nutzen. Aber ich füge hinzu: mit großem Augenmaß gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesverwaltung, denen wir für ihre Leistung außerordentlich dankbar sein müssen und die durch diese Beschlüsse der Vergangenheit sehr belastet worden sind.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, im Jahre 2007 sinkt die Personalausgabenquote von 40,9 % auf 40,5 %. Absolut steigen die Personalkosten um sehr moderate 0,7 %, das sind nicht mehr als 48 Millionen €. Dabei muss man wissen, dass allein die zwangsläufige Steigerung bei Beihilfe und Versorgung schon mit mehr als 56 Millionen € zu Buche schlägt. Das zeigt, dass wir die absoluten Kosten der Verwaltung reduzieren.

Ein Gutteil dieses Erfolges schreibe ich der PVS zu. Bis zum heutigen Tag sorgt sie mit hoher Kompetenz dafür, dass frei werdende Stellen im Regelfall durch landeseigenes Personal besetzt werden. Mittlerweile hat die PVS fast 80 % der im Rahmen der „Operation sichere Zukunft“ zu betreuenden Personen erfolgreich vermittelt.

Wenn Sie einmal hören, was im Parlament alles zur PVS gesagt worden ist: Mittlerweile ist dies eines der anerkanntesten Instrumente und wurde von vielen anderen Bundesländern übernommen. Ich muss sagen, auch hier sind wir stolz auf das, was wir geleistet haben, weil vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dadurch erhebliche Perspektiven geboten wurden.

(Beifall bei der CDU – Lachen des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Meine Damen und Herren, nicht zuletzt dieser unbestreitbare Erfolg bei der Eindämmung der Personalausgaben versetzt das Land in die Lage, den hessischen Beamtinnen und Beamten in den Jahren 2006 und 2007 je eine Einmalzahlung zu gewähren. Damit wird sichergestellt, dass unsere Beamtenschaft den Anschluss an die Besoldungsniveaus der anderen Länder, wie z. B. Bayern und Baden-Württemberg, nicht verliert; und allein darum geht es, um nichts anderes. Wir werden dies tatsächlich auch schon in diesem Jahr umsetzen und im nächsten Jahr den weiteren Schritt gehen.

Meine Damen und Herren, eine weitere bedeutende Ausgabenposition sind die Zinsausgaben. Sie verhalten sich in diesem Jahr mit minus 3 % rückläufig. Ungeachtet des moderat anziehenden Zinsniveaus und der Neuverschuldung, die hinzugetreten ist, ist dies auch dem überaus guten Zinsmanagement des Landes zu verdanken. Dessen stetige Verbesserung und Optimierung werden wir auch in Zukunft im Auge behalten.

Meine Damen und Herren, hier sparen wir dramatisch Geld ein. Das machen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Finanzministerium. Denen sollten wir dafür außerordentlich dankbar sein. Dabei reden wir über andere Summen als solche, über die gelegentlich hier gesprochen wird.

(Allgemeiner Beifall)

Ich glaube, das ist ein gutes Stück gemeinschaftlicher Arbeit, die wir dort abliefern. Gelegentlich darf man auch darauf hinweisen, dass all das, was gesagt worden ist – das Zinsniveau steigt an, die Schulden steigen an, deswegen explodieren unsere Zinszahlungen –, weit gefehlt hat. Durch unser Zinsmanagement gehen unsere Zinsausgaben im nächsten Jahr nach unten.

Ausdrücklich nicht einverstanden bin ich mit der folgenden Ausgabeposition: dem Länderfinanzausgleich. Dieser wird nach den derzeitigen Berechnungen im Jahr 2007 um 7,1 % anwachsen – mit der bereits vorhin beschriebenen Gefahr, dass diese Zahl wegen eines Auseinanderfallens der Steuereinnahmen in den verschiedenen Bundesländern noch korrekturbedürftig nach oben ist.

Nur zur Erklärung: Wenn ein Land wie Bayern oder Baden-Württemberg weniger Steuern einnimmt und wir mehr, dann müssen wir deutlich mehr in den Länderfinanzausgleich zahlen. Die Nehmerländer sind dabei gar nicht das große Problem, sondern die Entwicklung bei den Geberländern.

Wie ich bereits im Frühjahr angesichts der LFA-Debatte in diesem Hause gesagt habe, ist es nicht nachvollziehbar, dass sich andere Bundesländer einen Konsumstandard genehmigen, den Hessen bezahlt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Mehr als hinterfragenswert ist in diesem Zusammenhang beispielsweise die Beitragsfreistellung für die Kindertagesstätten in Berlin. Das ist Hohn und Spott für alle Hessen, die selbst gerne und zu Recht in diesen Genuss kommen würden, es aber deshalb nicht können, weil die dafür benötigten Mittel über den LFA nach Berlin wandern, wo sie wiederum für die gleiche Sache ausgegeben werden. Ein Land, das vor dem Bundesverfassungsgericht klagt und erklärt, es sei zahlungsunfähig, obwohl es diese Riesenleistung bekommt, verspricht im Wahlkampf, dass die Kindertagesstätten drei Jahre lang beitragsfrei gestellt werden. Das können Sie keinem Hessen erklären. Ich mache mich hier zum Anwalt der Hessen.

(Beifall bei der CDU)

Hessen hat immer – und zwar ohne Wenn und Aber – zu seinen solidarischen Pflichten gestanden. Ich sage Ihnen aber: Dieses Ausgleichssystem wird früher oder später an solchen Ungerechtigkeiten zerbrechen.

Im ersten Halbjahr 2006 hat Hessen bereits rund 1,2 Milliarden € in den Länderfinanzausgleich eingezahlt. Das ist im Ländervergleich nicht nur die höchste absolute Zahl, sondern mit einem Anstieg um rund 450 Millionen € auch die höchste Steigerungsrate im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Wohlgemerkt, das sind nur die Zahlen des ersten halben Jahres. Da ist noch nicht einmal die Abrechnung für das letzte Halbjahr berücksichtigt, für das wir rückwirkend auch noch etwas zu zahlen haben. Das Bundesland Bayern, das zweimal so groß ist wie Hessen, zahlt nur zwei Drittel der Summe in den Länderfinanzausgleich, die Hessen zu zahlen hat. Sie können ausrechnen, was die Hessen pro Kopf zu zahlen haben. Wir sind mittlerweile sowohl in der Pro-Kopf-Belastung als auch hinsichtlich der absoluten Belastung der mit Abstand größte Zahler. Irgendwo ist der Punkt erreicht, wo man sagen muss, das kann ein einzelnes Bundesland gar nicht mehr tragen. Deswegen muss man darüber reden.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben vereinbart, wie der LFA in den nächsten Jahren aussieht. Ich röhre nicht an dieser Vereinbarung. Man muss an dieser Stelle aber auch sagen, dass Berlin, Bremen und das Saarland vor dem Bundesverfassungsgericht klagen und dass ich darin ein Stück weit eine Aufkündigung des gefundenen Kompromisses sehe. Je nachdem, wie diese Dinge ausgehen, müssen wir uns gegebenenfalls wehren, weil wir eine Verantwortung gegenüber den hessischen Bürgerinnen und Bürgern haben.

(Beifall bei der CDU)

Diese Zahlen sähen noch besorgniserregender aus, wenn es nicht zu einer Neuordnung des LFA gekommen wäre. Ohne diese Neuordnung müsste Hessen noch weitere Zahlungen in einer Größenordnung von ca. 150 Millionen € in den LFA leisten. Die Gespräche, die der Ministerpräsident und ich geführt haben, haben sich wenigstens teilweise gelohnt, sodass wir zumindest 150 Millionen € einsparen werden. Das Delta ist aber mittlerweile so groß, dass man auf dieses Problem hinweisen muss.

Ich warne an der Stelle alle Beteiligten davor, den gefundenen Kompromiss aufzukündigen zu wollen, auch wenn es zu ihrem eigenen Nutzen wäre; denn dann könnten wir nicht mehr sagen, dass wir einen Vertrag geschlossen haben, den wir zu erfüllen haben, sondern dann müssten wir unsere Eigeninteressen kurzfristig geltend machen, was das in der jeweiligen Situation auch immer bedeuten würde.

Obwohl unser Land gerade auch wegen des LFA nach wie vor einem hohen Konsolidierungsdruck unterliegt, wird die Hessische Landesregierung auch im kommenden Jahr konsequent und konzentriert in die Zukunft und in die Wachstumskräfte unseres Landes investieren. Am Rande gesagt: Wenn wir nur einen Teil unserer Zahlungen in den LFA nicht leisten müssten, hätten wir einen ausgeglichenen Haushalt. Das wäre gar kein Problem. Das sage ich, damit das hier einmal klar ist. Wir brauchten nicht die Gesamtsumme für den LFA, sondern wir hätten mit einem Teilbetrag schon genug. Hätten wir im vorigen Jahr auch nur die Hälfte der Zahlungen nicht leisten müssen, hätten

wir einen ausgeglichenen Haushalt gehabt. Das zeigt das Ärgernis, das in der Sache steckt.

Erlauben Sie mir, auf einige der wichtigsten Bereiche des Landshaushalts näher einzugehen. Lassen Sie mich mit dem Bereich Bildung, Wissenschaft und Kunst beginnen. Der Kern jedweder modernen und dauerhaft erfolgreichen Gesellschaft ist die Bildung. Nur ein gutes und effizientes Bildungssystem garantiert mittelfristig Wachstum und Prosperität in unserem Lande. Dieser Maxime unterliegt die Politik dieser Landesregierung seit nunmehr fast acht Jahren, und dies war seinerzeit sicherlich auch ein Hauptgrund, uns den Regierungsauftrag zu erteilen.

(Beifall bei der CDU)

Auf dem Weg zum Bildungsland Nummer eins haben wir nicht allein den Stundenausfall wirksam begrenzt, sondern durch die Steigerung der Eigenverantwortung an Hessens Schulen auch eine nachhaltige Qualitätsverbesserung eingeleitet. Wie auch im laufenden Schuljahr werden zur Erreichung dieser Ziele in den kommenden zwei Schuljahren jeweils 130 neue Lehrerstellen geschaffen, insgesamt also noch einmal 400 neue Lehrkräfte für Hessens Schulen. Zudem schaffen wir 2007 insgesamt 200 neue Stellen für bislang aus Vertretungsmitteln bezahlte Lehrkräfte. Ergänzt werden diese personellen Maßnahmen durch die Einrichtung von Vertretungsbudgets für die Schulen, um kurzfristigem Ausfall zu begegnen. Im Jahre 2007 werden den Schulen hierfür rund 30 Millionen € zur Verfügung stehen.

Aber auch für die Privatschulen in Hessen sieht der Haushalt 2007 einige Verbesserungen vor. Insgesamt stehen den Privatschulen ab dem kommenden Jahr rund 8,8 Millionen € nach dem Ersatzschulfinanzierungsgesetz mehr zur Verfügung, wovon rund 5,5 Millionen € als Investitionskostenanteil vorgesehen sind.

Ein weiteres bildungspolitisches Ziel höchster Rangordnung ist die Modernisierung der hessischen Hochschullandschaft, um unsere Hochschulen national wie international konkurrenzfähig zu halten. Besonders hervorzuheben sind hier die stetigen Bemühungen und die Ausweitung der Investitionen in den Hochschulbau. Dieser seitens der rot-grünen Regierung auf ein Rekordtief von rund 58,6 Millionen € jährlicher Investitionsmittel im Jahre 1998 herabgewirtschaftete Bereich erhält seit 1999 wieder die volle ihm zustehende Aufmerksamkeit.

Im kommenden Jahr sind Gesamtinvestitionen von über 200 Millionen € im Hochschulbereich geplant. Beispielsweise seien an dieser Stelle die Mittel für den Neubau der Universitäts- und Landesbibliothek Darmstadt mit einem Gesamtvolumen von 30 Millionen € sowie der weitere Ausbau der Universität Frankfurt auf dem Campus Westend und dem Campus Riedberg in Höhe von rund 87 Millionen € genannt. Das Land wird zudem die durch die Föderalismusreform wegfallenden Bundesmittel für die Großgerätebeschaffung der Hochschulen in Höhe von 13 Millionen € kompensieren.

Meine Damen und Herren, hier gibt es einen eisernen Grundsatz. Gute Forschung und Lehre ist nur in guten Immobilien möglich. Wir sind seit Jahren dabei, modernste Universitätsstrukturen zu schaffen. Wir gehen mit noch größerer Intensität an diese Dinge heran. Sie sehen an jeder Stelle des Landes Baustellen. Ich bin stolz darauf, weil es der Kern der hessischen Hochschullandschaft sein wird, in Zukunft in modernsten Gebäuden mit modernsten Methoden guten Unterricht geben zu können. Sie werden sehen, das wird sich ganz nachhaltig auf die Qua-

lität von Forschung und Lehre auswirken, wie jetzt schon in Frankfurt und in Darmstadt zu sehen ist.

(Beifall bei der CDU)

Auch bei den allgemeinen Finanzmitteln für die Hochschulen brauchen wir uns wirklich nicht zu verstecken. Lagen die Ausgaben im Jahre 1998 noch bei rund 970 Millionen € für die Hochschulen, so können die Hochschulen im kommenden Jahr mit über 1,1 Milliarden € rechnen. Dies sind gute Voraussetzungen auch für die Forschung in unserem Land. Entsprechend dem Pakt für Forschung und Innovation werden die Zuwendungen zur institutionellen Förderung der Deutschen Forschungsgemeinschaft, der Max-Planck-Gesellschaft, der Fraunhofer-Gesellschaft, der Großforschungseinrichtungen sowie zu Einrichtungen der blauen Liste um 3 % pro Jahr gesteigert. Auch hier sind wir vertragstreu und führen die Geldmittel diesen Forschungseinrichtungen zu.

Von nicht untergeordneter Bedeutung ist auch unser Engagement für die Kunst und Kultur unseres Landes. Für die Museumslandschaft Kassel sind zwischenzeitlich Maßnahmen mit einem Gesamtvolumen von 145 Millionen € etabliert.

(Norbert Schmitt (SPD): Minus 8,9 %!)

Für das kommende Jahr werden hier drei neue Maßnahmen aufgenommen: die Klimatisierung des Fridericianums mit 2 Millionen €, der Neubau des Betriebshofs mit 2,3 Millionen € und die Instandsetzung der Reithalle mit 2 Millionen €. In Hanau werden wir die Zeichenakademie mit einem Gesamtvolumen von rund 10,5 Millionen € grundinstandsetzen.

Lassen Sie mich auf den Zwischenruf hin noch einmal sagen: Wir hatten kaum einen Bereich in Hessen, wo der bauliche Zustand der Gebäude so was von marode war wie bei der Kultur. Die Landestheater, die großen Einrichtungen sind von Rot-Grün heruntergewirtschaftet worden, dass es selbst die Hunde gedauert hat.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Es hat an jeder Stelle durch das Dach geregnet. Wir haben zwischenzeitlich schon Ausgaben in dreistelliger Millionenhöhe getätigt, um diese Einrichtungen in Ordnung zu bringen, weil jahrelang nichts daran gemacht worden ist. Das haben wir trotz der finanziellen Notsituation getan, in der wir in den letzten Jahren waren. Wir haben Kunst und Kultur in dieser Frage konzentriert angepackt. Darauf sind wir stolz; denn ein Land lebt nicht alleine von Banken und Finanzen jedweder Art, sondern auch von Kunst und Kultur. Wir schaffen die Rahmenbedingungen dafür, dass das in Hessen entsprechend stattfinden kann.

(Beifall bei der CDU)

Auch für den Bereich Wirtschaft und Verkehr möchte ich Ihr Augenmerk zunächst auf den Ausbildungssektor lenken. Im kommenden Jahr werden die Mittel für Programme zur Erstausbildung um rund 2,3 Millionen € gesteigert. In den kommenden Jahren stehen über Verpflichtungsermächtigungen für 4.000 neue Ausbildungsplätze rund 24,4 Millionen € zur Verfügung. Von diesen 4.000 neuen Ausbildungsplätzen profitieren insbesondere Auszubildende in Verbundausbildungsbereichen des Handwerks.

Wir schlagen hier zwei Fliegen mit einer Klappe. Wir unterstützen insbesondere die kleinen und mittelständischen Betriebe, die junge Leute ausbilden. Sie sollen gut

ausgebildete Arbeitskräfte gewinnen, damit diese Firmen auch in Zukunft erfolgreich arbeiten können.

Aber insbesondere auch ältere Arbeitnehmer stehen im Fokus der Landesregierung. Über das vom Sozialministerium betreute Programm „Erfahrung hat Zukunft“ werden Arbeitslose ab 50 Jahre im kommenden Jahr die Chance haben, schrittweise wieder an den Arbeitsmarkt herangeführt zu werden. Bei entsprechender Nachfrage können bis zu 1.000 Personen in dieses Programm einbezogen werden, für das uns insgesamt 37 Millionen € zur Verfügung gestellt werden. Wir lösen damit im Einzelfall nicht nur ein Beschäftigungsproblem, sondern aktivieren auf diesem Weg zu unser aller Nutzen auch das wertvolle berufliche Know-how unserer Mitbürger über 50 Jahre. Ich füge hinzu: Wir setzen ein Zeichen dafür, dass die Frage, ob jemand über 50 Jahre ausgemustert werden muss, weil er angeblich nicht mehr leistungsfähig ist, von uns so beantwortet wird: Das muss er nicht. Diese Gesellschaft braucht dringend die Qualifikation und die Erfahrung der älteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

(Beifall bei der CDU)

Hessen investiert aber nicht allein in sein Humankapital. Auch die für unseren Standort elementare Verkehrsinfrastruktur wird im kommenden Jahr weiter ausgebaut. Das Landestraßenbauprogramm wird nochmals um 10 Millionen € auf 85 Millionen € angehoben, um im Jahre 2008 eine Gesamthöhe von 100 Millionen € pro Jahr zu erreichen.

(Beifall bei der CDU)

Das sind Zahlen, von denen Rot-Grün nur geträumt hätte. Wir leiden zum Teil heute noch darunter, dass die Dinge nicht gemacht worden sind, die jetzt vom Wirtschaftsminister an vielen Stellen in die Wege geleitet werden.

Meine Damen und Herren, auch die Sorgen um den öffentlichen Personennahverkehr kann ich an dieser Stelle zerstreuen. Die im Rahmen der Haushaltsgesetzgebung des Bundes vorgenommene Kürzung der Regionalisierungsmittel wird über Umschichtungen im Landeshaus- halt sowie die Bereitstellung von zusätzlichen Haushaltsmitteln in Höhe von 6 Millionen € aufgefangen.

(Norbert Schmitt (SPD): Auf Kosten der Kommunen!)

Eine für den Standort Hessen nicht zuträgliche weiter gehende Kürzung des ÖPNV-Angebots kann dadurch wirksam verhindert werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, schließlich, aber keineswegs abschließend, möchte ich noch auf das neue Programm zur Förderung des Erwerbs vorhandenen Wohnraums mit 10 Millionen €, die Verstärkung der Mittelstandsförderung über die IBH mit plus 20 Millionen € sowie auf das neue Programm „Hessen-Kapital“ mit einem Volumen von 5,1 Millionen € hinweisen.

Ein geradezu klassisches und seit Jahren besonders gehegtes Anliegen dieser Landesregierung ist die Sicherstellung der inneren Sicherheit und die Gewährleistung einer leistungsstarken Justiz. Auch dies geht nicht ohne Investitionen in Humankapital. Der Haushalt 2007 sieht deshalb die Erhöhung der Zahl neu einzustellender Polizeianwärter von 250 im Jahr 2006 auf 400 im Jahr 2007 vor. Aber auch zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität und für die Mehrbedarfe im Justizvollzugsdienst sind im Bereich

der Justiz für das kommende Jahr 81 neue Stellen vorgesehen. Ich glaube, einen solchen Schub hatten wir schon lange nicht mehr in der Justiz.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Technisch rüstet in den kommenden Jahren vor allem die Polizei auf: Hessen wird sich, wie geplant, an der bundesweiten Einführung des Digitalfunks für die Polizei und Rettungsdienste beteiligen und stellt hierfür in den Jahren 2007 ff. rund 200 Millionen € zur Verfügung. Bis 2011 werden rund 23 Millionen € in die dringend erforderliche Verbesserung der IT-Ausstattung der Polizei investiert. Insgesamt werden im nächsten Jahr 11.000 PCs, 11.000 Monitore, 9.200 Drucker, 1.000 Laptops und 1.500 Einzel-PCs angeschafft. Meine Damen und Herren, die gesamte hessische Polizei wird technisch neu ausgestattet. Auch das kann sich sehen lassen. Das ist ein Beitrag dazu, dass hier gut gearbeitet werden kann.

(Beifall bei der CDU)

Übrigens haben wir – auch wenn ich sonst kein Fan von Leasing bin – dort das Verfahren gewählt, weil damit sichergestellt ist, dass die Polizei alle vier Jahre die allerneuesten Geräte bekommt. Das heißt, durch das System wird auch sichergestellt, dass revolvierend die neuesten Geräte bei unserer Polizei – übrigens auch in der Finanzverwaltung; da haben wir es schon früher gemacht – zur Verfügung stehen.

(Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine Damen und Herren, insgesamt 18,4 Millionen € fließen in eine zweite Stufe der bereits 2002 gestarteten Kfz-Modernisierungsoffensive. Sie sehen also: Wir sind nicht nur einmal darangegangen, und dann lassen wir die Autos verrotten, wie das in den vergangenen Jahren vor unserer Zeit war, als Autos sieben, acht, zehn, zwölf Jahre in Betrieb waren, sondern bei uns werden regelmäßig neue Autos angeschafft.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau! Immer im Jahr vor der Landtagswahl, und jedes wird zweimal übergeben! – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dreimal!)

Das ist ein Kostenproblem und eine Frage der Zuverlässigkeit im Umgang mit der Polizei.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Hessen ist und bleibt ein soziales Land. Allein für den Bereich des Hessischen Sozialministeriums veranschlagt das Land im Jahr 2007 rund 550 Millionen € zuzüglich einiger im Weiteren noch zu beleuchtenden Sozialmaßnahmen im Kommunalen Finanzausgleich. Auch hier steht das Thema Ausbildung und Betreuung im Vordergrund. Wegen Verzögerungen bei der Verabschiedung des neuen EU-Haushalts stehen für Ausbildungsprogramme im Jahr 2007 rund 3 Millionen € weniger ESF-Mittel zur Verfügung als 2006. Um dennoch Kontinuität bei einem derart wichtigen sozialpolitischen Ansatz zu garantieren, werden die Landesmittel im kommenden Jahr auf jetzt 23,9 Millionen € – zuzüglich 13,9 Millionen € Verpflichtungsermächtigungen – verstärkt. Sie sehen also: Wir ziehen uns nicht zurück, obwohl es keine Europamittel mehr gibt, sondern wir kompensieren sie mit eigenen Landesmitteln, weil uns das als ein ungewöhnlich wichtiges Feld erscheint.

Auch die Mittel für Schulungskosten zur Ausbildung im Altenpflegebereich werden um 2,7 Millionen € auf insge-

samt 12,5 Millionen € erhöht. Auf das beitragsfreie letzte Kindergartenjahr möchte ich beim Thema Kommunen eingehen.

Meine Damen und Herren, zum Thema Umwelt und ländlicher Raum. Wir haben bereits im Zusammenhang mit den ESF-Mitteln für Ausbildungsplatzprogramme oder der Beendigung der Bundesförderung für Großgerätebeschaffung bei den Hochschulen dargelegt, dass wir als Land immer im Rahmen unserer Möglichkeiten auch hier verlässliche Partner sind. Die bisherigen Bundeszuschüsse für die Deichverstärkung wurden nämlich um 6 Millionen € vom Bund gekürzt, aber von Landeseite aufgefangen. Auch die Altlastensanierung in diesem Bereich wird mit 28,5 Millionen € fortgesetzt.

Meine Damen und Herren, wir begegnen in diesen Tagen, in den letzten Monaten immer wieder den Bemerkungen seitens der Opposition, man müsste da mehr machen, man müsste da mehr machen. Sie können eine Aneinanderlistung der verschiedenen Pressemeldungen machen. Gleichzeitig ist es so, dass man sagt, wir dürften nicht so viele Schulden aufnehmen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehr richtig! – Andrea Ypsilanti (SPD): Wir würden es anders machen, ganz anders!)

Frau Erfurth hat gesagt, angesichts steigender Steuereinnahmen und Mehreinnahmen für das Land aus den von der Bundesregierung beschlossenen Steuererhöhungen können die notwendigen Summen für Maßnahmen aufgebracht werden. – Sehen Sie es mir nach:

(Andrea Ypsilanti (SPD): Nein!)

Das ist eine klassische Milchmädchenrechnung. Wie soll man denn die Schulden reduzieren, wenn man die Steuermehreinnahmen gleich wieder für die nächste Maßnahme verbrennt? Meine Damen und Herren, das funktioniert nicht.

(Norbert Schmitt (SPD): Sie erhöhen die Schulden! – Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Geld ausgeben ist nicht schwer, und andere dafür schelten auch nicht. Der „Wiesbadener Kurier“ hat die anmaßende Art in seiner Berichterstattung vom 13. September erkannt und zu Recht als heuchlerisch bezeichnet. Ich brauche nicht mehr hinzuzufügen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, diesem „mehr, mehr, mehr“ werden wir nicht folgen. Aber wir werden in die zukunftsreichen Bereiche dieses Landes, wie ich es Ihnen dargelegt habe, weiter intensiv investieren. Da sind wir wie Kaufleute, dass wir in diesem Bereich Geld ausgeben und damit tatsächlich die Zukunft des Landes gewinnen.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Meine Damen und Herren, aus Sicht der Kommunen handelt es sich beim Haushalt 2007 und dem darin enthaltenen Kommunalen Finanzausgleich für das Jahr 2007 um ein außerordentlich erfreuliches Werk. Verständlicherweise kann man das nicht öffentlich eingestehen. Deswegen lassen wir die Zahlen sprechen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was?)

Der Kommunale Finanzausgleich steigt im kommenden Jahr um sage und schreibe 322,5 Millionen € auf rund 2,9 Milliarden €, was einem Zuwachs von 12,5 % entspricht. Nie vorher in der Historie des KFA haben unsere Kommunen von einer größeren Finanzausgleichsmasse profitieren können. Vor allem handelt es sich hierbei nicht um die einzige finanzielle Besserung bei den Kommunen. Seit zwei Jahren steigen nämlich auch die Einnahmen aus der Gewerbesteuer deutlich.

(Reinhard Kahl (SPD): Was hat das mit dem Land Hessen zu tun?)

Allein im ersten Halbjahr dieses Jahres betrug der Zuwachs bei der Gewerbesteuer satte 383 Millionen €, was einem Zuwachs von annähernd 25 % entspricht. Aber auch der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer hat sich bundesweit im ersten Halbjahr 2006 um 5,2 % erhöht. Insgesamt bedeutet diese Entwicklung für das Gros der Kommunen eine außerordentlich erfreuliche Linie, die hier gezogen werden kann. Manche Kommune wird es erst über den Verbund, über die Finanzausgleichsmasse vielleicht ein oder zwei Jahre später merken. Aber insgesamt gesehen sind die Haushaltsprobleme der Kommunen jedenfalls deutlich kleiner geworden. Ich weise darauf hin: Wir sind eines der wenigen Länder, das die Verbundmasse im Kommunalen Finanzausgleich nicht angegriffen hat. Fast alle Länder haben zulasten der Kommunen die Verbundmasse reduziert.

(Reinhard Kahl (SPD): Drei Jahre haben Sie das gemacht! Haben Sie das vergessen? – Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Deswegen erklären wir mit einem gewissen Stolz, dass wir mithelfen, dass die Kommunen jedenfalls insgesamt ihre Haushaltsprobleme lösen können.

Besonders hervorzuheben am nächstjährigen KFA ist die Erhöhung der Schulbaupauschale von 52,6 Millionen € auf 140 Millionen €. Diese Mittel sollen den kommunalen Schulträgern für den Ausbau der Ganztagsbetreuung zur Verfügung stehen. Ebenfalls zu Betreuungszwecken – dieses Mal jedoch für den Vorschulbereich – hat die Landesregierung das KFA-gestützte BAMBINI-Programm aufgelegt.

(Norbert Schmitt (SPD): Die Landesregierung hat es aufgelegt! – Lebhafte Zurufe von der SPD)

Von insgesamt 110 Millionen € werden 45 Millionen € für die Betreuung von unter Dreijährigen bereitgestellt. Zusätzlich stehen 65 Millionen € zur Kostenfreistellung des letzten Kindergartenjahrs zur Verfügung.

In die Richtung der Sozialdemokraten muss ich sagen: Das ist schon an der Grenze der merkwürdigen Wahrnehmung. In Berlin haben Sie nämlich mitbeschlossen, dass die Kommunen die Einsparung bei Hartz IV für Betreuung verwenden sollen. Hier fangen Sie an, darüber zu lachen, dass das letzte Kindergartenjahr in Zukunft aus den angesprochenen Hartz-IV-Mitteln freigestellt wird.

(Reinhard Kahl (SPD): U 3 haben wir beschlossen, Herr Minister! – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Unter Dreijährige!)

Meine Damen und Herren, es mag Sie stören: Wir sind sehr stolz darauf, dass wir den beitragsfreien Kindergarten und die Unterstützung der Krabbelstuben und damit das familienfreundliche Hessen in dieser Weise deutlich voranbringen.

(Beifall bei der CDU – Andrea Ypsilanti (SPD): Ach, Herr Weimar!)

Selbst wenn Sie an der Stelle über Verfahren streiten: Es ist wichtig, dass in dem Land etwas passiert, und es wird etwas passieren ab dem 01.01.2007.

(Andrea Ypsilanti (SPD): Ja, wenn wir dran sind, 2008! – Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ein Unfug! – Norbert Schmitt (SPD): April 2008!)

Deswegen ist Ihre Kritik völlig gegenstandslos. Hier wird etwas getan, gemeinschaftlich getan. Deswegen, glaube ich, können wir sagen: Das ist eine prima Sache, die hier auf den Weg gebracht wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, auch im Umweltbereich erweist sich das Land als echter Partner der Kommunen. Hier werden durch Verpflichtungsermächtigungen in einer Gesamthöhe von 50 Millionen € die Voraussetzungen zur endgültigen Beseitigung der kommunalen Altlasten- und Gaswerksstandortproblematik geschaffen. Wie bereits beim letztjährigen, sehr gut laufenden Abwasserprogramm – eines der größten Investitionsprogramme und auch eines der größten Umweltprogramme, die dieses Land je gesehen hat; es läuft ganz fantastisch –

(Zuruf des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

gibt das Land die nächsten zehn Jahre Zinsverbilligungen und übernimmt Tilgungsleistungen von bis zu 80 %, wenn Kommunen Darlehen für die Untersuchung und Beseitigung der Altlasten aufnehmen sollten. Wir haben es schon in dem Bereich Abwasser geschafft, dass die Kommunen einen deutlichen Kostenvorteil bei der Sanierung ihrer Abwasseranlagen haben.

(Zurufe der Abg. Hildegard Pfaff und Norbert Schmitt (SPD) – Reinhard Kahl (SPD): Das glauben aber nur Sie!)

Schon jetzt sind für einige Hundert Millionen Euro Investitionen auf den Weg gebracht worden. Meine Damen und Herren, was hätten Sie Hurra geschrieen, wenn Ihnen so ein Programm eingefallen wäre. Wir haben das durchgesetzt, und es läuft, wie gesagt, fantastisch.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Deswegen kann man sagen: Umwelt okay und gleichzeitig noch ein Strukturprogramm für den Mittelstand. Denn es sind im Wesentlichen mittelständische Unternehmen, die diese Baumaßnahmen ausführen. Das hat es in dieser Form in Hessen überhaupt noch nicht gegeben. Wir wollen das hinsichtlich der Altlasten- und der Gaswerksstandortproblematik fortsetzen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich schließlich noch auf ein Thema zu sprechen kommen, das weitgehend außerhalb des politischen Streits angesiedelt ist und das dieses Hohe Haus bislang immer als gemeinsame Aufgabe und Herausforderung begriffen hat: die Neugestaltung unseres Haushaltswesens. Kaufmännische Buchführung und Produkthaushalt seien beispielhaft als Stichwörter genannt. Die anstehenden kurSORischen Lesungen werden wieder Gelegenheit bieten, den Stand des bisher Erreichten zu erörtern. Ganz sicher wird es wieder den einen oder anderen Punkt geben, wo der „Stein der Weisen“ noch nicht präsentiert werden kann. Dies darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass unser Bundesland auf diesem Feld zwischenzeitlich eine nicht nur bundesweit, sondern,

man kann mit Fug und Recht sagen, weltweit beachtete Vorreiterrolle übernommen hat.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weltweit!)

Angefangen vom Internationalen Währungsfonds (IWF) interessieren sich auch verschiedene, über die ganze Welt verteilte Länder dafür und fragen bei uns an, was wir hier – dankenswerterweise gemeinsam – in Hessen an Haushaltsreformen auf den Weg gebracht haben. Wir haben eine erhebliche internationale Resonanz auf das, was wir bei uns machen. Das Land Hessen hat in diesem Bereich erst kürzlich beim bundesweiten „E-Government-Wettbewerb“ den ersten Platz für die „Effizienteste Organisationsänderung“ erhalten.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, einer der Hauptverantwortlichen – Herr Staatssekretär Harald Lemke – ist ebenfalls erst vor einigen Wochen zum „Public-Sector CIO of the year“ gekürt worden, und das von internationaler Fachpresse.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich möchte an dieser Stelle auch sagen: Wir danken ausdrücklich unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesverwaltung, die einen ganz schwierigen Weg gegangen sind und das prima gemacht haben.

(Norbert Schmitt (SPD): Die können nichts für ihren Minister!)

Es besteht aller Anlass, gegenüber den vielen, die mitgemacht haben, ein herzliches Dankeschön für diese Arbeit auszusprechen.

(Beifall bei der CDU)

Zu den bemerkenswerten Reformmaßnahmen in diesem Bundesland gehört sicher auch die kürzlich erfolgte Einrichtung des „Budgetbüros“ beim Hessischen Landtag. Mit dieser Einrichtung haben wir abermals Neuland betreten, und ich hoffe und wünsche, dass mit dieser Anlaufstelle die Einbindung und das Sich-Einbringen der Abgeordneten in den Haushaltsprozess erleichtert und gefördert werden.

Meine Damen und Herren, Deutschland fasst zunehmend wieder Tritt. Der Haushaltplanentwurf für das Jahr 2007 sowie die Ihnen ebenfalls vorgelegte Finanzplanung 2006 bis 2010 belegen, dass wir die Talsohle verlassen haben und dabei sind, den richtigen Weg einzuschlagen. Keiner macht sich Illusionen über die vielen Steine, die noch überwunden oder aus dem Weg geräumt werden müssen. Die Folgen einer tief greifenden Wachstums- und Finanzkrise lassen sich nicht wie ein leichter Schnupfen von heute auf morgen überwinden. Umso wichtiger ist es, dass wir die Chancen und Möglichkeiten, die uns verbesserte Rahmenbedingungen eröffnen, auch entschlossen und beherzt nutzen und dabei vor allem in unseren Reformanstrengungen – ich unterstreiche hier ausdrücklich noch einmal die Notwendigkeit einer wettbewerbsfähigen Unternehmensbesteuerung – nicht nachlassen.

Diese Landesregierung hat alles getan, um unser Bundesland auch in schwierigen Jahren wettbewerbsfähig und Zukunftsfähig zu erhalten. Hessen ist dadurch in einer deutlich besseren Ausgangsposition als fast alle anderen Regionen in Deutschland und Europa. Nach Jahren der Flaute haben wir nun wieder Wind in unseren Segeln.

(Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Norbert Schmitt (SPD): Das nützt doch nichts! – Andrea Ypsilanti (SPD): Der bläst die Backen auf!)

Nutzen wir diesen Vorteil, um jetzt in einer Phase des Aufschwungs die Spitzenstellung Hessens voranzutreiben und auszubauen.

Meine Damen und Herren, 2005 war das Jahr, als wir in Deutschland die zweitniedrigste Verschuldung hatten. 2006 wird das Jahr, in dem ich Ihnen mit einem Nachtragshaushalt nachweisen kann, dass wir die Verschuldung deutlich absenken können. 2007 wird ein Jahr, in dem die strukturellen Probleme, die wir über Jahre hatten, weitgehend abgebaut sein werden, sodass wir bei diesen Verbesserungen und bei vorsichtig geschätzten Steuereinnahmen wieder in der Lage sein werden, die Verschuldung deutlich zu reduzieren. Die Perspektive ist an dieser Stelle ausgesprochen positiv.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Neuverschuldung!)

Meine Damen und Herren, deswegen werden wir diesen Weg weitergehen: in die Zukunft zu investieren, sparsam zu wirtschaften und am Ende jeweils nachzuweisen, dass wir besser sind als die allermeisten anderen. Der Haushaltspunkt 2007 ist dafür die Grundlage. Deshalb bitte ich Sie, diesem Entwurf als Parlament Ihre Zustimmung zu geben. – Vielen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU)

Präsident Norbert Kartmann:

Das waren sechs Minuten mehr. Vielen Dank, Herr Finanzminister. – Meine Damen und Herren, damit sind das Haushaltsgesetz 2007, das Finanzausgleichsänderungsgesetz 2007 sowie der Finanzplan für die Jahre 2006 bis 2010 eingebrochen. Ich eröffne die Aussprache und erteile Herrn Abg. Norbert Schmitt für die Fraktion der SPD das Wort.

Norbert Schmitt (SPD):

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich merke, dass sich insbesondere die Kollegen von der CDU bereits mit Freude auf mich eingestellt und mich erwartet haben.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Lachen bei der CDU)

Um nun auf den Ernst der Lage zu kommen: Anders als vom Finanzminister dargestellt, ist Hessen in einem katastrophalen Zustand.

(Zuruf von der CDU: Was?)

In keinem Flächenland der Bundesrepublik ist die Arbeitslosigkeit so angestiegen wie in Hessen. Auch die neuesten Arbeitsmarktzahlen vom September – Herr Minister, Sie haben die Augustzahlen zitiert, aber wir können auch die Septemberzahlen nennen – zeigen, dass die Arbeitslosigkeit in Hessen nur unterdurchschnittlich zurückgeht. Das sozialdemokratisch regierte Rheinland-Pfalz ist längst an uns vorbeizogen, und als Nächstes wird Schleswig-Holstein an uns vorbeiziehen. Das steht schon an. Herr Kollege Milde, das sind eigentlich keine wirtschaftsstarken Länder.

Meine Damen und Herren, der DGB hat recht, wenn er in einer Stellungnahme zum Haushalt sagt, Hessen liege im Durchschnitt der vergangenen drei Jahre sowohl beim Wirtschaftswachstum als auch bei der Entwicklung der Arbeitslosigkeit hinter der Mehrheit der anderen Bundesländer. Diese Bilanz wirft kein gutes Licht auf die Arbeit der Hessischen Landesregierung.

(Beifall bei der SPD)

Die Arbeitslosigkeit ist in Hessen in der Tat ungeheuer gestiegen. Aber die Landesregierung selbst hat bei dem Stellenabbau ein schlechtes Vorbild geliefert. Nicht Opel, nicht die Deutsche Bank, nicht die Allianz hat in Hessen die meisten Stellen abgebaut: Es ist die Landesregierung mit gut 10.000 Stellen im Rahmen der „Operation düstere Zukunft“. Für viele Mitarbeiter der hessischen Landesverwaltung war das in der Tat eine düstere Zukunft.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, nun zum Stichwort „Wirtschaftswachstum“. Wer so wenige Investitionen anschließt wie die Landesregierung, muss sich über eine negative Entwicklung auch nicht wundern. Das ist so; da bestehen Zusammenhänge. In den vergangenen Jahren sind die Investitionen für die öffentlichen Bereiche in der Tat zurückgegangen. Dass die Landesregierung in diesem Haushalt die Investitionen wiederum um 35 Millionen € senkt, ist wiederum ein schwerer Fehler. Das ist ein Bärendienst für unsere Wirtschaft, und das ist auch ein Bärendienst für die Schaffung von Arbeitsplätzen in diesem Lande.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, in kaum einem Land geht die Schere zwischen Ausbildungsplatzbewerbern und Lehrstellenangebot so weit auseinander wie in Hessen. Hier haben Jugendliche die geringste Chance auf einen Ausbildungsplatz und damit auf einen guten Start ins Berufsleben und auf gesellschaftliche Teilhabe. Das ist der eigentliche Skandal, und darauf haben Sie mit Ihrem Haushalt auch keine Antwort gegeben.

(Beifall bei der SPD)

Die Kultusministerin ist nicht da, aber sie hätte allen Anlass, bei einer Debatte um den Haushalt da zu sein; denn mit der Bildungspolitik geht es in Hessen abwärts. Vor drei oder vier Wochen hat das Institut der deutschen Wirtschaft den Bildungsmonitor 2006 veröffentlicht. Danach ist Hessen im Bundesvergleich bei den weiterführenden Schulen auf den vorletzten Platz und bei den Hochschulen auf den letzten Platz der Bundesländer abgerutscht. Und da gibt es das Bundesländerranking der „Wirtschaftswoche“: Hessen ist bei der Schüler-Lehrer-Relation das Schlusslicht. So sieht es aus.

(Beifall bei der SPD – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist die Realität!)

Meine Damen und Herren, der Finanzminister hat eben gesagt – ich wiederhole es –: „Nur ein gutes Bildungssystem garantiert Wachstum und Wohlstand.“ Das war eben die Aussage des Finanzministers. Er hat recht. Aber wir haben ein schlechtes Bildungssystem; das ist mit diesen Studien nachgewiesen worden. Deshalb kann einem um die Wirtschaft und das Wachstum in diesem Lande nur angst und bange werden.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wie sieht es in der Sozialpolitik aus? In der Sozialpolitik haben Sie bewährte Strukturen zerschlagen. Faktisch ist der Sozialhaushalt mittlerweile von den Einnahmen aus Toto- und Spielbankerlösen abhängig. Der Rest sind Zuweisungen aus Brüssel und Berlin.

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Das zeigt den Zustand der Sozialpolitik in diesem Lande. Auch da kann man nur sagen: katastrophal.

(Beifall bei der SPD – Michael Boddenberg (CDU): Das ist ja nicht zum Aushalten!)

In der Umweltpolitik ist Ihre ökologische Verantwortungslosigkeit überall sichtbar: Das älteste und unsicherste Atomkraftwerk Biblis A wollen Sie länger laufen lassen, aber – wie es so Ihre Art ist – den Atommüll künftigen Generationen überlassen.

(Michael Boddenberg (CDU): Sie haben doch über Arbeitsplätze gesprochen!)

Herr Boddenberg, Landschaftsschutzgebiete werden zerschlagen, ehrenamtlicher Naturschutz wird geschwächt. Eine Unterstützung erneuerbarer Energien – die in Hessen nämlich Arbeitsplätze schaffen würden –, der Energieeinsparung sowie der Steigerung von Energieeffizienz findet durch diese Landesregierung nicht statt. Das ist die Tatsache, mit der wir uns auseinandersetzen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Bei der inneren Sicherheit heißt Ihre Antwort doch immer nur: neue Gesetze, neue Gesetze. Meine Damen und Herren, kein Wunder, wird doch mit dem Stellenabbau bei der Polizei – 1.200 abgebaute Stellen – und der Justiz – 800 Stellen wurden abgebaut – dazu beigetragen, dass in Hessen die Bedingungen für die innere Sicherheit schlechter werden. Wer so verfährt, der handelt natürlich nach der Methode – um im Jargon zu bleiben: „Haltet den Dieb“. Das ist Ihre Methode, und deshalb ergeht immer wieder der Ruf nach neuen Gesetzen. Es ist eine Tatsache, dass die Stellenentwicklung in diesen Bereichen negativ verlaufen ist.

Meine Damen und Herren, wer jetzt erwartet hätte, dass Ihr Haushalt 2007 bei ganz erheblichen Steuermehreinnahmen wenigstens an der einen oder anderen Stelle Impulse gesetzt hätte, um die erheblichen Defizite in Hessen zu lindern und neue Perspektiven zu eröffnen, der wird Fehlanzeige feststellen. Obwohl der Finanzminister Steuermehreinnahmen von 1,1 Milliarden € hat – Sie müssen einmal bedenken, wann das zuletzt in Hessen der Fall war; das ist überhaupt nicht mehr denkbar –, hat er keine Akzente gesetzt. Was er eben vorgetragen hat, war Gestoppt. Das war doch kein Konzept, wie die Probleme des Landes gelöst werden können.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn man den Finanzminister hier vorne stehen sieht, dann hat man wirklich den Eindruck: Dem Finanzminister regnet es Goldtaler in die Schürze, und trotzdem steht er da wie ein begossener Pudel.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Notwendig wären erhebliche Investitionen in die Infrastruktur unseres Landes und deutliche Akzente im Bildungsbereich. Notwendig wäre ein Programm „Umwelt

und Arbeit“, das bei dem erheblichen Nachholbedarf kommunaler und öffentlicher Investitionen in unserem Land ansetzt. Der Zustand von Schulen und Hochschulen, von Trinkwasser- und Abwasseranlagen ist wahrlich nicht gut. Kein Land steht im Übrigen bei erneuerbaren Energien so schlecht da wie Hessen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, für Hessen – das ist nicht meine Berechnung, das ist die Berechnung der Kommunalen Spitzenverbände – wird der Bedarf bei Abwasseranlagen für die höchste Schadstoffklasse auf 500 bis 750 Millionen € geschätzt. In annähernd vergleichbarer Größenordnung liegt der Investitionsbedarf zur Vermeidung von Sickerverlusten bei Abwasseranlagen und zur Verbesserung der stehenden und fließenden Gewässer. Das ist nicht unsere Berechnung, das ist die Berechnung der Kommunalen Spitzenverbände.

Es gibt ein paar Dinge, die jetzt im Kommunalen Finanzausgleich gemacht worden sind, natürlich mit Geld der Kommunen. Aber da müsste viel mehr getan werden. Auch dies würde die Umwelt verbessern und Arbeitsplätze schaffen. Deswegen wäre ein Programm „Umwelt und Arbeit“ das Richtige für das Land Hessen.

(Beifall bei der SPD)

Notwendig wären eine Aufstockung des Altbausanierungsprogramms mit ökologischen Auflagen sowie ein kommunales Infrastrukturprogramm und ein Erneuerungsprogramm insgesamt, weil auch die kommunalen Gebäude in zum Teil erheblich schlechtem Zustand sind.

Notwendig wäre eine Förderung des regionalen Nahverkehrssystems. Sie haben gesagt, Sie hätten die Kürzungen teilweise zurückgenommen, die es von Bundesseite gegeben hat. Diese Kürzungen waren im Übrigen Ausdruck von Koch-Steinbrück. Der Ministerpräsident ist mit seiner eigenen Politik erwischt worden und will jetzt einen Teil rückgängig machen, aber mit Mitteln aus dem Kommunalen Finanzausgleich. Es ist wenig Landesgeld dabei. Aber auch hier wäre notwendig, dass deutlich mehr gemacht würde. Hier wäre ein Sonderprogramm für die Stärkung des regionalen Nahverkehrssystems notwendig. Auch das wäre ein Beitrag für Umwelt und für Arbeitsplätze in diesem Land.

(Beifall bei der SPD – Michael Boddenberg (CDU): Jetzt sind wir schon bei 800 Millionen €!)

Wir sollten auch fortsetzen, was auf Bundesebene erfolgreich angelaufen ist, nämlich ein Altbausanierungsprogramm. Auf Bundesebene wurde auf Betreiben der SPD dieses Investitionsprogramm aufgelegt, und es war schon nach wenigen Wochen abgerufen. Ich glaube, es wäre auch für Hessen gut. Wir haben es einmal gehabt, beispielsweise im Kreis Bergstraße. Mit diesem Programm haben wir seitens der rot-grünen Landesregierung Wärmeschutzmaßnahmen unterstützt. Dieses Programm ist vom Umweltminister der CDU abgebrochen worden. Aber es wäre ein sinnvolles Programm, um Arbeitsplätze zu schaffen, um Handwerk zu unterstützen und die mittelständischen und kleinen Unternehmen in Hessen zu schützen, aber auch um die Umwelt in Hessen zu verbessern. Auch dies wäre notwendig angesichts der Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Hessen.

(Beifall bei der SPD)

Wir benötigen außerdem dringend die Verstärkung des Programms zur Sanierung unseres Waldes. Ich weiß, wo-

von ich rede. In meinem Wahlkreis gibt es eine sehr starke Engerlingplage. Aber auch an anderen Stellen des Landes Hessen gibt es erhebliche Probleme mit der Stressbelastung des Waldes. Sie, meine Damen und Herren, haben in den letzten Jahren die Stellen für Waldarbeiter gestrichen, dafür die Zahl der Stellen in der Staatskanzlei erhöht. Den Versuch der politischen Sanierung betreiben Sie auf Kosten anderer.

(Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Notwendig wären nachhaltige Investitionen in unsere Infrastruktur. Hier gehört der Wald als wichtiger Bereich der Umwelt, Stichwort: Klimawandel, hinzu.

(Michael Boddenberg (CDU): Machen Sie einmal eine Zwischenrechnung auf, Herr Kollege!)

– Ich komme gleich zu Ihnen, Herr Boddenberg. – An all diesen Stellen ist in Ihrem Haushaltsentwurf Fehlanzeige. Jetzt kommt der entscheidende Punkt. Herr Boddenberg, hier müssten Sie eigentlich aufstehen und rufen und Ihren Finanzminister zu Rede stellen: Die Investitionen im Lande Hessen werden im Haushalt 2007 im Vergleich zum Haushalt 2006 um 35 Millionen € zurückgeführt, und das angesichts der erheblichen Defizite, die es in der öffentlichen Infrastruktur gibt. Das ist der eigentliche Skandal in diesem Haushalt.

(Beifall bei der SPD – Lachen bei der CDU – Michael Boddenberg (CDU): Ein unglaublicher Vorgang!)

– Natürlich. – Angesichts des Investitionsrückstands dieses Landes, wie ihn auch die Kommunalen Spitzenverbände beklagen, ist das ein harter Fehler.

Meine Damen und Herren, ein Blick auf den Finanzplan 2006 macht alles deutlich. Der Minister hat schon über den Haushaltsentwurf 2006 gesprochen. Schriftlich ist es in dem Finanzplan dargelegt. Da heißt es schon wieder, dass im Haushaltsvollzug 2006 die Investitionsausgaben – neben den Zinsausgaben – wieder hinter den ursprünglich vorgesehenen Ausgaben zurückbleiben.

Meine Damen und Herren, Sie haben vorhin davon gesprochen, dass bei der Haushaltsaufstellung Luftschlösser gebaut worden sind. – Das ist in diesem Jahr schon wieder der Fall. Das ist wiederum die Ankündigung, dass die Investitionen auch im Jahr 2006 zurückgehen werden und deutlich hinter dem Sollansatz zurückbleiben werden. Das ist Ihre Politik.

Im Haushalts-Ist 2005 – Sie sind so ruhig geworden, Herr Kollege Boddenberg – sind die Investitionen um 153 Millionen € hinter dem Haushaltssatz zurückgeblieben. Das ist doch Ihre Haushaltssanierung auf Kosten der Investitionen. Das ist der eigentliche Skandal im Lande Hessen.

(Beifall bei der SPD)

Da reden Sie von Luftschlössern, ausgerechnet Sie an dieser Stelle.

Meine Damen und Herren, es ist fast schon eine Binsenweisheit, aber die Landesregierung scheint die Augen davor zu verschließen: Die meisten Arbeitsplätze und auch die meisten Ausbildungsplätze bringen kleine und mittlere Betriebe, und zwar in normalen Branchen. Der Landesregierung ist es bisher nicht gelungen, den Rückstand zu anderen Bundesländern wie Rheinland-Pfalz oder Baden-Württemberg in der Förderung des Mittelstands bei

Existenzgründungen und bei dessen Wachstum auszugleichen. Dabei haben wir noch zu unserer Regierungszeit mit der zukunftsweisenden Investitionsbank

(Michael Boddenberg (CDU): Lehrer eingestellt!)

– Lehrer haben wir eingestellt: 3.000 – die richtigen Weichen gestellt.

(Beifall bei der SPD – Andrea Ypsilanti (SPD): Damit können sie aber nicht umgehen!)

Aber Sie haben nichts daraus gemacht. Warum sage ich das an dieser Stelle? Der Finanzminister hat über Wachstum gesprochen, darüber, dass auf Bundesebene die Rahmenbedingungen verändert werden müssten. Aber er hat nicht darüber gesprochen, wie Wachstumsimpulse in Hessen gesetzt werden können. Hier ist ein ganz entscheidender Punkt, und deswegen gehört genau dies zentral zur Haushaltsdebatte: Wie erreichen wir, auch durch einen Landeshaushalt, dass in diesem Bereich wieder mehr Wachstum, wieder mehr Investitionen stattfinden und auch die kleinen und mittleren Unternehmen in Hessen gestärkt werden können? Das ist der zentrale Ansatz, aber an dieser Stelle ist Fehlanzeige.

(Beifall bei der SPD)

Es ist wirklich ein Skandal, dass sich Hessen mit dem Saarland um den letzten Platz bei der Kreditförderung des Mittelstandes streitet. Dabei weiß jeder, wie schwer es die kleinen Betriebe heute haben, Kredite zu bekommen.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Wie war das 1998?)

Wenn Sie jetzt noch Ihre Privatisierungspläne für die Sparkassen durchführen wollen, wird es noch viel schlechter für kleine und mittlere Unternehmen in diesem Land. Deswegen sagen wir Ihnen: Hände weg von den Sparkassen. Sie gehen an dieser Stelle in eine falsche Richtung.

(Beifall bei der SPD)

Andere Länder finanzieren doppelt so viele Investitionen in diesem Bereich.

(Michael Boddenberg (CDU): Was macht denn Rheinland-Pfalz mit dem Sparkassengesetz?)

Da geht es alleine um 20.000 Arbeitsplätze, die in anderen Bundesländern über diese Maßnahmen mehr gefördert werden als in Hessen. Deswegen sehe ich hier ganz erhebliche Defizite.

Die Herauslösung der Beratung aus der Finanzierung, wie das bei der Hessen-Agentur von Ihnen gemacht wurde, ist ebenfalls ein schwerer Fehler. Denn wir sagen, die Beratung von Firmen und Hilfen bei der Finanzierung gehören in eine Hand. Die Umstrukturierung hat sich als nachteilig erwiesen. Ein nüchterner Blick auf die Zahlen zeigt, dass Sie es falsch gemacht haben.

(Beifall bei der SPD)

Sie müssen noch etwas tun: Sie müssen die Beratung noch stärker darauf konzentrieren, dass die bei Weitem nicht ausgeschöpften Bundes- und Europamittel nach Hessen gelenkt werden. Das ist ein zentraler Punkt. Auch hier gibt es in Hessen Defizite. Das Stichwort Bayern ist eben zwischengerufen worden. – Jawohl, die Bayern machen es anders und besser. Die können an dieser Stelle Vorbild sein.

(Beifall bei der SPD)

Notwendig wären auch erhebliche Anstrengungen im Bildungsbereich. Ihre Vorhaben sind mehr als dürftig. Mit Laienlehrern werden Sie nicht den Unterricht geben können, der notwendig ist, um dieses Land nach vorne zu bringen.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen vor allem eine neue Ausrichtung unserer Schulen: echte Ganztagsschulen, wie Rheinland-Pfalz es uns vormacht.

(Michael Boddenberg (CDU): Einheitsschule, sagt Frau Ypsilanti! – Gegenruf der Abg. Andrea Ypsilanti (SPD): Das sagen Sie! Ich habe das nie gesagt!)

– Sie sollten auch in Zwischenrufen keine Unwahrheiten gebrauchen, Herr Boddenberg.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube, hier spreche ich den Sozialdemokraten in der Fraktion aus dem Herzen: Wir wollen echte Ganztagsschulen nach dem Vorbild von Rheinland-Pfalz. Wir wollen eine Hinwendung der Schulen zu den Schülern, und wir wollen endlich ein Ende der gnadenlosen, Talente zerstörenden Auslese sowie die Herstellung von Chancengleichheit für alle Kinder in der Schule,

(Beifall bei der SPD)

egal, wie dick der Geldbeutel der Eltern ist oder ob die Eltern bei den Hausaufgaben helfen können. Hier ist vielleicht mehr Geld erforderlich. Aber genauso wichtig ist eine Konzeption für eine neue Schule in diesem Lande.

(Michael Boddenberg (CDU): Aber die Eltern dürfen auch noch mitmachen?)

– Ja, die Eltern sollten mitmachen. Das ist ein gutes Beispiel. Der Elternwille und die Anregungen, die es vielfach vom Landeselternbeirat gab, wurden von dieser Landesregierung oft nicht aufgenommen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Ich darf ankündigen: Der Elternwille und die Anregungen, die vom Landeselternbeirat kommen werden, werden von einer Landesregierung, die ab April 2008 in Hessen regieren wird und die sozialdemokratisch geführt sein wird, ernst genommen, jedenfalls ernster, als es bei Ihnen und Ihrer Kultusministerin der Fall ist.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Ich sage auch, weil Sie dauernd „Finanzierung, Finanzierung“ zwischenrufen: Natürlich, die notwendige Finanzierung der Zukunftsinvestitionen in Bildung, in eine gute Bildung von Anfang an, in Ganztagsschulen, in gute Hochschulen, wird ohne eine Vermögensteuer nicht möglich sein.

(Axel Wintermeyer (CDU): Ah!)

– Meine Damen und Herren, diese Reaktion habe ich erwartet.

Es ist richtig, von denen, die hohe Vermögen haben, einen Beitrag für die Zukunftssicherung unseres Landes zu verlangen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Keiner ist daran zugrunde gegangen. Niemand ist an der Vermögensteuer zugrunde gegangen, als es sie noch gab.

Wenn die Vorstellungen, die wir vorgelegt haben, umgesetzt würden, würde niemand über die Maßen belastet.

Wir sollten darüber reden, damit Sie wissen, wovon wir reden. Die Besteuerung würde weit unter dem liegen, wie der Vermögenszuwachs bei hohem Vermögen in der Bundesrepublik Deutschland ausfällt. Einen Teil dieser Vermögenszuwächse abzuschöpfen, ist ein Gebot der Vernunft. Das ist ein Gebot mit Blick auf die soziale Gerechtigkeit. Außerdem ist das notwendig, um die für die Zukunft notwendigen Investitionen in diesem Land auch finanzieren zu können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Trotz Steuermehreinnahmen in Höhe von über 1 Milliarde € wird auch im Jahre 2007 der hessische Landshaushalt erneut verfassungswidrig sein. Die Nettokreditaufnahme soll um 450 Millionen € - ich wiederhole: 450 Millionen € - über der nach der Verfassung zulässigen Verschuldung liegen.

Herr Weimar, da ist mir nicht zum Lachen. Die nach der Verfassung zulässige Verschuldung wird um 450 Millionen € übertroffen werden. Die Nettokreditaufnahme soll um 450 Millionen € über dem liegen, was die Verfassung zulässt. Diese Verschuldungsgrenze ist seit 60 Jahren Praxis in unserem Staat. Sie ist auch Orientierungspunkt.

Mir ist da nicht zum Spaßen. Seit 60 Jahren wird das in unserem Staat angewandt. Seit 60 Jahren dient das als verfassungsmäßiger Orientierungspunkt. Dabei werden von den Bruttoinvestitionen diejenigen Investitionen abgezogen, die fremd finanziert werden, also vom Bund oder von der europäischen Ebene. Dabei ist auch völlig klar, dass die Investitionen der kommunalen Ebene nicht hinzurechnen sind. Ich finde, es war schon dreist, dass sich der Finanzminister vor Journalisten der Landespressekonferenz hingestellt und gesagt hat, der Haushaltplanentwurf sei verfassungsgemäß. Dabei ist er überhaupt nicht darauf eingegangen, dass er eine ganz andere Verschuldungsgrenze annimmt als diejenige, die seit 60 Jahren in der Praxis Hessens angewandt wurde.

Aus dem Haushaltsgesetzentwurf, der vorgelegt wurde, geht hervor, dass die Grenze, bis zu der laut Verfassung eine Verschuldung erlaubt ist, nicht bei 1.363 Millionen €, sondern bei 904 Millionen € liegt. Das entspricht in etwa der Schätzung, die ich auf einer Pressekonferenz nach dem Vortrag des Herrn Finanzministers vorgenommen habe. Ich habe davon gesprochen, dass wir laut diesem Entwurf wahrscheinlich um fast 500 Millionen € über der nach der Verfassung zulässigen Grenze der Verschuldung liegen werden. Jetzt sieht es so aus, als ob es 450 Millionen € würden.

Die kommunalen Investitionen zu den Investitionen des Landes hinzuzurechnen, ist schon ein dreister Akt. Andere, nämlich die Kommunen, investieren. Sie wollen sich die Investitionen, die die Kommunen tätigen und die auch im Eigentum der Kommunen verbleiben – das betrifft z. B. Schulen und Krankenhäuser –, anrechnen lassen. Dreister geht es kaum noch.

Das ist ein Verstoß gegen die Verfassung. Was andere Bundesländer da machen, interessiert mich überhaupt nicht. Für uns gilt Art. 141 unserer Landesverfassung. Herr Boddenberg, das ist für uns das Entscheidende und Maßgebende.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich sage es bereits. Trotz des Anstiegs der Steuereinnahmen um rund 8 % hat der Finanzminister wieder einmal keinen Haushaltsentwurf vorgelegt, der den Vorgaben der Verfassung entspricht. Einmal mehr wird deutlich, an welchen finanzpolitischen Abgrund die Herren Koch und Weimar und die Mitglieder der CDU, die diese Politik gestützt haben, das Land Hessen herangeführt haben.

Der Herr Minister hat eben von „seichten Gewässern“ gesprochen, in denen man sich bewege. Schön wäre es, wenn wir uns in seichtem Gewässer befinden würden. Vielleicht wäre das aber doch nicht ganz so schön. Etwas mehr Wasser unter dem Kiel wäre vielleicht doch sehr schön. Aber Tatsache ist doch, dass der Minister den hessischen Haushalt, das hessische Haushaltsschiff längst auf Grund hat laufen lassen. Das Schiff Landeshaushalt ist an den Felsen zerschellt. Das ist die Tatsache, mit der wir uns hier auseinandersetzen müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte den Finanzminister noch einmal an seinen Haushaltsaufstellungserlass für das Jahr 2007 erinnern. Dieser Erlass wurde im Februar dieses Jahres erstellt. Ich darf daraus zitieren.

Bekanntermaßen strebt der Bund für 2007 einen Haushalt an, der sowohl die verfassungsmäßige Regelgrenze der Verschuldung (Neuverschuldung nur in Höhe der Investitionen, Art. 115 Abs. 1 Grundgesetz) einhält als auch das Maastricht-Defizitkriterium ... erfüllt. Diese Anforderungen müssen auch für die Aufstellung des Landeshaushaltes 2007 gelten. Zentrales finanzpolitisches Ziel ist daher, zu erreichen, dass die Nettoeuverschuldung die Summe der Ausgaben für Investitionen nicht übersteigt.

Man kann jetzt also ganz nüchtern feststellen: Wieder einmal ist der Finanzminister weit hinter seinen eigenen Zielen zurückgeblieben. Er ist wieder einmal neben die Matte gesprungen. Dieses Verhalten „zeichnet ihn aus“.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die von der CDU geführte Landesregierung ist gescheitert. Am Ende des Jahres 2006 werden in Hessen die Schulden auf 32,5 Milliarden € - ich wiederhole: 32,5 Milliarden € - angewachsen sein. Am Ende des Jahres 2007 werden sie 33,7 Milliarden € betragen. Diese Angaben beruhen nicht auf Berechnungen von uns. Vielmehr handelt es sich um Angaben aus Ihrem Finanzplan für die Jahre 2006 bis 2010.

Herr Minister, das ist keine Trendwende. Letztes Jahr sprachen Sie noch von einer Trendwende. Heute waren Sie etwas bescheidener. Sie haben davon gesprochen, dass in dem Buch ein neues Blatt aufgeschlagen werde. Von einer Trendwende haben Sie nicht mehr gesprochen. Das ist auch richtig. Denn es handelt sich nicht um eine Trendwende, sondern um das Beschreiten der Wendeltreppe in die Verschuldung. Damit setzen Sie Ihre Politik auf dem Rücken kommender Generationen fort.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die Ausgaben sollen wiederum um 272 Millionen € und damit um 1,6 % steigen. Das wäre erneut ein Verstoß gegen die Verabredungen im Finanzplanungsrat. Dort wurde vereinbart, dass die Ausgaben um höchstens 1 % steigen sollen. Sie liegen auch in diesem Jahr um fast 100 Millionen € darüber.

In Berlin spielt Herr Koch immer den harten Mann. In Hessen wird er aber immer ganz weich, wenn es um das Geldausgeben geht. Da ist er immer mit vorne dabei.

Während der Amtszeit des Ministerpräsidenten Koch sind die Schulden gestiegen. Ich vergleiche das Ende des Jahres 1998 mit dem Ende des Jahres 2006. Die Zahlen für das Jahr 2007 sind da also noch gar nicht eingerechnet. Innerhalb dieses Zeitraums wird die Verschuldung um rund 10 Milliarden € gestiegen sein. Mehr als ein Drittel der Schulden, die das Land Hessen seit 1946 aufgenommen hat, hat Herr Koch zu verantworten. Er hat mehr als ein Drittel aller Schulden der Nachkriegszeit zu verantworten. Dieses Finanzgebaren kann man nur noch als schamlose Verschuldungspolitik bezeichnen.

Hinzu kommt, dass diese enorme Verschuldung mit dem Ausverkauf des Vermögens des Landes einhergeht. Seit dem Jahr 2002 wurde Landesvermögen in Wert von mehr als 2 Milliarden € verkauft. Weitere Verkäufe in Höhe von 466 Millionen € stehen für das Jahr 2007 an. Der Finanzminister hat davon gesprochen, dass Hessen im Jahre 2005 die zweitgeringste Verschuldung pro Kopf habe. Das ist wieder einer seiner berühmten Tricks. Denn eigentlich müsste er noch etwas hinzufügen. Das konnte nur erreicht werden, weil im Haushaltsjahr 2005 Vermögen in Form von Gebäuden im Wert von 1 Milliarde € verkauft wurde. Es wurden also 1 Milliarde € aus Verkäufen eingenommen. Ohne diese Einnahmen wären wir nicht an zweiter Stelle, sondern ganz weit unten bei der Verschuldung für das Haushaltsjahr 2005. Das macht deutlich, wie groß das strukturelle Problem in Hessen ist.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren der CDU, ein Kompliment muss ich Ihnen trotzdem machen.

(Zuruf)

– Doch, das muss ich machen. – Es handelt sich um eine reinliche Truppe bei der CDU. Es handelt sich wirklich um eine reinliche Truppe. Im April 2008 werden Sie uns die Kasse wahrlich besenrein übergeben. Da wird dann nichts mehr drin sein. Kaum ein Gebäude wird dann noch dem Land gehören. Auch die Rücklagen sind dann geplündert. Auch in diesem Jahr geschieht dies wieder in Höhe von 44 Millionen €. Es wird aufgeräumt und weggeräumt. Das ist alles. Das ist wirklich eine „saubere Angelegenheit“. Aber das geschieht zum Schaden des Landes Hessen. Das ist das eigentliche – –

(Jürgen Walter (SPD): Einen Weinkeller haben wir noch!)

– Den Weinkeller haben wir noch. Ich befürchte nicht, dass er verkauft werden wird. Wir sollten den Umweltminister und den Finanzminister – vielleicht hat auch er noch ein bisschen Eigentum – nicht auf schlechte Gedanken bringen.

Wenn die Kasse im Jahr 2008 besenrein übergeben sein wird, wird es damit leider nicht getan sein. Denn der Herr Ministerpräsident wird uns noch ein anderes Vermächtnis hinterlassen.

(Gerhard Bökel (SPD): Damit hat er Erfahrung!)

– Ja, das ist so: Mit Vermächtnissen hat der Ministerpräsident und Landesvorsitzende der CDU so seine Erfahrungen. – Uns wird er ein schlimmes Vermächtnis hinterlassen. Zum einen sind das die während seiner Amtszeit aufgenommenen Schulden in Höhe von 10 Milliarden €.

Daraus ergeben sich in Zukunft Lasten für Zinszahlungen in Höhe von rund 400 Millionen € pro Jahr.

(Petra Fuhrmann (SPD): Das ist Wahnsinn!)

Hinzu kommen die Mietzahlungen, die für die Gebäude geleistet werden müssen, die verkauft wurden, in die wir uns aber wieder eingemietet haben.

(Petra Fuhrmann (SPD): Das ist Wahnsinn!)

Nach dem neuen Haushaltsplanentwurf wird allein der Zuwachs der Mieten vom Jahr 2006 auf das Jahr 2007 45 Millionen € ausmachen. Vom Jahr 2004 zum Jahr 2007 ist eine Steigerung der Mehrausgaben für Mieten in Höhe von 100 Millionen € vorgesehen.

Wir können das zusammenzählen. 400 Millionen € sind mehr für Zinsen auszugeben. 100 Millionen € werden für Mieten für Gebäude aufgebracht werden müssen, die dem Land einmal gehört haben und bei denen sich das Land nun einmieten muss. Das macht zusammen also rund eine halbe Milliarde €. Mit 500 Millionen € wird jeder Haushalt ab dem Jahr 2008 durch die Politik dieser Landesregierung, also durch die Politik des Herrn Koch und des Herrn Weimar, belastet sein. Dieses Geld steht damit natürlich nicht mehr für andere Maßnahmen zur Verfügung. Deswegen muss man sagen: Diese beiden Herren und die Landesregierung haben die Zukunft unseres Landes teilweise schon verfrühstückt. Das ist eine Tatsache.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wenn Sie schon längst nicht mehr im Amt sind, werden Ihre Nachfolger noch mit diesen Belastungen zu kämpfen haben. Da wird es einem jetzt schon angst und bange, das muss man wirklich sagen.

Die Gelder, die wir für die Zinsen aufgrund Ihrer Schulden aufbringen müssen, werden für die in der Zukunft notwendigen Ausgaben für die Bildung und für Infrastrukturmaßnahmen eben nicht mehr zur Verfügung stehen. Das ist die bittere Wahrheit. Wir müssen darauf hoffen, dass es zu Steuermehreinnahmen kommt, damit wenigstens ein Teil der Belastungen ausgeglichen wird. Das wird ein großes Problem werden.

Der Finanzplan, den Sie vorgelegt haben, macht doch das ganze Elend deutlich. Bis zum Jahre 2010 soll die Verschuldung des Landes auf 37 Milliarden € steigen. Das wäre, von heute ab gerechnet, wiederum eine Steigerung um 10 %. Es wäre also wiederum eine Steigerung der Verschuldung um 10 % innerhalb weniger Haushaltjahre. Ich glaube, das macht deutlich, wie dramatisch die Situation ist.

Ursache ist – Herr Minister, damit müssen Sie sich auseinandersetzen –, dass es in Hessen wie in kaum einem anderen Landshaushalt in Deutschland zu dramatischen Ausgabensteigerungen gekommen ist. Als Rot-Grün regiert hat, haben wir uns mit Haushalten gequält; 1997/98 haben wir Sparhaushalte aufgelegt, wo es keinen Zuwachs, nein, sogar einen Rückgang der Ausgaben gegeben hat. Diese Landesregierung nimmt einen ganz anderen Weg. Es wird alles finanziert, was irgendjemand auch nur vorschlägt. Ob es richtig ist, ob es das Land nach vorn bringt, ist eine ganz andere Frage. Diese Prüfung hat leider nicht stattgefunden, sondern es wurde hemmungslos ausgegeben. Von 1998 bis 2007 sind Ihre bereinigten Ausgaben – nach Abzug des Länderfinanzausgleichs, das ist wichtig – um 2,1 Milliarden € gestiegen. Das ist eine Steigerung von 14 % in dieser Zeit. Ich glaube, mit solchen

Ausgabensteigerungen hätten die meisten Privathaushalte in diesem Zeitraum gern gelebt.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Das ist leider nicht der Fall gewesen. Aber Private mussten sich auch danach richten, was eingenommen wurde. Anders der hessische Finanzminister: Im Ausgeben war er immer frisch und munter. Wenn es nicht gereicht hat, hat er einen weiteren Kredit aufgenommen. Das ist die Mentalität dieser Landesregierung. Da fängt das ganze Problem an, warum die Haushaltsentwicklung in den letzten Jahren so schlimm geworden ist.

Meine Damen und Herren, der Haushalt 2007 ist auch ein Wahlkampfhaushalt. Die Wähler sollen mit Geld bestochen werden, das aber gar nicht in der Kasse ist.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU: Oh! – Minister Karlheinz Weimar: Wie war das 2002?)

Ich komme im Einzelnen dazu. Nachfolgende Generationen werden die Wahlkampfgeschenke bezahlen müssen. Mit nachhaltiger Finanzpolitik hat das nichts zu tun. Die geplanten „Wohltaten“ – ich spreche von Wohltaten in Anführungszeichen, weil manches gar keine Wohltaten sind, sondern z. B. Dinge, wo man Bediensteten Geld genommen hat, um jetzt einen Teil zurückzuzahlen – der Landesregierung, ob die Beitragsfreiheit für das letzte Kindergartenjahr, ob die Sonderzuwendungen für Beamte, ob Flachbildschirme für die Polizei oder ein Thermalbad in Bad Endbach, all das ist Ausdruck einer Landesregierung, die weiß, dass ihre Politik immer kritischer beurteilt wird. Anders kann man sich gar nicht erklären, dass solche Dinge auf einmal finanziert werden.

Besonders skandalös, aber auch lächerlich ist die Einmal-, besser Zweimalzahlung für Beamte. Skandalös ist es, weil Sie durch die Verlängerung der Wochenarbeitszeit auf 42 Stunden, durch die Kürzung des 13. Monatsgehalts, das Sie auf die zwölf Monate verteilt haben, auf 60 % und durch die Streichung des Urlaubsgelds am Ende für viele Beamte eine Gehaltskürzung um bis zu 15 % vorgenommen haben. Das ist der eigentliche Skandal. Jetzt geben Sie diesen Beamten Einmalzahlungen von 250 € in diesem und im nächsten Jahr. Sie glauben, dass die betroffenen Beamten so dumm seien, Ihnen für die jetzige Zuwendung dankbar zu sein. Ich bin mir sehr sicher, das Gegenteil wird stattfinden. So, wie ich die hessischen Beamten kenne, werden sie rechnen, und sie haben schon begonnen, zu rechnen: Was hat Ihnen die Landesregierung genommen? Dann kommen sie zu dem Ergebnis, 1.200 € genommen, 250 € bekommen sie zurück. Da besteht überhaupt kein Anlass, dankbar zu sein, sondern da besteht Anlass zur Wut, und die ist berechtigt.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Sigrid Erfurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, deswegen herzlichen Dank, dass Sie die Beamten noch einmal daran erinnert haben, wie mies, wie gutsherrenartig Sie mit ihnen umgegangen sind. Ich bin mir ziemlich sicher, Ihre geplante Einmalzahlung wird eine ganz andere Wirkung haben, als Sie sich das vorstellen.

Meine Damen und Herren, die Angestellten, die nach den neuen Bedingungen – also ohne Tarifvertragsbindung und mit verlängerter Wochenarbeitszeit – auch erheblich mehr arbeiten müssen, gehen bei dieser Einmalzahlung leer aus. Wie ist es denn mit der Chancengleichheit der Angestellten, die ohne Tarifvertrag arbeiten müssen?

Nein, auch das passt nicht zusammen. Auch dies ist ungerecht und verkorkst.

(Beifall bei der SPD)

Lächerlich ist es doch, wenn Sie diese Einmalzahlung auf die Versorgungsempfänger ausdehnen. Es sei ihnen allen gegönnt. Aber mit der von Ihnen genannten Begründung, das sei ein Ausgleich für die Mehrarbeit der Beamten, können die Zahlungen an die Versorgungsempfänger nicht so ganz glaubhaft erklärt werden. Es würde mich zu mindest sehr wundern.

Meine Damen und Herren, deswegen sage ich, es handelt sich um ein Wahlkampfgeschenk. Aber in dem Päckchen steckt einiger Sprengstoff. Das werden Sie dann sehen, wenn es ansteht und wenn bei der Wahl 2008 Ihre Politik auch von den Mitarbeitern, ob Beamte oder Angestellte, in diesem Land bewertet wird.

Meine Damen und Herren, die Not bei der CDU ist groß. Die auf Pump finanzierte Spendierwut ist Ausdruck einer angeschlagenen Landesregierung. Es handelt sich um Carepakte für das eigene Überleben. Anders können diese Punkte überhaupt nicht mehr erklärt werden.

(Axel Wintermeyer (CDU): Man kann sich auch selbst Mut zusprechen!)

Hinzu kommt aber, dass Teile dieser Nothilfe in eigener Sache von den Städten und Gemeinden finanziert werden müssen. Das BAMBINI-Programm wird nicht mit originären Mitteln des Landes bezahlt.

(Michael Boddenberg (CDU): Das kommt aber sehr gut an, Herr Kollege!)

Die Finanzierung erfolgt mit kommunalem Geld und stellt keine Leistung des Landes dar.

(Beifall bei der SPD)

Von den 110 Millionen € stammen gerade einmal 10 Millionen € von dieser Landesregierung.

(Michael Boddenberg (CDU): Das ärgert die SPD!)

– Ja, es ärgert uns, dass Sie sich mit fremden Federn schmücken. Denn der Landesanteil beträgt damit nicht einmal 10 %, gerade einmal 10 Millionen €. Mehr ist Ihnen die Betreuung der Kinder nicht wert. Das ist der eigentliche Skandal in diesem Land.

(Michael Boddenberg (CDU): Schon wieder!)

– Herr Boddenberg, ich weiß, es ist immerhin die doppelt so hohe Summe, wie Sie für das Thermalbad in Bad Endbach ausgeben. Da geben Sie 4,5 Millionen € aus.

(Michael Boddenberg (CDU): Sie skandalisieren das Wort „Skandal“!)

Das macht die Dimensionen klar, was Ihnen die Kinder in diesem Land wert sind.

(Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Sie werden noch sehen, Ihr BAMBINI wird zu einem Problemkind, weil es von anderen finanziert wird, nämlich auf Kosten der Kommunen. Die Stellungnahmen der Kommunalen Spitzenverbände an dieser Stelle sind deswegen auch negativ. Sie sagen: ein schönes Programm, aber von den Falschen finanziert. Sie hätten es finanzieren müssen.

(Beifall bei der SPD – Michael Boddenberg (CDU): Alle SPD-Kommunen werden es zurücküberweisen!)

Meine Damen und Herren, schauen wir, um auf ein anderes Detail einzugehen, doch einmal die Strukturdaten des Landeshaushalts genauer an. Um über Strukturdaten zu reden, hat uns die neue Verwaltungssteuerung eine Darstellung im Finanzplan geliefert – auf den Seiten 46 und 47, die empfehle ich allen – und eine neue Tabelle bereitgestellt. Sie zeigt die Entwicklung in den einzelnen Bereichen und den Oberzielen der Landesregierung. Bemerkenswert sind die Zuwächse und die Verluste. Die höchsten Zuwächse gibt es, wie fast immer, in der Staatskanzlei, 6,5 %.

(Andrea Ypsilanti (SPD): Ah, die Staatskanzlei!)

Den Renner schießt die neue Verwaltungssteuerung ab mit einem Zuwachs von 19,7 %. SAP lässt grüßen. Mittlerweile müssen wir 35 Millionen € für SAP aufwenden. Wer sind die Verlierer des Haushalts 2007?

(Michael Boddenberg (CDU): Die Lochkartenhersteller!)

Da wird es hochinteressant. Kunst und Kultur: minus 9,7 %. Da stellt sich dieser Finanzminister hin und hält eine solche Rede, was alles für Kunst und Kultur gemacht werde.

(Minister Karlheinz Weimar: 100 Millionen € für die Stiftung!)

Die „Steigerung“ ist ein Minus im Jahr 2007 gegenüber 2006. Umwelt, ländlicher Raum und Verbraucherschutz: minus 2,1 %. Das haben wir gar nicht anders erwartet. Aber jetzt kommt es. Bildung und Wissenschaft, Einzelplan 15: minus 1,5 %. Da sagt der Finanzminister, das Wohl des Landes hänge von einer guten Bildung ab. Er kürzt an dieser Stelle. Das macht deutlich, hier sind falsche Schwerpunktsetzungen, hier wird an einer falschen Stelle eingegriffen.

(Beifall bei der SPD – Andrea Ypsilanti (SPD): Da ist er sprachlos!)

Bildung und Wissenschaft gehören zu den Verlierern in diesem Haushalt. Aber die Staatskanzlei und die Spielzeugeisenbahn der Landesregierung, SAP, werden weiter aufgeblättert. So werden aus den Leuchttürmen, von denen der Wissenschaftsminister immer gesprochen hat, nur noch Glühwürmchen. Das ist doch die Situation in diesem Lande.

Meine Damen und Herren, der Finanzminister hat wieder die hohe Belastung im Länderfinanzausgleich angesprochen. Das ist so nicht richtig. 1999 betrug die Belastung im Länderfinanzausgleich 2,5 Milliarden €, 2000 2,8 Milliarden €, 2001 2,6 Milliarden €, 2006 1,8 Milliarden €, und jetzt wieder auf 2 Milliarden € ansteigend, aber nie die hohen Summen erreichend, die es 1999, 2000 und 2001 gab. Man ist jetzt etwa auf dem Niveau der Jahre 2000, 2002.

(Michael Boddenberg (CDU): 15 Milliarden € in sechs Jahren, Herr Kollege!)

– Ach, Herr Boddenberg, wenn ich keine Steuern zahlen müsste, wäre mein Haus auch schon abbezahlt. Es ist doch klar, der Länderfinanzausgleich ist die Leistung des Landes zu der Finanzierung von Ländern, denen es schlechter geht.

(Beifall bei der SPD – Michael Boddenberg (CDU): Ein Ausdruck dafür, wie viel besser Hessen wirtschaftet als andere Länder!)

Das ist eine nach dem Grundgesetz zu leistende Aufgabe. Wir streiten zu Recht darüber, ob es nicht eine Überkompensation gibt. Auch ich halte es für falsch, dass Hessen in der Finanzkraft von Platz eins oder zwei, meistens Platz eins, am Ende auf Platz sieben herunterfällt. Darüber streiten wir. Aber zu lamentieren und so zu tun, als sei der Länderfinanzausgleich daran schuld, das ist falsch. Im Gegenteil, der Länderfinanzausgleich hat sich in den letzten Jahren eher positiv entwickelt.

Ich komme zum Kommunalen Finanzausgleich. Auch der Kommunale Finanzausgleich ist in diesem Jahr missraten. Die notwendigen Veränderungen wurden nicht vorgenommen, und was gemacht wurde, wurde falsch gemacht. Die Streichung des Arbeitslosenansatzes, das BAMBINI-Programm zulasten der Kommunen und die Erhöhung der Schlüsselzuweisungen für die Kreise auf Kosten der Städte und Gemeinden sind nicht akzeptabel. Kein Verständnis haben wir auch dafür, dass die Wohngeldersparnisse des Landes aus Hartz IV zu einem beträchtlichen Teil von 35 Millionen € auch künftig erst mit zweijähriger Verzögerung an die kommunale Seite überwiesen werden. Das ist aus unserer Sicht nicht richtig, und das müsste geändert werden.

(Beifall bei der SPD)

Trotz eines Trostpflasters in Form einer jährlichen Zuweisung von 10 Millionen € Strukturhilfe für zwei bis drei Jahre ist das Streichen des Arbeitslosenansatzes falsch. Damit werden ausgerechnet die Kommunen benachteiligt, die strukturell am schlechtesten dastehen und die Finanzzuweisungen in diesem Land am notwendigsten hätten. Deswegen ist Ihr Weg auch an dieser Stelle falsch.

Auch was die Sonderstatusstädte betrifft, haben Sie diesmal eingegriffen, und auch da gibt es Konfliktstoff. Die Klage ist schon angekündigt. Ich glaube, dass es an dieser Stelle sogar zu einer gerichtlichen Auseinandersetzung kommen wird.

Meine Damen und Herren, bevor ich zum Schluss komme, möchte ich noch etwas detaillierter zum Sozialhaushalt ausführen, was Sie bei einem Sozialdemokraten sicherlich gut verstehen können. Die sogenannten freiwilligen Ausgaben im Sozialhaushalt, mit denen die eigentliche gestaltende Sozialpolitik finanziert wird, sind wie eine alte runzlige Kartoffel zusammengeschnorrt. Für die freiwilligen Ausgaben werden nur noch rund 25 Millionen € eigentliche Landesmittel bereitgestellt. Den Löwenanteil stellen mit rund 53 Millionen € Zuführungen aus Lottermitteln und Troncaufkommen der Spielbanken sowie in erheblichem Umfang EU- und Bundesmittel dar.

„Soll die Politik gerade für Suchtkranke davon abhängig sein, dass genügend Geld in den Kasinos eingenommen wird, und das zum Teil von Spielsüchtigen“, fragt meine Kollegin Petra Fuhrmann zu Recht. Das aber ist die Politik dieser Landesregierung. Das ist ein falscher Weg.

(Petra Fuhrmann (SPD): So ist es! – Gerhard Bökel (SPD): Frau Fuhrmann hat recht!)

Das sozialpolitische Engagement der Ministerin erschöpft sich seit Langem in reiner Symbolpolitik. Der Ansatz für Preise und Auszeichnungen geht nach oben: Frauenförderpreise, Pflegemedailien, Integrationspreise werden vergeben, aber den betroffenen Gruppen geht es nicht besser.

(Beifall bei der SPD)

Weder geht es den Frauen in Hessen besser – im Gegen teil, meine Damen und Herren –, noch hat sich die Situation der älteren Menschen in diesem Land verbessert, noch ist im Integrationsbereich das vorgenommen worden, was sich meines Erachtens gehört.

Die Tatsache, dass die sogenannten Tafeln, wo die Ärmsten der Armen hingehen, zugewonnen und wie sie sich in den letzten Jahren entwickelt haben, ist eigentlich ein Armutzeugnis für dieses Land. Auch sie werden von der Landesregierung faktisch nicht unterstützt. Armut in einem solch reichen Land wie Hessen macht deutlich, wo wir mittlerweile in der Sozialpolitik angekommen sind.

Deshalb sage ich Ihnen: Wir treten für ein Sozialbudget ein. Wir wollen nämlich, dass diejenigen Menschen, die sich in Hessen ehrenamtlich oder hauptamtlich für Sozialpolitik engagieren, Sicherheit hinsichtlich ihrer Finanzierung haben. Das ist auch ein Gebot der Gerechtigkeit und der sozialen Verantwortung.

(Beifall bei der SPD)

Ich stelle fest: Der Haushalt 2007 ist trotz hoher, hoher Steuermehreinnahmen verfassungswidrig. Der Haushalt 2007 gibt keine Antwort auf die dringenden Probleme des Landes: auf die überdurchschnittliche Zunahme der Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren in Hessen, auf die Lehrstellenmisere, auf die zu geringen öffentlichen Investitionen und auf das Abfallen Hessens im Bildungsbe reich. Hessen fällt zurück, weil der Landesregierung nichts einfällt, wie sie dieses Land wieder nach vorn bringen kann. Hessen aber braucht neue Impulse und eine andere Politik. – Danke schön.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Herr Schmitt. – Als nächster Redner hat sich Herr Kaufmann von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Wort gemeldet. Herr Kaufmann, bitte sehr.

Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Heute ist der 4. Oktober 2006.

(Demonstrativer Beifall bei der CDU)

– Ich stelle Zustimmung von allen Seiten fest. – Mit Ablauf des heutigen Tages ist Karlheinz Weimar genau sieben Monate im Amt des hessischen Finanzministers.

(Demonstrativer Beifall bei der CDU)

Diese Feststellung gibt mir zunächst Anlass, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Finanzministerium und in dem nachgeordneten Bereich, die sich um uns kümmern, herzlich zu danken. Ich weiß, dass sie es nicht nur mit uns, sondern sicherlich auch mit ihrem Chef nicht immer leicht gehabt haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Als Karlheinz Weimar am 5. April 1999 sein Amt antrat, hatte das Land Hessen insgesamt einen Schuldenstand von ca. 46 Milliarden DM – in heutiger Währung rund 23 Milliarden €. Wenn derselbe Finanzminister in 18 Monaten sein Amt endlich verlieren wird, wird Hessen einen Schuldenstand von gut 35 Milliarden € haben. Das ist

eine Steigerung um rund 12 Milliarden € oder um mehr als 50 %, also um gut die Hälfte, innerhalb von nur neun Jahren.

(Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, Weimar ist damit der Rekordschuldenmacher aller hessischen Finanzminister. Herr Minister, wir können gern darauf wetten, dass das so ist, und zwar in den gesamten 60 Jahren der Geschichte Hessens.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Von allen Schulden des Landes, die dann bestehen, verantwortet Weimar einen Anteil von rund einem Drittel. Also jeder dritte Euro hessischer Schulden geht auf seine Kappe – wahrlich eine beeindruckende Leistung.

Über 12 Milliarden € hessischer Schulden tragen die Unterschrift von Weimar. Er präsentiert uns und unseren Nachkommen die Rechnung. Jeder Hessian und jedem Hessen – egal ob jung oder alt, Baby oder Greis, ob blond, ob braun, ob schwarz, ob mit oder ohne Migrationshintergrund, egal welche Partei sie oder er gewählt hat und wie viele Schulden sie oder er privat hat – hat Weimar fast 2.000 € zusätzlich aufgebürdet. Das zahlen wir alle und unsere Kinder kräftig ab.

Doch nicht nur die Tilgung wird uns drücken. Es kommen noch die verlorenen Zahlungen hinzu. Allein die Zinsen der weimarschen Schulden belaufen sich auf rund 480 Millionen € jedes Jahr. Wir zahlen also in alle Zukunft Jahr für Jahr, ohne dass wir irgendetwas davon haben, 480 Millionen € an die Banken. Dieses Geld fehlt natürlich für alle anderen vernünftigen Zwecke. Wissen Sie eigentlich, meine Damen und Herren, was man mit 480 Millionen € alles machen könnte? Man könnte damit fast 10.000 Lehrerinnen und Lehrer Jahr für Jahr bezahlen – so viele, wie wir auch bei bester Schulausstattung und tatsächlich wirksamer Unterrichtsgarantie nicht brauchen würden. Wir könnten das Geld auch den Hochschulen zur Verbesserung der Lehre zur Verfügung stellen und damit die Investition in die Köpfe vorantreiben. Dann hätten die Hochschulen übrigens mehr als das Dreifache der vorgesehenen Studiengebühren zusätzlich zur Verfügung.

(Norbert Schmitt (SPD): So ist es!)

Ohne die Schuldenmacherei der Regierung Koch könnten wir uns Bildungsangebote vom Feinsten leisten, und die Studierenden und die Schülerinnen und Schüler müssten nicht durch verfassungswidriges Schulgeld ihre Bildung selbst bezahlen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

480 Millionen €, und zwar Jahr für Jahr, könnten wir haben, wenn wir nicht Karlheinz Weimar hätten, den Finanzminister der traurigen Gestalt.

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Meine Damen und Herren, wenn wir uns die Präsentation des Haushaltsentwurfs vor der Presse durch den Finanzminister vor wenigen Wochen anschauen, wird auch dem Letzten klar, dass dieser Finanzminister gar nicht weiß, was die Begriffe „sparsame Haushaltsführung“ und „Konsolidierung der Staatsfinanzen“ in ihrem Sinngehalt eigentlich bedeuten, denn der wesentliche Teil seiner Folien nähert sich dem Thema nach dem Motto: Es ist doch alles gar nicht so schlimm.

Da wird die Schuldenlast immer wieder mit den Zahlungen Hessens in den Länderfinanzausgleich in Bezug gesetzt.

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Dann sähe es nämlich so aus, dass Hessen nicht nur keine Schulden hätte, sondern geradezu in Saus und Braus leben würde, wenn uns die anderen Länder über den Länderfinanzausgleich nicht unser sauer verdientes Geld wegnehmen würden.

(Michael Boddenberg (CDU): So ist es!)

Mehr als 5 Milliarden € haben wir Hessen mehr in den Länderfinanzausgleich abführen müssen, als die Regierung Koch an neuen Schulden gemacht hat. Das teilt uns Weimar mit. Aktuell, so wird uns präsentiert, sei die Schuldenaufnahme Hessens nur halb so groß wie die Zahlungspflicht in den Länderfinanzausgleich.

Meine Damen und Herren, ich frage Sie: Was soll das? Was will uns der Finanzminister damit nahebringen? Warum applaudiert die CDU-Fraktion? Will er uns damit sagen, dass er ein ganz toller Kerl ist? Der Ministerpräsident nannte ihn ja einen prima Finanzminister. Das wissen wir ohnehin. Wir haben es in Erinnerung, wobei die Frage offen bleibt, Herr Ministerpräsident, ob das nicht eher eine Schmähung als ein Kompliment ist. Nein, er will uns wohl sagen, er – Weimar – sei an der Verschuldung des Landes so unschuldig wie ein neugeborenes Lämmchen. Wenn dies wirklich so wäre, muss ich leider, aber umso bestimmter feststellen, Herr Finanzminister: Das Lämmchen auf dem Stuhl des Finanzministers ist eine totale Fehlbesetzung.

(Zuruf von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: So ist es!)

Auch die Gnade der späten Geburt können Sie wahrlich nicht für sich in Anspruch nehmen, denn ich sagte bereits: Durch Sie haben wir bis 2008 50 % mehr Schulden als zuvor.

(Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Ich glaube, es gibt in diesem Saal niemanden, der für sich selbst nicht auch feststellen könnte, nicht wahr, auch Sie, Herr Milde, dass es ihm finanziell wesentlich besser ginge, dass er vielleicht sogar gar keine Kredite benötigen würde, wenn er keine Steuern zahlen müsste. Nur muss er es halt, so wie das Land seine Verpflichtungen im Länderfinanzausgleich erfüllen muss. Deshalb sind alle Vergleiche der Neuverschuldung mit der Zahllast Hessens in den Länderfinanzausgleich völlig verfehlt und eines Finanzministers unwürdig.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Zuruf von der CDU: Was ist das für ein Beitrag?)

Meine Damen und Herren, wie sehr Karlheinz Weimar zum Fabulanten der eigenen Glückseligkeit geworden ist, erkennt man auch an dem von ihm immer wieder so gern bemühten Balkendiagramm mit dem Vergleich des Schuldenstandes je Einwohner. Er hat es heute auch mehrfach verbal vorgetragen. Da frage ich: Was ist für die Hessen eigentlich gut daran, dass sie pro Kopf mehr als das Zweieinhalfache an Schulden auf ihren Schultern tragen als unsere Nachbarn in Bayern? Was kann uns an der Tatsache zufrieden machen, dass selbst die Sachsen in ihrem Bundesland pro Kopf etwa nur halb so stark verschuldet sind wie wir? Ich sage hier deutlich und mit Nachdruck:

Die Aufgabe eines Finanzministers besteht nicht darin, das Schuldendesaster schönzureden und schmuck anzustreichen, sondern sie besteht darin, für eine solide Haushaltswirtschaft zu sorgen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Herr Weimar, was Sie abgeliefert haben, ist noch schlechter als mangelhaft. Es ist völlig ungenügend.

Meine Damen und Herren, der hessische Haushalt hat in Verantwortung der Regierung Koch seit Jahren ein strukturelles Defizit von etwas mehr als 2,5 Milliarden €. Das sage ich heute nicht zum ersten Mal. Das habe ich in der Haushaltsrede im vergangenen Jahr und auch in den Jahren davor immer wieder festhalten müssen.

(Norbert Schmitt (SPD): Und es war immer richtig!)

Das hat selbst der Ministerpräsident festgestellt, als er in jener denkwürdigen Pressekonferenz – Sie erinnern sich, als Weimar die Folien auswechseln durfte – die „Operation düstere Zukunft“ verkünden durfte. Das war zu Beginn der Legislaturperiode, kurz vor den Beratungen zum Haushalt 2004. Seitdem sind wir, wenn wir den Verlautbarungen der Regierung glauben, mittlerweile in das fiskalische Paradies eingetreten, denn wiederholt erklang mit lautem Getöse aus Weimars Mund der Ruf: „Haben Trendwende geschafft“.

(Norbert Schmitt (SPD): Bitte nicht mehr erzählen!)

Wir hatten dies im vergangen Jahr an gleicher Stelle bereits gemeinsam erörtert. Doch ebenso wie die Trendwende – nämlich endlich eine Abkehr von wachsenden neuen Verschuldungen – keineswegs erreicht war, besteht das strukturelle Defizit unverändert im hessischen Landshaushalt. Am aktuellen Entwurf für das kommende Jahr bestätigen dies die Zahlen überdeutlich.

Wir lesen in dem Haushaltsentwurf: eine Nettokreditaufnahme von 1.326 Millionen €, Verkaufserlöse aus Leo 3 von 320 Millionen €, Steuermehreinnahmen von 1.100 Millionen €. Also fehlen, bezogen auf die letzte Bilanz, im Bereich der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit rund 2,5 Milliarden €. Darin sind die unterdurchschnittlichen Steuereinnahmen der vergangenen Jahre bereits berücksichtigt.

Meine Damen und Herren, ich stelle fest: Die angeblichen Konsolidierungsanstrengungen haben nichts gebracht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Widerspruch bei der CDU)

Die Trendwende erweist sich als Drehen im Kreis, ohne dass das Ziel einer soliden Haushaltswirtschaft näher kam.

(Minister Karlheinz Weimar: Wer hat Ihnen das aufgeschrieben? Das kann doch nicht wahr sein! Das ist unglaublich!)

Nur ist das Land Hessen neben dem nach wie vor bestehenden strukturellen Defizit von 2,5 Milliarden € mittlerweile um weitere 2.500 Millionen € ärmer, denn in dieser Höhe wurden Immobilienwerte verkauft, und die Einnahmen sind im Haushalt unwiederbringlich verschwunden,

(Michael Boddenberg (CDU): Sie sollten sich besser nachts auf dem Flughafen aufhalten!)

obwohl mit den Operationen Leo – der Kollege Schmitt hat es erwähnt – dem Landeshaushalt weitere Lasten aufgebürdet wurden und werden.

(Lachen bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir haben errechnet, dass uns die Verkäufe bis einschließlich Leo 2 – also das, was uns nächstes Jahr bevorsteht, noch gar nicht mitgerechnet – ab dem Jahre 2023 finanzielle Verluste bescheren. Bis dahin ist durch die Mietzahlung der gesamte Erlös bereits verbraucht, d. h. konkret: wieder ausgegeben. Die Verträge, die geschlossen wurden, gelten noch Dutzende Jahre fort – ganz abgesehen davon, dass Gebäude wie Polizeipräsidien danach noch benötigt werden, also weiter teuer angemietet werden müssen.

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Kaufmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kollegen Boddenberg?

Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, ich möchte gerne darauf verzichten. Herr Boddenberg kann sich zur Kurzintervention melden.

Meine Damen und Herren, ich hatte erwähnt, dass im Haushaltsentwurf 2007 Steuermehreinnahmen von rund 1.100 Millionen € eingeplant sind, der Finanzminister also davon ausgeht, dass im kommenden Jahr eine Steigerung dieser Position um mehr als 8 % da sein wird. Warum kommt auf einmal so viel Geld mehr in die Kassen – das fragt man sich –, übrigens Geld, das wir dringend brauchen? Es war besonders unser Finanzminister, der stets und ständig über die mangelhaften Steuereinnahmen geklagt hatte.

Das Geld kommt – das sollten wir uns alle klarmachen –, weil endlich die CDU-Ministerpräsidenten unter Führung von Roland Koch wenigstens einen Teil ihrer sachlich völlig unbegründeten Blockade im Bundesrat aufgegeben haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Was unter anderem wir GRÜNE immer wieder angeprangert hatten, von der CDU aber mit großem Augenaufschlag und Pathos zurückgewiesen worden war, ist jetzt bewiesen.

(Michael Boddenberg (CDU): Das ist auch nicht besser als das, was Sie schon gebracht haben!)

Die Blockade war ausschließlich parteipolitisch begründet. Sie war eine Art politische Erpressung gegenüber der verhassten rot-grünen Bundesregierung. Alle die Argumente, die von Roland Koch z. B. gegen die Streichung der Eigenheimzulage vorgebracht wurden, müssten eigentlich unabhängig davon sein, wie der Name des Bundeskanzlers bzw. der Bundeskanzlerin ist.

(Michael Boddenberg (CDU): Sagen Sie doch etwas zu den Regionalisierungsmitteln!)

Doch weit gefehlt. Was gestern noch den Ruin der Republik bedeutete und deshalb aus staatspolitischer Verantwortung heraus auf jeden Fall verhindert werden musste, das wird heute gemacht, gilt schlimmstenfalls als notwendiger Kompromiss, wenn nicht gar als neue staatspolitische Aufgabe. Es wäre sicher besser, wenn die Verant-

wortlichen wenigstens zugäben, dass ihre Blockade der Beseitigung der Regierung und der Ablösung des Bundeskanzlers diente; denn das weiß in diesem Lande sowieso jeder Mensch, der die Politik nur ein bisschen beobachtet.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Ob sich die Hoffnungen der Blockierer mit der Bundestagswahl im vergangenen Jahr und der jetzt amtierenden Bundesregierung allerdings erfüllt haben, darf füglich in Zweifel gezogen werden. Die aktuellen Berliner Debatten sprechen für sich.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wenn angesichts solcher Verhaltensweisen die Politiker in den Augen der Wählerinnen und Wähler immer mehr verachtet werden, dürfte sich eigentlich niemand mehr wundern – über die jetzt sprudelnden Steuereinnahmen auch nicht, denn es überrascht nicht, dass ein Wagen endlich anfängt zu rollen, wenn man die Bremsen löst. Wir Finanzpolitiker sehen gespannt der neuen Zeit positiver Steuerschätzungen entgegen.

Seit vielen Jahren hat es keinen solchen Zuwachs bei den Einnahmen mehr gegeben. Endlich könnten wir wenigstens die gravierenden Mängel beseitigen. Leider muss ich an dieser Stelle im Konjunktiv sprechen, denn die Voraussetzung wäre es, dass wir eine geordnete Haushaltswirtschaft vorweisen könnten.

Aber die Präsentation des Haushaltsentwurfs durch den Finanzminister macht auch in diesem Punkt deutlich, dass dem nicht so ist. Bei einer ordentlichen Haushaltswirtschaft stünden mindestens 700 Millionen € der Steuermehreinnahmen in unserem Haushalt für politische Programme zur Verfügung, nachdem der Länderfinanzausgleich und der Kommunale Finanzausgleich bedient sind. Doch sie sind nicht verfügbar, weil Weimar stattdessen einräumen musste, dass eine weitere Verschleuderung des Immobilienvermögens in der Größenordnung nicht mehr möglich ist, sodass sich ein Deckungslöch von 460 Millionen € auftut, das zu stopfen ist. Ich sage: Das war absehbar, weil schlicht nichts mehr da ist, was man noch verkaufen könnte.

In den letzten Jahren hat sich der Finanzminister haushaltsmäßig so verhalten wie der betrügerische Taubenhändler: „Ich tue so, als könnte ich die Objekte mehrfach verkaufen“, weil er es übrigens jahrelang beim Haushaltsansatz mit dem alten Polizeipräsidium in Frankfurt geübt hatte. Man darf halt Einmalerlöse nicht für laufende Kosten ausgeben, sonst wird man schneller, als man rechnen kann, vom Defizit eingeholt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Meine Damen und Herren, wir haben Steuermehreinnahmen von 1.100 Millionen €, und Weimar plant gleichzeitig eine Verringerung der Nettokreditaufnahme – immerhin eine Verringerung. Das heißt, die Trendwende ist tatsächlich geschafft.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Na also!)

– Herr Kollege Milde, die Verringerungsbeträge: gewaltige 20 Millionen €. Das sind nicht einmal 2 % der Steuereinnahmen, die Weimar beim Schuldenmachen reduziert. Das heißt, mental ist der Finanzminister so eingestellt, dass ihn selbst der höchste Zuwachs an Steuerein-

nahmen in seiner Amtszeit nicht in die Lage versetzt, das Immer-neue-Schulden-Machen deutlich zu verringern.

Die Forderung bliebe eigentlich, ohne neue Kredite auszukommen. Wenn aber 1.100 Millionen € nur für 2 % Reduzierung reichen, braucht Weimar wohl 55 Milliarden € Steuermehreinnahmen, um wenigstens einen einzigen schuldenfreien Jahresetat aufzustellen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Reinhard Kahl (SPD): Das ist eine überzeugende Rechnung!)

Meine Damen und Herren, damit sind wir bei der Bewertung des Schuldenkurses des Finanzministers. Kollege Schmitt hat schon darauf hingewiesen. Sehr geehrter Herr Finanzminister, was dann doch eine Unverblümtheit, eine drastische Unverschämtheit war – ich frage mich, ob Sie allen Ernstes geglaubt haben, damit durchzukommen –: Meinten Sie wirklich, dass es niemandem auffällt, dass Sie plötzlich klammheimlich versuchen, die hessische Definition der Verschuldungsgrenze der Verfassung ins gelobte Land der Schuldenmacher hinein kräftig nach oben verschieben zu können?

Wir GRÜNE sagen jedenfalls: Was 60 stolze Jahre in Hessen galt, soll auch im Jahre 1 nach dem Jubiläum weiterhin gelten, zumal es keinerlei ersichtlichen Grund dafür gibt, plötzlich eine großzügigere Rechnung aufzutischen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Natürlich erinnern wir uns, dass bereits im vergangenen Jahr zur Definition der Verfassungsgrenze von Ihnen verschiedene Vorschläge kamen. Wir haben darüber eine parlamentarische Debatte gehabt. Bislang hatte noch niemand den Vorschlag gemacht, die Zuweisung für Investitionen an die Kommunen im Kommunalen Finanzausgleich einmal rasch bei der Verschuldungsgrenze des Landes mitzurechnen. Herr Weimar, Ihnen gebührt der höchst zweifelhafte Ruhm, sich als erster hessischer Finanzminister ein besseres Image dadurch erschleichen zu wollen, indem Sie mal eben en passant fremde Investitionen wie eigene rechnen.

Das führt zu Kopfschütteln. Wir kannten zwar bislang den Begriff des Kreditbetrügers. Neu allerdings wäre der Begriff des Kreditgrenzenbetrügers.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Meine Damen und Herren, deshalb ist dieser Haushaltsentwurf 2007 der Landesregierung ebenso verfassungswidrig, wie es seine Vorgänger waren. Es wundert mich schon sehr, dass die Landesregierung, gestützt auf den kleinen Trick der Neudeinition der Verfassungsgrenze – sie wurde seit längerer Zeit nur noch als Regelgrenze tituliert –, jedwede Argumentation zum Thema wirtschaftliches Gleichgewicht offensichtlich für überflüssig erachtet. Es wäre auch etwas schwieriger geworden, nachdem der Watschenmann Rot-Grün in Berlin nicht mehr herhalten kann.

(Klaus Dietz (CDU): Abgewählt!)

Vielelleicht liegt darin der wahre Grund des Versuchs des möglichst unauffälligen Hochsetzens der Verfassungsgrenze. Man ist pleite, weil man so schlecht gewirtschaftet hat, und kann im bundesweiten Vergleich ein wirtschaftliches Ungleichgewicht nicht definieren. Also bleibt das letzte Schräubchen die Kreditobergrenze.

Es verwundert nur, warum Weimar nicht noch auf die Idee gekommen ist, die neue Definition der Kreditobergrenze auch rückwirkend anzuwenden. Aus den Jahren seiner Amtszeit ließe sich gewiss noch das eine oder andere Millönchen an Kreditspielraum gewinnen, wenn man das in den Vorjahren Versäumte rasch nachholte. Dass dies alles mit Recht und Verfassung nur schwer in Einklang zu bringen wäre, dürfte am allerwenigsten stören. Bislang hielt man sich an solch lästige Vorschriften nur dann, wenn sie nicht gestört haben.

Meine Damen und Herren, wenn wir gerade bei den weimarschen Anstrengungen im Tricksen und Täuschen sind, komme ich noch einmal auf den Länderfinanzausgleich zurück. Neben den bereits im Zusammenhang mit der Schuldenmacherei von mir dargestellten möchte ich auf den Höhepunkt der weimarschen Präsentationsdramatik zu sprechen kommen.

Es geht dabei um die Wirkungsweise des Länderfinanzausgleichs. Sie alle werden sich an die schönen Folien des Finanzministers erinnern, auf denen die Reihenfolge der Länder dargestellt ist, was ihre Finanzkraft pro Einwohner betrifft. Mit 116 % – noch vor Länderfinanzausgleich – nahm Hessen in diesem Jahr auf der ersten Folie, auf der die Finanzkraft der Länder dargestellt war, den ersten Platz ein. Die nächste Folie sieht Hessen mit 105,2 % nur noch auf Platz sieben. Auf dieser Folie steht: „nach Finanzausgleich“.

Meine Damen und Herren, erkennen Sie den Trick? Es ist nicht der eigentliche Länderfinanzausgleich, durch den Hessen in der Reihenfolge zurückgesetzt wird, sondern es sind die BEZ, die Bundesergänzungszuweisungen, also Geld aus der Bundeskasse. Konkret handelt es sich um die Sonderbedarfsbundesergänzungszuweisungen an das Saarland und Bremen sowie an die fünf neuen Bundesländer und Berlin.

Immer wieder argumentiert der Herr Finanzminister – wir haben es heute gehört –, dass aufgrund des Länderfinanzausgleichs Nehmerländern, die von uns Hessen Geld bekämen, die Möglichkeit gegeben werde, an uns vorbeizuziehen und sich Dinge zu leisten, die bei uns aufgrund der Geldknappheit schon gestrichen worden seien. Wir alle wissen, dass dies falsch ist. Wer es noch nicht weiß, kann es in den Bemerkungen 2005 des Rechnungshofs auf Seite 99 noch einmal nachlesen.

Das ficht den Finanzminister offensichtlich überhaupt nicht an, wenn er mit falschen Argumenten, die er in Zeitungsinterviews anbringt, in andere Länder hineinregieren will – er hat es uns heute vorgetragen –, nur weil sie auf dem Wege des Ausgleichs Zuweisungen erhalten.

Wenn überhaupt, dann müsste ausschließlich der Bund prüfen, wie groß der Bedarf der einzelnen Länder nach Bundesergänzungszuweisungen, z. B. wegen der Kosten der politischen Führung, und nach Sonderbedarfsbundesergänzungszuweisungen ist; denn einzig und allein in diesem Zusammenhang stellt sich die inhaltliche Frage nach dem Bedarf. Herr Finanzminister Weimar weiß dies, wie ich einmal unterstelle, zwar auch, demnach benutzt er die falsche Argumentation dennoch, um sein Gesamtgemälde des unschuldig verfolgten Kassenverwalters hier darzubieten.

Herr Finanzminister, manchmal habe ich den Eindruck, Sie wären gern ein Mops – ein Mops in der Definition Ihres Chefs: Mitarbeiter ohne politische Sichtweise. Dann müssten Sie sich für nichts verantworten und bräuchten sich hier auch keine Kritik anzuhören.

Meine Damen und Herren, unser Karlheinz, das an dem ganzen finanzwirtschaftlichen Desaster so unschuldige Lämmchen – als das er sich gern darstellt –, musste sich heuer wieder der Aufgabe unterziehen, einen Finanzplan für die kommenden Jahre vorzulegen. Das ist nicht so leicht, wenn man gemerkt hat, dass selbst massive Steuermehrreinnahmen nicht vor einer Neuverschuldung in verfassungswidriger Höhe schützen.

Bereits im letzten Jahr hat die Opposition im Parlament den völlig fehlenden Willen, eine Konsolidierung vorzunehmen, heftig gerügt. Damals stand im Finanzplan der verräterische Satz:

Die Wiedereinhaltung der Regelgrenze der Verfassung für die Neuverschuldung wird ... nur bei einer erheblichen Verbesserung bundespolitischer Rahmenbedingungen erreichbar sein.

Wie auch andere verstand ich den Satz damals als den vollständigen Abschied von eigenen Aktivitäten in Richtung Konsolidierung. Ein Jahr später, also dieses Jahr, lesen wir im Finanzplan nicht nur: „Der hohe Steuerzuwachs von über 8 % im Jahr 2007 ist im Wesentlichen auf die steuerpolitischen Maßnahmen der neuen Bundesregierung zurückzuführen“ – das haben wir uns gedacht; ich habe das schon thematisiert –, sondern auch, dass eine Rückführung der bisherigen Nettokreditaufnahme dahin gehend vorgesehen ist, dass diese im Endjahr der Finanzplanung, also 2010, um knapp 350 Millionen € unter dem Wert für 2007 liegen wird.

Herr Finanzminister, meine Damen und Herren, Sie stellen sich also vor, dass auch im Jahr 2010 neue Schulden in der Höhe von rund 1.000 Millionen € gemacht werden. Angesichts der Aussage in demselben Finanzplan, wonach im Zieljahr die Steuereinnahmen des Landes um rund 1.500 Millionen € über den aktuellen liegen werden, bedeutet dies nichts anderes, als dass Herr Weimar auch in den kommenden Jahren bis 2008 – dann schicken ihn die Wählerinnen und Wähler hoffentlich weg – nichts an dem strukturellen Haushaltsdefizit des Landes von 2.500 Millionen € ändern will oder kann.

Ich finde das ziemlich dreist, zumal trotz der Kritik im vergangenen Jahr das Oberziel des Finanzministers unverändert wie folgt formuliert ist:

In seiner Finanzpolitik lässt sich Hessen von der Verantwortung für heutige und kommende Generationen mit dem Ziel leiten, letztere nicht stärker zu belasten, als es eine verantwortungsbewusste finanzielle Konsolidierungspolitik erlaubt.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Schöner Satz!)

Jetzt müsste von der CDU Beifall kommen. – Hinter diesem Oberziel verbirgt sich, dass bis zum Ende des Finanzplanungszeitraums eine zusätzliche Nettoneuverschuldung von fast 5 Milliarden € vorgesehen ist. Eine solche Planung hat mit Konsolidierung nichts, aber auch gar nichts zu tun.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage: Was sind Ziele wert, die anzusteuern, geschweige denn, einzuhalten, sich niemand in dieser Regierung Mühe gibt? Diese Aussage verhöhnt nicht nur die Parlamentarier in diesem Raum, sondern in besonderem Maße auch die hessischen Bürgerinnen und Bürger; denn sie haben gewiss eine entschieden andere Vorstellung von

der Verantwortung für künftige Generationen als die Landesregierung.

Herr Finanzminister Weimar und die übrigen Mitglieder der Landesregierung befinden sich natürlich nicht in den Klauen eines unentrinnbaren Schicksals, wodurch sie unfähig sind, die richtigen Ziele zu erreichen – auch wenn sie uns das gelegentlich glauben machen wollen. Vielmehr haben sie das Haushaltsdesaster überwiegend selbst verschuldet, und zwar nicht fahrlässig, sondern klar und eindeutig vorsätzlich.

Schließlich haben nicht nur wir GRÜNE von Haushalt zu Haushalt auf die steigenden Ausgaben und die wachsende Verschuldung hingewiesen und immer wieder Vorschläge gemacht, wie die Situation zu vermeiden wäre. Seit dem Jahr 1999, also seitdem Herr Koch und Herr Weimar regieren, sind, von einer Ausnahme abgesehen – die jetzt schöngerechnete zweite Ausnahme kommt im nächsten Jahr –, die Ausgaben um bis zu 3,2 % in einem einzelnen Jahr gesteigert worden.

In den letzten drei Jahren vor 1999, also zu Zeiten der rot-grünen Regierung in Hessen, wurde ein echter Konsolidierungskurs eingeschlagen. Jährlich wurden die Ausgaben moderat um 0,5 % reduziert. Wer das nachrechnen will, kann es gern tun. Wenn dieser Konsolidierungskurs nicht verlassen worden wäre, gäbe es heute kein Haushaltsdesaster.

(Norbert Schmitt (SPD): So ist es! – Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Das ist doch lächerlich! Das ist der Witz des Tages!)

– Herr Kollege Milde, ein Betrag, der deutlich höher ist als die für 2007 geplante Neuverschuldung, wäre durch ein Sparen, das diesen Namen auch verdient, bereits eingespart worden. Dabei geht es darum, dass man weniger ausgibt.

Wie durch Zwischenrufe hier ankommt, stellt man angeichts der aktuellen Lage der Opposition natürlich immer wieder gern die Frage: Was würdet ihr denn tun, nachdem wir, die Regierungsfraktion CDU, den Karren kräftig im Morast versenkten haben?

(Lachen des Ministers Karlheinz Weimar)

Diese Frage ist zwar nicht fair; das brauche ich nicht zu betonen. Aber sie ist immerhin ein Stück weit ehrlich; denn die Schwarzen, die nach einer Legende des 20. Jahrhunderts fast sprichwörtlich gut mit Geld umgehen können, wissen nicht mehr weiter.

(Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist der Witz des Jahrhunderts!)

Wir sollten nicht nur dafür sorgen, dass diese Legende zu Beginn des 21. Jahrhunderts nicht mehr länger als eine verarmte Wandersage umherirrt, sondern vor allem auch dafür, dass künftige Generationen nicht alle Politikerinnen und Politiker der Vergangenheit verfluchen, weil diese es nicht ermöglicht haben, dass für die Nachfahren etwas übrig bleibt. Eine Hinterlassenschaft, die nur aus Müll und Schuldenbergen besteht, ist nicht zu verantworten. Meine Damen und Herren von der CDU, diese Erkenntnis sollte Sie eher als manches andere leiten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn man sich die Schuldenberge anschaut, die Sie unter Ihrer Regierungsverantwortung aufgetürmt haben, stellt man fest, dass diejenigen, die die Last wieder abtragen müssen, wenigstens fragen dürfen, was sie dafür bekom-

men haben. Die Bildungspolitik ist dafür ein besonders geeignetes Beispiel. Sie rühmen sich, massiv zusätzliche Mittel an die Schulen und Hochschulen gegeben zu haben. Ich lasse das im Augenblick so stehen. Doch entscheidend ist die Antwort auf die Frage, was mit diesen zusätzlichen Mitteln erreicht worden ist.

Ich erlaube mir, nicht die Mitglieder der CDU, sondern neutrale, fachlich kompetente Beobachter zu fragen. Dabei muss festgestellt werden, dass der Weg, den Sie beschreiten, um Hessen zum Bildungsland Nummer eins zu machen, offensichtlich in die falsche Richtung führt. Der gesamte Aufwand, den Sie bisher betrieben haben – ich sage keineswegs, dass der Bildungssektor in Hessen wie auch in Deutschland insgesamt nicht unterfinanziert ist und keine zusätzlichen Mittel benötigt; nur damit hier kein Missverständnis aufkommt –, hat auf keinen Fall dazu geführt, dass Hessen seine Position in der vergleichenden Bewertung verbessern konnte. – Herr Al-Wazir, entschuldigen Sie, neudeutsch heißt das „Ranking“.

(Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Herr Kollege Schmitt hat das Institut der deutschen Wirtschaft schon angesprochen. Ganz im Gegenteil, die Geschwindigkeit, mit der Verbesserungen eintreten, ist anderorts sehr viel höher. Das steht im Gegensatz zur regierungsmäßlichen Propaganda.

Meine Damen und Herren von der CDU, kommen Sie jetzt nur nicht wieder mit der Erblast und mit „Holzäpfeln“. Kein Hauptschüler in Hessen wird am Ende dieser Legislaturperiode eine andere oberste Schulleiterin gehabt haben als Karin Wolff. Nach siebeneinhalb Jahren an der Regierung sind die Zustände an den Schulen und Hochschulen das Ergebnis Ihrer Arbeit. Kein anderer ist hierfür verantwortlich.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wenn es, wie es der nationale und der internationale Vergleich zeigen, in Hessen weiterhin nicht stimmt, muss es etwas damit zu tun haben, dass Sie in Ihrer ideologischen Fixierung nicht das Richtige, sondern das Falsche gemacht haben. Dafür war das gepumpte Geld entschieden zu schade. Sie hätten es wenigstens effektiv ausgeben sollen, statt es zu vergeuden.

Die Frage nach den formulierten Zielen und ihrer Bedeutung ist umso berechtigter, als die Landesregierung dieses Jahr in der Vorlage des Finanzplans der Darstellung der Ziele zum ersten Mal relativ viel Platz einräumt. Doch auch hier ist die Qualität der Ziele entscheidend – bestimmt durch den politischen Willen, sie ernst zu nehmen und umzusetzen. Daran scheint es, zumindest bislang, völlig zu fehlen. Das gilt nicht nur für das Finanzministerium; das Oberziel habe ich bereits genannt.

Solange allerdings die definitorische Qualität der Oberziele und auch etlicher Fachziele so nichtssagend und allgemeinplatzhaft ist wie in der Wiederholungsvorlage vom letzten Jahr, die wir uns derzeit anschauen können, wird ein Aufbruch der Landespolitik zu einer zukunftsfähigen Gestaltung des Landes auf sich warten lassen. Nachdem gegen den lange anhaltenden Widerstand des Finanzministers nunmehr geklärt ist, dass wir uns in der Haushaltsdebatte des Landtags mit den Zielen der Politik der Landesregierung und auch mit den Ober- und Fachzielen im Haushalt befassen dürfen und sie mit einem Mehrheitsbe-

schluss ändern können, werden wir darüber zumindest gehörig debattieren.

Klarheit und Wahrheit des Haushalts – sicherlich keine Stärke der weimarschen Aktivitäten – gehören nämlich übertragen auf die gesamte Politik der Landesregierung, auch wenn das bisher keine ausgeprägte Stärke dieser Landesregierung war. Zu sagen, was man macht, und zu machen, was man sagt, das erwarten wir von Ihnen. Wir GRÜNE tuns auch.

Meine Damen und Herren, wenn man weiterhin weiß, dass eine solide Finanzwirtschaft die Grundlage für gestaltende Politik ist und bleibt, überrascht die miserable Performance der Regierung Koch insgesamt niemanden mehr. Wenn schon die Finanzen derart durcheinander sind, wie soll es dann in den einzelnen Fachpolitiken besser aussehen?

Im Rahmen der ersten Lesung will ich mich aber nicht mit den Details im Haushaltspfand befassen, aber schon jetzt kann ich feststellen, dass aus grüner Sicht vor allem in den Bereichen, wo Politik direkt etwas mit den Menschen in Stadt und Land, mit ihren Wünschen und Hoffnungen, mit ihren Anstrengungen und Chancen zu tun hat, der Haushalt der Landesregierung im Wesentlichen Enttäuschungen bereithält. Auch wenn man die vollmundige Propaganda von Metz und Co. nicht ernst nimmt: Herr Finanzminister, etwas größere Ähnlichkeit der finanziell unterlegten tatsächlichen Handlungsabsichten und -möglichkeiten mit den Ankündigungen der Landesregierung wäre schon sehr wünschenswert.

Meine Damen und Herren von der CDU, dass Sie grünenpolitischen Vorstellungen und Zielen nicht folgen wollen, ist zwar ein dicker Fehler, aber eventuell kann ich das noch nachvollziehen. Herr Kollege Dr. Wagner, dass Sie aber immer weniger das, was Ihre eigene Programmatik aussagt, beachten, wirkt schon absonderlich, zumal Sie hier mit absoluter Mehrheit regieren. Zu versuchen, die verfehlten Ziele dann durch Vollmundigkeit – eigentlich müsste man das eher Großmäuligkeit nennen – doch noch zu erreichen, über die Bildungspolitik sprach ich bereits, das wirkt dann eher befreidlich als überzeugend.

Meine Damen und Herren, zum Speziellen des Haushalts wird in und nach den kuriosen Lesungen und insbesondere in der zweiten Lesung hier im Plenum noch genügend Raum sein, sodass ich hierauf heute nicht weiter eingehen will. Aber einen Bereich aus der Finanzwirtschaft will ich doch noch einer eingehenderen Betrachtung unterziehen. Ich spreche von den Finanzbeziehungen zwischen dem Land und seinen Kommunen, dem Kommunalen Finanzausgleich.

Im Kommunalen Finanzausgleich ist über die Jahre neben der normalen Alterung zusätzlich einiges durcheinandergeraten. Die inhaltliche Begründung einer Reihe von Ansätzen oder Verfahrensweisen und die Wirklichkeit der finanziellen Verantwortung für die betreffenden Bereiche haben immer weniger miteinander zu tun. Eine Revision ist also das Gebot der Stunde. Das erscheint mir völlig unbestreitbar.

Aber für das, was uns die Landesregierung jetzt an Änderungen im Finanzausgleichsgesetz und im KFA vorgelegt hat, gilt nur eines: Da staunt der Laie, und der Fachmann wundert sich.

Herr Finanzminister, noch auf dem Hessentag, Ende Mai dieses Jahres, haben Sie wesentliche Elemente einer Strukturreform des Kommunalen Finanzausgleichs vor-

gestellt und vertreten, die – zumindest aus unserer, aus grüner Sicht – grundsätzliche Zustimmung verdienen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
So ist es!)

All diese Vorschläge liegen jetzt aber auf der langen Bank. Warum eigentlich? Es war doch eben erst Kommunalwahl. Welchen besseren Zeitpunkt gäbe es als jetzt, Entscheidungen zu treffen? Nächstes Jahr, kurz vor der Landtagswahl, wird es gewiss auch nichts. Im Folgejahr haben wir die Bundestagswahl, usw.

Herr Finanzminister, der Glaube, dass am Ende alle Kommunen mit hinreichenden Datenermittlungen zufrieden seien, ist ein absoluter Irrglaube. Wer sich jetzt durch den Kommunalen Finanzausgleich übervorteilt fühlt, verlangt Änderungen. Alle anderen wollen behalten, was sie haben. Deshalb wird es nie einen Konsens geben. Denn schon über die Frage, wann der Kommunale Finanzausgleich endlich zu einem echten Ausgleich wird, d. h. wann es auch eine Einzahlung von der kommunalen Seite gibt, wird es massiven Streit geben. Dass z. B. die abundanten Kommunen – also diejenigen, deren Finanzkraft über dem Bedarf liegt; oder, technisch gesprochen, deren Finanzkraftmesszahl größer ist als deren Bedarfsmesszahl, wobei die Einwohnerveredelung schon berücksichtigt ist – im Jahr 2006 zusammen rund 7 Millionen € erhalten, statt für die finanzschwachen Kommunen etwas in den Topf abzugeben, und dies nicht verändert wird, bleibt ebenso unbefriedigend wie die lähmende Wirkung der Finanzkraftgarantie auf die gemeindlichen Bemühungen zur Verstärkung des Steueraufkommens oder andere Verfahrensregeln.

Herr Finanzminister, in der Diagnose sind wir uns doch völlig einig. Warum verweigern Sie die Therapie? Da für eine Änderung der Apparat der Landesregierung erforderlich ist – in diesen Fragen sind Gesetzentwürfe aus Fraktionen kaum möglich, weil wir die Voraussetzungen rein technischer und datenmäßiger Art nicht haben –, werden wir leider warten müssen.

Meine Damen und Herren, wenn das aber bedauerlicherweise schon so ist, dann ist es umso schwerer verständlich, warum an anderer Stelle vom Finanzministerium bzw. von der Landesregierung isoliert in den Kommunalen Finanzausgleich eingegriffen wird und Verteilungen massiv verändert werden sollen. Ich spreche jetzt von den besonderen Finanzzuweisungen im KFA. Es gibt doch keinen Zweifel darüber, dass die Begründung für manche der sogenannten kleinen Töpfe – die mittlerweile überwiegend recht statthaft ausgefallen sind – nicht mehr trägt, sodass man hier zu Veränderungen kommen muss. Diese Aufgabe – ich spreche jetzt insbesondere die CDU an – hat aber doch nichts damit zu tun, dass die Landesregierung diese Zuweisungen im Kommunalen Finanzausgleich dazu gebraucht – ich sage: missbraucht –, um ihr BAMBINI-Programm zu finanzieren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie nehmen die Zuweisungen an Landkreise und kreisfreie Städte zum Ausgleich der Belastung aus überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit vollständig weg und reduzieren die Zuweisungen für die Ausgaben der Sozialhilfe um mehr als 50 %, nämlich von 140 auf 62,7 Millionen €. Ersatzweise führen Sie einen sogenannten Härteausgleich für kreisfreie Städte wegen Minderzuweisungen im Bereich Soziales in Höhe von 10 Millionen € ein – offensichtlich, weil Sie Sorge haben, dass durch die Kürzungen Kommunen in den absoluten Haushaltsnotstand getrie-

ben werden. Außer einer Zuführung in Höhe von 10 Millionen € aus Mitteln des staatlichen Haushalts dotieren Sie dann die BAMBINI-Zuweisung zur Entlastung der Erziehungsberechtigten vom Kindergartenbeitrag – der berühmte Halbtagsplatz im dritten Jahr – und zur Förderung von Kindern unter drei Lebensjahren mit zwei neuen Töpfen und insgesamt 110 Millionen € aus dem Kommunalen Finanzausgleich.

Meine Damen und Herren, so gut, so schlecht. Auch Ihnen müsste aber doch klar sein, dass die Verteilungsschlüssel der neuen BAMBINI-Töpfen natürlich völlig andere sind als bei den bisherigen Töpfen im Sozialbereich. Das Ergebnis wird sein, dass einigen sozialstrukturell schwierigen Kommunen das Geld gerade fehlt und dafür andere – auch welche, die zu den abundanten zählen, die also mehr Geld haben, als sie eigentlich brauchen, umgangssprachlich gesagt – dadurch mehr Geld aus dem Kommunalen Finanzausgleich erhalten werden. Eine Umschichtung von Arm nach Reich halten wir für keine sinnvolle Aktivität im Kommunalen Finanzausgleich.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Die Kommunalen Spitzenverbände, zumindest der Hessische Städetag, sieht das übrigens ganz genauso. Der Fehler liegt natürlich darin, dass das BAMBINI-Programm nicht komplett aus Mitteln des Staatshaushalts bezahlt wird. Denn dort ist die Aussage völlig richtig, dass dem Land jedes Kind, egal, wo es in Hessen wohnt, gleich viel wert sein muss. Aber der Kommunale Finanzausgleich gibt eben nicht genau gleich viel Geld an alle, sondern muss sich – wie der Name sagt – um einen Ausgleich zwischen Starken und Schwachen bemühen.

Die Argumentation, dass die Reform am Arbeitsmarkt, vulgo Hartz IV, den Kommunen Entlastung gebracht hätte, ist für sich richtig. Doch wie wir alle wissen, ist der Streit noch nicht beendet, wer dabei wie viel gutgemacht hat. Bis zur Stunde meint auch die Landesregierung selbst, dass die Entlastungen nicht das vorausberechnete Volumen erreichen, und unterstützt deshalb – ich zitiere – „mit allem Nachdruck die Forderung des Deutschen Landkreistags auf Erhöhung der Bundesmittel für die Unterkunftskosten“. Solange aber die Daten strittig sind, halten wir GRÜNE es auf jeden Fall für den falschen Finanzierungsweg, innerhalb der kommunalen Familie zu lasten der Armen und zugunsten der Reichen umzuschichten. Es bleibt dabei: Das Land muss das BAMBINI-Programm selbst bezahlen und darf nicht am Ende jene Kommune bezahlen lassen, die sich für die eigenen Einwohner keine Befreiung von der Kindergartengebühr leisten können, das aber für andere durch Mittelkürzungen im KFA finanzieren müssen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Meine Damen und Herren, dieses Thema werden wir, wie viele andere in diesem Haushaltsentwurf, weiterhin streitig diskutieren. Wir GRÜNE setzen sicherlich andere Schwerpunkte für die Politikgestaltung als die Regierung, sodass wir uns hierüber wahrscheinlich nicht einig werden. Uns alle einen sollte allerdings die Sorge um die Zukunft in einem Land, in dem ohne Rücksicht auf die Schuldenberge die Begriffe „Sparsamkeit“ und „Konsolidierung“ in ihr Gegenteil verkehrt wurden. Denn das Motto „Nur mit leerem Beutel lassen sich große Sprünge machen“ ist für die Finanzwirtschaft der direkte Sprung in

die Pleite. Herr Finanzminister, das sollten Sie nicht vergessen.

Dieser Wahlkampfhaushalt der Unehrlichkeit müsste noch sehr stark verändert werden, bevor wir GRÜNE ihm zustimmen könnten. Die Situation wird kurz durch folgende Fakten beschrieben: Das Tafelsilber ist verhökert. Die steigenden Einnahmen versickern. Die Verschuldung bleibt auf Rekordniveau.

Herr Finanzminister und meine Damen und Herren von der CDU, mit diesem Haushalt werden Sie die Zukunft nicht gewinnen. Dass dies auch für die Wahl 2008 gilt, daran arbeiten wir GRÜNE ebenso munter wie entschlossen. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Herr Kaufmann. – Herr von Hunnius, ich darf Ihnen für die FDP-Fraktion das Wort erteilen.

Roland von Hunnius (FDP):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nicht enden wollender Jubel hat die Vorstellung des Haushaltsentwurfs durch Finanzminister Weimar am 12. September begleitet.

(Jürgen Walter (SPD): Von wem?)

– Natürlich von Herrn Weimar.

(Jürgen Walter (SPD): Ach so!)

Die Rede war von einem verfassungskonformen Haushaltsentwurf. Die Landesregierung habe die Ausgaben im Griff. Die strikte Konsolidierungspolitik der Landesregierung wirke immer deutlicher. Die Erfolge der Landesregierung ließen sich klar ablesen. Die Zukunftsfähigkeit des Landes habe weiterhin oberste Priorität.

Voll gespannter Erwartung habe ich mir die mitgelieferte Tabelle und die präsentierten Übersichten angesehen. Inzwischen haben wir auch den Haushaltsentwurf in ausführlicher Form per E-Mail und gedruckt vorliegen. Ich hatte Gelegenheit, alles nachzulesen. Ich muss sagen: Ich kann die Zahlen studieren, so oft ich will, mein Schluss ist immer der gleiche. Was immer der Minister mit seinen Selbstlobpreisungen gemeint haben mag, der hessische Landshaushalt 2007 kann es nicht gewesen sein.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

Oder hat er verdrängt, dass die vorgebliche Verfassungskonformität des Haushalts nur dadurch erreicht wurde, dass die Verschuldungsgrenze neu und für die Regierung komfortabler definiert wurde? Auf Seite 19 des Haushaltsgesetzes, in den Erläuterungen, wird die über 60 Jahre lang von allen Landesregierungen anerkannte Grenze zu einer „freiwilligen Selbstbeschränkung“ umetikettiert. Man muss sich das einmal klarmachen: Das war ursprünglich eine Grenze, dann wurde sie zur „Regelgrenze“, jetzt ist sie eine „freiwillige Selbstbeschränkung“. Demnächst wird sie wahrscheinlich voll und ganz fallen. So wird hier Politik gemacht.

(Beifall bei der FDP)

Es heißt auf Seite 19 wörtlich: „Diese Grenze kann nicht eingehalten werden.“ So heißt es hier apodiktisch. Für mich bedeutet das: Der Finanzminister sieht sich außerstande, die Grenze einzuhalten. Er hat die Hoffnung aufgegeben, sie jemals einhalten zu können. Da sie nicht eingehalten werden kann, ändern Sie flugs die Norm. Sie passen also die Norm der Wirklichkeit an, statt die Wirklichkeit der Norm anzupassen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

Sie tun das umso mehr, als wenig später davon die Rede ist, die Einhaltung dieser „Selbstbindung“ sei objektiv unmöglich. Keiner kann von dem Herrn Minister natürlich verlangen, eine „objektive Unmöglichkeit“ zu überwinden, denn das ist menschenunmöglich.

Die Wahrheit ist: Bei der bisher anerkannten Definition liegt die Verschuldungsgrenze bei 904 Millionen €. Die geplante Neuverschuldung für das Jahr 2007 beträgt 1,3 Milliarden €. Das heißt, sie liegt um 400 Millionen € darüber. Ich nehme der Einfachheit halber und auch mit Blick auf die späte Stunde runde Zahlen. Die sind einfacher zu behalten.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

Man kann das nennen, wie man will. Das Wort „Verfassungsbruch“ wäre vielleicht ein bisschen hart. Deswegen habe ich mir gedacht, wir nehmen dafür ein Fremdwort und nennen das „Konstitutionsfraktur“.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zumindest das muss man dem Herrn Minister hier nachsagen. Die Debatte, welche Grenze sachlich richtig ist, wollen wir nicht noch einmal führen. Das haben wir an anderer Stelle bereits gemacht. Ich bekenne mich dazu, dass ich die bisherige Grenze für richtiger halte als die jetzige Grenze, weil man Beträge, die zunächst einmal aus den Steuereinnahmen des Landes abgezweigt werden, nicht ein zweites Mal mit Krediten finanzieren kann. Die bisherige Definition war für die hessischen Landesregierungen – und zwar für alle bisherigen Landesregierungen, auch für die von uns gestützte Vorgängerlandesregierung – tabu. In dem Augenblick, da der Minister feststellt – das haben wir eben gehört –, dass er nicht in der Lage ist, diese Grenze einzuhalten, fällt ihm ein, dass sie eigentlich ungerecht ist und die Öffentlichkeit in einem mehrjährigen Prozess an eine neue, weichere Grenze gewöhnt werden muss. In diesem Jahr erklärt er die Grenze für passé, und er erklärt damit für passé, was bisher als heilig galt.

(Beifall bei der FDP)

Schon kann sich die Landesregierung über einen angeblich verfassungskonformen Haushalt freuen. Ein Sieg auf ganzer Linie? Nein, in Wahrheit ein Eigentor. Ich fordere Sie auf, Herr Minister: Hören Sie auf, sich nicht mehr um die Normen zu kümmern. Lassen Sie die Normen stehen, versuchen Sie lieber, die Wirklichkeit so zu verändern, dass sie den Normen entspricht.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

Kommen wir zu der zweiten Behauptung, die den Minister so froh gestimmt hat. Kommen wir zu der angeblich so strikten Konsolidierungspolitik. Die Zahlen weisen ein strukturelles Defizit auf. Herr Kollege Kaufmann, ich möchte – anders als Sie – die Steuereinnahmen nicht mit in das Defizit hineinrechnen, wenn sie steigen. Ich gehe

davon aus, wie hoch die Verschuldung ist und welcher Teil des Defizits durch Veräußerungserlöse abgedeckt wird. Dann komme ich auf 1,8 Milliarden €. Der Betrag ist hoch genug. Wir brauchen uns nicht zu streiten, ob es 100 oder 200 Millionen € mehr oder weniger sind. So hoch ist das strukturelle Defizit. Wir alle wissen, dass es eigentlich noch höher ist, wenn wir die implizite Verschuldung mit Blick auf die Altersruhegelder hinzunehmen. Diesbezüglich sind wir aber alle Sünder, im Bund und in den Ländern.

Ich weiß nicht, worauf sich der Begriff „Konsolidierung“ bezieht. Auf die Zahlen jedenfalls nicht. Trotz steigender Gesamteinnahmen – und zwar bereinigt – in Höhe von 560 Millionen € bleibt es nicht nur überhaupt bei einer Neuverschuldung, sondern diese Neuverschuldung ist sogar fast genauso hoch wie die im Jahre 2006. Sie ist um 20 Millionen € geringer, das hat der Kollege Kaufmann schon gesagt, aber das heißt, es ist mehr oder weniger der gleiche Betrag. Das bedeutet: Wir nehmen zwar eine halbe Milliarde € mehr ein, müssen aber genauso viel neue Schulden aufnehmen wie im laufenden Jahr. Das haben wir jetzt präsentiert bekommen. Das wird uns als „Konsolidierungspolitik“ verkauft.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

Der Herr Minister hat auch heute wieder gesagt: Wir müssen auf das Ist schauen. – Mit Verlaub: Wir sprechen heute über den Haushaltplanentwurf. Wir müssen den Entwurf des Haushaltsplans beurteilen, nicht das Ist. Wenn wir aber schon das Ist beurteilen sollen, dann können wir das Ist des Jahres 2005 zum Vergleich heranziehen.

Jetzt vergleiche ich den Haushaltplanentwurf 2007 mit dem Ist von 2005. Dann wird noch klarer, wie absurd die Behauptung von der Konsolidierung ist. 2005 lagen die bereinigten Gesamteinnahmen des Landes bei 17 Milliarden €. Damit waren sie um über 700 Millionen € geringer, als nach dem Plan für 2007 erwartet wird. Die Netto-neuverschuldung, die eigentlich zum Ausgleich fehlender neuer Einnahmen dienen soll, betrug aber nur 776 Millionen € – gegenüber 1,3 Milliarden € im Jahre 2007. Sie sollten uns einmal erklären, woran das liegt. Langsam und zum Mitschreiben: Die bereinigten Gesamteinnahmen des Landes werden im Jahre 2007 um über 700 Millionen € höher liegen als 2005. Trotzdem sinkt die Nettokreditaufnahme nicht etwa, nein, sie steigt um eine halbe Milliarde €.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

So sieht bei uns Liberalen eine „strikte Konsolidierungspolitik“ nicht aus. Von „Konsolidierung“ im Wortsinne kann man hier in der Tat nicht reden.

Vielleicht ist das Geheimnis ja in den Absichten verborgen, die bis 2010 verfolgt werden sollen. Wenn ich mir die Finanzplanung bis 2010 ansehe, und mir insbesondere ansehe, an welcher Stelle die Landesregierung die Mittel für politische Maßnahmen in den nächsten Jahren zu steigern oder zu senken plant, fällt seit der Zeit des seligen Suchan der erste Blick auf die Personalkostenquote. Da sehe ich: Die bleibt unverändert, eine Reduzierung ist nicht einmal mittelfristig geplant.

Schauen wir auf die Investitionsquote, denn sie ist doch ein Reflex dessen, was wir für die Zukunft ausgeben.

(Zuruf des Ministers Karlheinz Weimar)

Eine nennenswerte Steigerung der Investitionsquote ist bis 2010 ebenfalls nicht vorgesehen.

Schauen wir uns die Nettoneuverschuldung an. Die Nettoneuverschuldung bleibt auf dem hohen Niveau von 2007. Im Jahre 2010 soll sie noch immer fast 1 Milliarde € betragen, und gegenüber dem Ist von 2005 – das Sie von der Landesregierung immer heranziehen wollen – wäre das eine Verschlechterung um 200 Millionen €. Wohlgerne, die Landesregierung plant für 2010 eine um 200 Millionen € höhere Neuverschuldung, als sie 2005 realisiert hat. Das ist die „Konsolidierung“, die wir uns mittelfristig vornehmen. Ich meine, das ist nicht besonders toll.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dieser Betrag dürfte auch 2010 über der Verfassungsgrenze liegen. Ein wahrhaft „ehrgeiziges“ Vorhaben.

(Heiterkeit bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wie schön wäre das Leben, gäbe es den Länderfinanzausgleich nicht. Wir haben heute wieder gehört, der Länderfinanzausgleich mache uns wahnsinnige Schwierigkeiten. Er kaschiert aber im Grunde genommen nur das Problem, das im übrigen Teil des Haushalts vorhanden ist; denn in den bisherigen Jahren konnte immer argumentiert werden, dass die Steuereinnahmen drastisch sinken, dass sich die Unternehmen nicht mehr an der Finanzierung des Staates beteiligen. Wir können das alle auswendig vorsagen. Jetzt haben Sie steigende Steuereinnahmen und konsolidieren den Haushalt trotzdem nicht. Da frage ich Sie: Wann wird die Landesregierung jemals konsolidieren wollen, wenn sie es in schlechten Zeiten nicht tut, wenn sie es in guten Zeiten aber auch nicht tut? Viel mehr Möglichkeiten gibt es nicht.

Da fällt mir ein Bericht des „Darmstädter Echos“ vom 13. September in die Hände. Dort wurde über den Landshaushalt 2007 berichtet. Darüber steht geschrieben: „Minister Weimar will später sparen“. Das ist, glaube ich, die wirkliche Botschaft: Wir machen so weiter wie bisher, irgendwann später werden wir versuchen, zu sparen. Vielleicht kommt irgendwann ein Zeitpunkt, wo sich das Sparen für uns tatsächlich rentiert.

(Beifall bei der FDP)

Noch einmal zum Länderfinanzausgleich zurück. Natürlich wäre das Leben ohne den LFA für uns einfacher. Andererseits brauchen die deutschen Länder den LFA. Wenn wir ihn also benötigen, stellt sich nur die Frage: Wie muss er strukturiert sein? Deshalb ist es nicht ganz unangemessen, darauf hinzuweisen, dass es ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe gibt – aus einer Zeit, als der Professor aus Heidelberg noch in Karlsruhe tätig war --

(Heiterkeit bei der FDP – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Das war ein sehr gutes Urteil.

(Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Das Urteil war gut. Was daraus geworden ist, war nicht gut, Herr Kollege Al-Wazir. Das Urteil selbst war klasse.

(Minister Karlheinz Weimar: Es stand ja nichts drin!)

– Lassen Sie das die Juristen diskutieren.

(Norbert Schmitt (SPD): Das war so! Es hat alles offen gehalten!)

Es hat deutlich gesagt, dass das bisherige System nicht gerecht war, und den Auftrag erteilt, ein neues System zu entwickeln. Das wurde dann auch gemacht. Daran waren der Herr Ministerpräsident und der Herr Minister persönlich sehr stark beteiligt. Wir waren auf das Ergebnis relativ stolz. Das dürfte jetzt mit 150 Millionen € für uns zu Buche schlagen. Wir dürfen aber dann nicht gleichzeitig sagen, das sei alles Mist, die Zahlungen in den LFA seien viel zu hoch, das erkennen wir nicht mehr an. Es kann nur eines von beidem stimmen. Entweder haben wir den LFA nach dem Urteil in eine vernünftige Form umgestaltet, in die Form, die damals aufgrund der Mehrheit der Nehmerländer möglich war, oder das ist nicht der Fall. Beides gleichzeitig geht nicht.

Eine Neugestaltung des LFA ist natürlich dringend nötig. Darin sind wir uns über alle Fraktionen hinweg einig. Dass die Neuordnung dieses Teils der Finanzbeziehungen zurückgestellt wurde, war ein Drama. Wir haben gehofft, dass das mit der nächsten Stufe der Föderalismusreform noch kommen werde. Aber solange es keinen anderen LFA gibt, müssen wir mit dem jetzigen leben wie mit jedem anderen Faktor, der die Landespolitik von außen beherrscht.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war der hochgelobte Wiesbadener Kompromiss!)

Ich bitte aber darum, dass wir nicht wieder die Rechnung machen: Wenn wir keinen LFA hätten, wenn wir kein Personal hätten, wenn wir keine Schulden hätten – ja, dann wäre das Leben ganz toll. – Aber wir haben halt den LFA, wir haben Personal und müssen damit leben. Wir müssen diese Daten akzeptieren und mit ihnen wirtschaften.

(Beifall bei der FDP – Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Das machen wir ja!)

Herr Kollege Milde, im Übrigen: Wer den LFA beklagt, soll zunächst einmal beweisen, dass er in der Lage ist, den Kommunalen Finanzausgleich nach den Kriterien Transparenz, Leistungsanreiz, kommunale Finanzautonomie, Gerechtigkeit und Erfüllung landespolitischer Ziele umzugestalten. Dieser Beweis steht bisher, mit Verlaub, aus.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

Mit BAMBINI zeigt die Landesregierung eher das Gegenteil. Das Ziel, Eltern von kleinen Kindern zu entlasten, ist unumstritten. Wenn Wiesbaden aber nach dem Motto verfährt: „Ich greife in deine Tasche und schenke dir, was drin ist“, dann ist das das falsche Motto.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Hinzu kommt, dass das Geschenk, das den Kommunen gemacht wird, an Bedingungen geknüpft ist. Das heißt, wir legen einen goldenen Zügel an. Eigentlich hatten wir uns vorgenommen, weniger Zügel anzulegen. Wir hatten uns vorgenommen, weniger kleine Töpfe zu bilden und den Kommunen mehr pauschal zukommen zu lassen. Die Landesregierung profiliert sich mit dem Geld der Kommunen, zieht diesen Zügel an und knüpft die Vergabe von Mitteln der Kommunen an Bedingungen, die die Kommunen zu erfüllen haben.

Im Vergleich der Jahre 2010 zu 2007 werden sich dem Finanzplan zufolge diese Änderungen ergeben: Die Ge-

samt ausgaben steigen bereinigt um 2,8 %. Die Personalausgaben steigen um 3,0 %. Die Investitionsausgaben steigen – am geringsten von diesen Positionen – um 0,8 %. Die Zinsausgaben steigen um 10,8 %. Deutlicher als an diesen Zahlen lässt sich die haushaltspolitische Verzweiflung der Landesregierung nicht zeigen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich weiß, dass auf die Privatisierung hingewiesen wird. Entschuldigend wird von der Landesregierung angeführt, in den vergangenen Jahren sei ein Teil des strukturellen Defizits durch Privatisierungen gedeckt worden. Da dies nicht mehr im gleichen Umfang möglich sei, müsse die Kreditaufnahme eigentlich noch viel stärker steigen. Dass sie dies nicht tue, sei bereits als Erfolg der Regierung zu werten. – Ungefähr so ist die Argumentation im Gesetzentwurf zu interpretieren.

Wenn dieses Argument überhaupt ernst gemeint sein sollte, dann erlauben Sie mir dazu drei Anmerkungen. Erste Anmerkung. Die primäre Aufgabe von Finanzpolitik ist es doch, das strukturelle Defizit zu verringern, bis hin zu dessen Vermeidung. Wie es finanziert wird, ist wichtig, löst aber nicht das Grundproblem. Ob es mit A oder B finanziert wird, ist eine technische Frage. Dies ist hoch bedeutsam, es löst aber nicht das Grundproblem.

Zweite Anmerkung. Die FDP-Fraktion in diesem Hause hat die Landesregierung sicherlich noch nie an sinnvollen Vermögens- und Beteiligungsverkäufen gehindert. Das werden Sie uns sicherlich, auch wenn Sie unsere Arbeit kritisch würdigen, nicht nachsagen wollen.

Wenn der Finanzminister im Einzelfall Rücksicht auf CDU-Politiker in anderen Orten unseres Bundeslandes nimmt und deshalb vielleicht die eine oder andere Privatisierung oder den einen oder anderen Beteiligungsverkauf nicht durchführen kann, dann kann dies schwerlich als Rechtfertigung für einen faktischen Privatisierungsstopp ab 2008 herangezogen werden. Denn wenn ich mir die Zahlen ansehe, dann stelle ich fest, dass für 2008 keine Privatisierungserlöse mehr vorgesehen sind. Dann ist faktisch Schluss. Was dann noch kommt, das müssen wir abwarten.

Dritte Anmerkung. Zur Privatisierung heißt es im Finanzplan auf Seite 57 – ich zitiere wörtlich –:

Die allgemeinen Verwaltungs- und Servicedienststelle, die landesinterne Fortbildung sowie die Beteiligung des Landes werden auch weiterhin auf bestehende Privatisierungspotenziale hin kritisch überprüft.

Ist das – frage ich Herrn Kollegen Lortz, weil Sie das so wichtig finden – die ganze Privatisierungsstrategie: „kritisch prüfen?“ – Toll. Wo bleiben konzeptionelle, insbesondere ordnungspolitische Vorstellungen? Ich sehe hier keine. Wir prüfen weiter kritisch. Wir fühlen uns aufgefordert, das zu tun.

(Beifall bei der FDP)

Wir fordern die Landesregierung erneut auf, ein schlüssiges Beteiligungs- und Privatisierungskonzept zu entwickeln, das auf mittlere Sicht Klarheit über Absichten und Strategien schafft. Solange dies nicht vorhanden ist, hält sich unser Verständnis für das Selbstmitleid der Landesregierung in sehr engen Grenzen.

Ich halte als Zwischenfazit fest: Die Landesregierung hat schon längst das Ziel aufgegeben, den Haushalt strukturell zu sanieren.

(Norbert Schmitt (SPD): Stimmt!)

Die „Operation sichere Zukunft“ war primär auf die Personalausgaben ausgerichtet, im Übrigen aber weitestgehend eine Eintagsfliege. Sie lebt vom Prinzip der Einnahmehoffnung. Dieses Prinzip könnte sich schon bald als Prinzip der Einnahmeillusion entpuppen. Das wäre grausam. Sie plant aber schon jetzt, steigende Einnahmen ganz überwiegender nicht zur Senkung der Nettoneuverschuldung, geschweige denn des Schuldenstandes einzusetzen. Das ist das Fazit, das ich aus den Zahlen ziehe. Dieses Fazit hat sehr, sehr wenig mit Konsolidierung, aber sehr, sehr viel mit der Fortsetzung unseriöser Haushaltspolitik zu tun.

(Beifall bei der FDP)

Der Handlungsspielraum des Landes wird in immer beängstigenderem Maße durch die Zinszahlungen eingeengt. – Welch neue Erkenntnis. Unterstellen wir, dass die gesamte Neuverschuldung zur Finanzierung der Zinsen verwendet wird, dann steigt der durch Neuverschuldung nicht gedeckte Zinsaufwand wie folgt: 2007 auf 68 Millionen €, 2008 auf 130 Millionen €, 2009 auf 383 Millionen € und 2010 auf 564 Millionen € Zinsen, die nicht einmal durch Schuldenaufnahme gedeckt sind. Herr Minister, da ist es, mit Verlaub, für mich keine große Beruhigung, dass in 2010 eine halbe Milliarde Euro ungedeckt übrig bleiben werden. Oder es stimmt nicht. Dann müssen Sie etwas anderes planen.

Im Monatsbericht für September 2006 schreibt die Europäische Zentralbank in Bezug auf die gegenwärtige konjunkturelle Lage:

Daher ist ein strikter Haushaltsvollzug geboten, und etwaige Haushaltsmehrreinnahmen müssen ... für eine raschere Defizitrückführung eingesetzt werden. ... So sollten Zeiten günstiger Konjunktur dazu genutzt werden, den Prozess der Erzielung solidarischer Staatsfinanzen zu beschleunigen.

Was die EZB mit Blick auf die öffentlichen Finanzen postuliert, muss auch und ganz speziell in Hessen Gültigkeit besitzen. Stattdessen baut die Landesregierung mit viel Geld ihre Position im Vorfeld der Landtagswahl auf.

(Beifall des Abg. Bernd Riege (SPD))

Dabei ist zu viel Stabilität eher störend.

Dann bleibt es nicht aus, dass ich auf die Beamtenbesäftigungsaktion zu sprechen komme: zwei mal 250 € für jeden hessischen Beamten. Diese Aktion kostet die Steuerzahler viel, bringt den Betroffenen aber wenig.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

58 Millionen € Ausgaben in zwei Jahren für eine Leistung, die sich in ca. 15 € netto pro Monat für die Beamten niederschlägt: Das ist eine typische Symbolhandlung, und mehr nicht.

(Nicola Beer (FDP): Wahlkampfgeschenk!)

Leider gar nicht symbolisch, sondern sehr real sind die 2 Millionen € Zinsen, die allein aufgrund dieser Aktion zusätzlich auf Hessen zukommen – Jahr für Jahr, ohne absehbares Ende.

Dann will ich noch einmal kurz auf eine Frage eingehen, die schon im Haushaltsausschuss angesprochen wurde – der Minister meint, man brauche keine Anhörung zu machen, weil der Gesetzentwurf der CDU-Fraktion so famos sei, dass man gar keinen mehr fragen müsse; den könne man direkt so durchpeitschen –: Das ist die Frage der Konnexität. Es gibt hier nur zwei Möglichkeiten. Herr Minister Weimar, entweder sind die 250 Millionen € Bestandteil der Besoldung

(Zuruf des Ministers Karlheinz Weimar)

– dann allerdings müssen Land und Kommunen gemeinsam am Tisch sitzen und es aushandeln –,

(Norbert Schmitt (SPD): Genau so ist es!)

oder sie sind – das steht im Gesetz – eine freiwillige Leistung. Dann ist dies eine freiwillige Leistung des Landes.

(Beifall des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Wenn sie von den Kommunen pflichtgemäß erbracht werden soll, dann ist es ein Fall von Konnexität. Mehr Möglichkeiten gibt es nicht. Das sollte man sorgfältig prüfen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD – Nicola Beer (FDP): Wer bestellt, bezahlt!)

Das Auge ist auf den Wahlermin im Jahr 2008 gerichtet. Für eine Landesbesoldungsregelung fehlt der Regierung der Mut. Das könnte so kurz vor der Wahl Stimmen kosten. Also tun Sie etwas, ohne wirklich etwas zu tun.

Diese Aktion wirft die Frage nach dem Zielsystem auf – der Kollege Kaufmann hat dankenswerterweise schon Ziele angesprochen –, das die Landesregierung sich für Hessen vorstellt. Die Oberziele, wie sie in den Einzelplänen stehen und im Finanzplan zitiert werden, sind so allgemein, so mehrdeutig und so austauschbar, dass sie keine ernsthafte Leitschnur für das Regierungshandeln sein können.

(Beifall bei der FDP)

Sie sind für den politischen Diskurs weitgehend ungeeignet, weil mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen jede denkbare demokratische Landesregierung genau diese oder so ähnliche Ziele hätte.

Ich will bewusst das Ziel im Bereich der Finanzen zitieren – das wird auch den Herrn Minister interessieren –:

In seiner Finanzpolitik lässt sich Hessen von der Verantwortung für heutige und kommende Generationen mit dem Ziel leiten, letztere

– also die kommenden –

nicht stärker zu belasten, als es eine verantwortungsbewusste finanzielle Konsolidierungspolitik erlaubt. Im Interesse der Zukunftsfähigkeit des Landes sichert das Finanzministerium Einnahmen, konsolidiert die Ausgaben und betreibt eine zukunftsorientierte Finanz- und Haushaltspolitik, die auch Raum für Schwerpunktinvestitionen lässt. Dies umfasst einen umsichtigen Umgang mit dem Landesvermögen, einen soliden Kommunalen Finanzausgleich und die Mitwirkung an einem effizienten und gerechten Steuersystem.

Meine Damen und Herren, dieses Ziel kann sich so gut wie jeder Finanzminister setzen. Das ist ein ganz entschiedenes Sowohl-als-auch, wie Willy Brandt einmal in einem anderen Zusammenhang gesagt hat: Wir machen alles, wir wollen alles. Man kann uns aber in keinem einzigen Punkt

verhaften, weil wir auch die anderen Bedingungen berücksichtigen müssen.

(Beifall bei der FDP)

Das Ziel legt die Landesregierung in keiner Weise fest. Es ist allseits interpretierbar. Es ist nicht quantifizierbar. Es ist völlig beliebig, und es ist nicht operational. Mit anderen Worten: Man kann auch ganz darauf verzichten.

Das führt mich zu einem relativ ernsten Punkt.

(Eine Person versucht, die seitliche Kamera auszurichten. – Minister Karlheinz Weimar: Vorsicht Kamera! – Norbert Schmitt (SPD): Aber die fällt auf Sie, Herr Minister! – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wäre die zweite! Vorsicht!)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr von Hunnius, fahren Sie fort.

Roland von Hunnius (FDP):

Die Landesregierung führt die neue Verwaltungssteuerung ständig im Mund. Aber sie betrachtet sie leider weitgehend als inhaltsleere Pflichtübung.

(Nicola Beer (FDP): Leider!)

Ich habe mir die Rede des Herrn Finanzministers sehr genau angehört. Alles, was er genannt hat, waren Inputdaten: Input, Input, Input, mehr Millionen, mehr Millionen, mehr Millionen, mehr Millionen. – Nichts von Output, nichts von Leistung, nichts von Wirkung. Herr Minister, das ist altes kamerale Denken: Wie viele Millionen gebe ich mehr aus, in der Hoffnung, es wirkt auch?

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Wir sind mit der Informationstechnik und der Buchungstechnik sehr weit, aber in der Sache ist bisher wenig bewegt worden.

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr von Hunnius, entschuldigen Sie bitte. – Muss diese Kamera im Moment repariert werden? Gibt es irgendeine Vorgabe dafür, dass das im Moment sein muss? – Wenn das verzichtbar ist, dann machen wir es anschließend. Danke.

(Der mit der Reparatur der Kamera Beschäftigte verlässt den Saal. – Norbert Schmitt (SPD): Dann ist das Profil weniger ausgeprägt!)

Roland von Hunnius (FDP):

Noch immer beschränkt sich die Landesregierung auf Input-Angaben und unterlässt Output-Angaben; noch immer sind viele Kennzahlen als Platzhalter zu verstehen, haben aber weder politisch noch betriebswirtschaftlich irgendeinen Sinn.

Herr Minister, wir haben uns letztes Jahr bei der kurdischen Lesung in Ihrem Hause zu den Einzelplänen 06 und 17 darüber unterhalten, wie es denn mit den Kennzahlen aussieht. Damals haben wir vereinbart, dass eine Arbeitsgruppe gebildet werden sollte, an der die Sprecher der einzelnen Landtagsfraktionen teilnehmen, um aktiv an einer Verbesserung der Kennzahlen mitzuwirken. Das

heißt, wir haben nicht nur gemotzt, wir haben gesagt: Wir wollen uns diese schwere Aufgabe aufhalsen und wollen durch intensives Nachdenken und durch kreative Vorschläge dazu beitragen, diese fast unlösbare Aufgabe mitzuschultern. – Ich fand das eigentlich ein sehr weitgehendes Entgegenkommen. Leider hat der Herr Minister in den vergangenen zwölf Monaten davon keinen Gebrauch gemacht. Deshalb, muss ich sagen, ist es legitim, einmal im Haushalt nachzusehen, welche Kennzahlen im Jahr 2007 Gültigkeit haben sollen. Ich ziehe den Einzelplan 06 heran. Da kann ich die Produkte des Finanzministeriums Stück für Stück durchsehen und finde selten eines, bei dem ich sagen könnte: Die Kennzahl ist aussagefähig, kontrollierbar, und sie beinhaltet eine Zielsetzung, an der ich die Leistung messen kann.

(Florian Rentsch (FDP): Das war ja die Absicht!)

– Das war die Absicht, aber sie ist leider nicht erreicht worden. Herr Kollege, Sie haben es richtig erfasst.

Ich sehe hier folgende Kennzahlen. Kennzahl: Anzahl der Homepagezugriffe, Kennzahl: Anzahl der direkt zuordnabaren Folgeanträge, Kennzahl für die Qualität: Anzahl der Bediensteten, Kennzahl: Anzahl der betreuten Finanzbehörden, Kennzahl: rechtzeitige Übersendung der Regierungsvorlage vor Anhörung ins Parlament, usw.

(Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie ist bei dem Punkt die Kundenzufriedenheit?)

Ich will sie gar nicht im Einzelnen durchgehen. Das ist ja auch allen bewusst. Das ist nur die erste Stufe. Wir sind in dem Jahr nicht weitergekommen. Sie haben großzügigerweise die Hilfe des Parlaments ausgeschlagen. Das Angebot galt einmal, es gilt jetzt natürlich nicht mehr. Jetzt warten wir darauf, was herauskommen wird. Nur sehen wir deutlich, dass dies hier für die Landesregierung eine Pflichtübung geblieben ist. Das, was als großer Wurf angekündigt war, ist leider kein großer Wurf geworden.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das tut mir außerordentlich leid; denn die neue Verwaltungssteuerung ist nach Auffassung der FDP-Fraktion weit mehr als Technik und eine gigantische Entscheidungsverlagerung auf die Administration – das ist sie by the way auch –, sie ist eine Riesenchance für uns alle, von der wir bisher keinen Gebrauch machen. Deshalb mein Vorschlag: Statt immer neue technische Einzelheiten vorzustellen, die sich als Rahmenbedingungen für das Parlament entpuppen und in irgendeinem Softwarekämmerlein entstanden sind, plädiere ich dafür, dass Parlament und Regierung in einen breiten Grundsatzdialog eintreten, um die Rolle der Staatsorgane und deren Zusammenspiel nach vollständiger Einführung der NVS zu klären.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Wir haben ständig Marginaldiskussionen. Der Minister erwähnt lobend, dass das Parlament ein Budgetbüro eingerichtet hat. Das ist, mit Verlaub, eigentlich eine Parlamentsangelegenheit, die Mitarbeiter kommen aus dem Ministerium oder waren früher dort beschäftigt. Aber loben kann man das ja, das ist in Ordnung. Das ist eine gute Idee.

(Nicola Beer (FDP): Das ist PVS!)

Aber das macht deutlich, dass die Grundsatzfragen, über die wir hier eigentlich reden, nicht geklärt sind. Wir hatten

uns eigentlich vorgestellt, dass das Parlament nach Einführung der neuen Verwaltungssteuerung die Richtlinien kontrolliert, Ziele festsetzt, Leistungen definiert und Leistungen nachher bemisst. Jetzt stellen wir fest: Es ist alles geblieben wie bisher. Wir haben ein paar widersinnige Kennzahlen eingefügt, die nichts aussagen, haben sehr viel mehr Papiere und viel mehr Technik. Das mag als Übergangszustand akzeptabel sein, aber es kann nicht der Endzustand sein. Deswegen müssen wir auf etwas anderes hinarbeiten.

(Beifall bei der FDP)

Sonst besteht die Gefahr, dass alle ausreichend damit beschäftigt sind, die Technik zu verstehen und möglichst mundgerechte Anträge vorzubereiten, darüber aber der Politikansatz vergessen wird.

Zurück zum Entwurf des Haushaltsplans und zur Finanzplanung. Ich nehme die Selbstlobpreisung des Ministers auf und bewerte sie.

Verfassungkonformer Haushalt? Nein – es sei denn, wir folgen der Unterstellung des Ministers: Verfassungskonform ist, was ich für verfassungskonform halte.

Ausgaben im Griff? Nein, denn die Ausgaben hat nur im Griff, wer die Aufgaben im Griff hat. Von Aufgabenkritik ist aber auch eineinhalb Jahre vor der nächsten Landtagswahl nichts zu sehen. Der Haushaltsentwurf ist ein typisches Beispiel für die interventionistische, an Einzelerfordernissen orientierte, weitgehend konzeptlose Politik ohne ordnungspolitische Rahmenvorstellungen der Landesregierung.

Strikte Konsolidierungspolitik? Nein, keine Konsolidierung und schon gar nicht strikt – stattdessen versuchte Konsolidierung durch Einnahmehoffnung und das Motto: ein bisschen einsparen, aber nicht zu viel, und dabei so viel ausgeben, dass jeder potenzielle Empfänger zufrieden ist; im Zweifel lieber Schulden machen als Ausgaben reduzieren.

Priorität für die Zukunftsfähigkeit des Landes? Nein, die Schulden steigen weiter, noch nicht einmal nennenswert langsamer als bisher. Nichts wächst so schnell wie der Zinsaufwand. Von Zukunft lässt sich gut reden; sie zu gestalten, hat für die Landesregierung leider keine Priorität.

(Beifall bei der FDP)

Neil Postman hat einmal gesagt

(Michael Boddenberg (CDU): „Wir amüsieren uns zu Tode“!)

– das hat er auch gesagt, aber ich habe hier jetzt ein anderes Zitat –: „Luftschlösser bauen wir alle, aber“, fügt er hinzu,

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Landesregierung kauft sie auf Pump!)

„es wird problematisch, wenn wir versuchen, in diesen Luftschlössern zu wohnen.“ Herr Finanzminister, deshalb rufe ich Ihnen zu: Kommen Sie aus Ihrem Luftschloss heraus, und fangen Sie endlich mit verantwortungsvoller Finanzpolitik an.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Ich zitiere die „Wirtschaftswoche“, Herrn Baron, vom 8. Mai 2006: „Die Wirklichkeit hat sich am Ende noch immer durchgesetzt. Die Vertreibung aus dem Luftschluss wird grausam sein.“ – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Herr von Hunnius. – Herr Milde, ich darf Ihnen das Wort für die CDU-Fraktion erteilen.

Gottfried Milde (Griesheim) (CDU):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe festgestellt, dass ich nach den Reden der Opposition gerade eben meine Rede nicht umschreiben muss. Ich dachte, ich muss das eine oder andere in Bezug auf das, was Sie hier gesagt haben, noch einfügen, aber es war genau das, was man erwarten konnte. Deshalb, denke ich, tut es gut, wenn man hier wieder auf die Fakten zurückkommt.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie kennen auch die Schwächen des Haushalts!)

Meine Damen und Herren, auch wenn wir in Deutschland die schwerste Finanzkrise seit Gründung der Bundesrepublik noch wahrlich nicht vollständig überwunden haben – da sind wir uns doch schon einmal einig –,

(Reinhard Kahl (SPD): Sie haben den Waigel schon vergessen?)

so können wir trotzdem endlich wieder Licht am Ende des Tunnels erkennen. Ich möchte für die CDU-Fraktion feststellen, dass uns der hessische Finanzminister Karlheinz Weimar glänzend durch diese Krise gelenkt hat. Er setzt mit dem Haushalt 2007 diesen erfolgreichen Weg fort.

(Beifall bei der CDU)

„Konsolidieren und gleichzeitig modernisieren“, unter diesem Motto haben Karlheinz Weimar und die CDU-Landtagsfraktion in sehr schwieriger Zeit unbequeme Sparmaßnahmen durchgeführt und mit klaren politischen Prioritäten – Bildung, Wirtschaft und innere Sicherheit – die bundesweite Spitzenstellung Hessens untermauert.

(Beifall bei der CDU)

Auch wenn es mancher in diesem Haus nicht glauben will: Wir haben dies im Verhältnis zu den anderen Bundesländern mit einer relativ niedrigen Neuverschuldung geschafft. Gleichzeitig waren wir als Spitzenzahler im Länderfinanzausgleich die Lokomotive für die anderen Bundesländer in Deutschland. Natürlich ist das vor allem ein Verdienst der hessischen Steuerzahler, gar keine Frage.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich dachte, der CDU! – Beifall des Abg. Clemens Reif (CDU))

– Da kann der Kollege Reif klatschen, das sollten wir ihm an dieser Stelle erlauben.

Man darf aber an dieser Stelle auch nicht verhehlen, dass eine solche Entwicklung auch etwas mit den Rahmenbedingungen zu tun hat, die Politik schafft. Umfragen im Mittelstand und in Wirtschaftsverbänden belegen, dass sich Unternehmen in Hessen besonders wohlfühlen. Liebe Kollegen von den GRÜNEN, das konnte man in der Vergangenheit für einige Branchen wirklich nicht unter allen Landesregierungen sagen. Den Menschen geht es im Schnitt in Hessen wirtschaftlich besser als in ande-

ren Bundesländern und in fast allen anderen Ländern Europas. Herr Kollege Kahl, auch den Kommunen geht es in Hessen besser als in den anderen Bundesländern Deutschlands.

Ich komme noch einmal auf die Kommunen zurück. Wir investieren auch mit dem nun vorgelegten Haushalt wieder sehr zielgerichtet in Bildung, in Infrastruktur, in Schulen, in Hochschulen, in Straße und Schiene, in Kindergärten – auch wenn Sie von der Opposition das ärgert – und in Kultur. Auch bei diesem Haushalt können wir wieder sagen: Noch nie in der hessischen Geschichte wurde so viel Geld für Bildung ausgegeben, noch nie so viel Unterricht gegeben, wie mit dem Haushalt 2007 unter dieser Regierung vereinbart.

(Beifall bei der CDU)

Sie von der Opposition haben das mit Ihren Reden eigentlich auch belegt. Sie wissen, dass wir auf dem richtigen Weg sind, und Sie schauen ein bisschen neidisch dabei zu.

Meine Damen und Herren, die wirtschaftliche Situation sollten wir uns kurz ansehen, denn sie war ja nicht immer so, wie sie sich jetzt darstellt. Der konjunkturelle Aufschwung seit Ende des letzten Jahres ist schon beeindruckend und deckt sich in keiner Weise mit dem pessimistischen Stimmungsbild, das sich in Deutschland in Bezug auf die Reformkompetenz der Bundesregierung weithin ergibt.

Die Verbraucher haben dagegen wieder ein wesentlich höheres Vertrauen in die Wirtschaft. Für 2006 rechnen mittlerweile alle Wirtschaftsforschungsinstitute mit einem Wachstum von 2 % und damit dem stärksten Wachstum seit dem Jahr 2000. Man kann hier anführen, dass damals noch die Arbeit der Regierung Kohl letzte Früchte zeigte.

(Beifall bei der CDU – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Du ahnst es nicht! Gottfried, da musst du doch selber lachen!)

– Es waren eindeutig die Reste unseres Aufschwungs, um es einmal richtig darzustellen. – Allerdings erwarten die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute für 2007 eine etwas gedämpfte Entwicklung. Hier spielt die Mehrwertsteuerentwicklung eine Rolle, wobei das sehr unterschiedlich gesehen wird. Einige sagen, die pessimistischen Erwartungen sind viel zu negativ; es wird gar nicht so schlimm kommen, wie es manche Leute mit der Mehrwertsteuererhöhung sehen. – Das spielt natürlich eine Rolle, aber die Grundtendenz bleibt positiv.

Hier muss ich sagen: In den letzten sieben Jahren haben wir von solchen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen bei der Aufstellung eines Haushaltsentwurfs in Hessen nur träumen können.

(Norbert Schmitt (SPD): Aber was macht ihr daran?)

– Ich komme nachher darauf. – Es ist auch vernünftig und finanziell solide, wenn die Landesregierung bei der Aufstellung des Haushalts 2007 vorsichtig kalkuliert, sich den Schätzungen der Bundesregierung anschließt und die eher pessimistischen Prognosen der Wirtschaftsforschungsinstitute in Höhe von 1 % zur Grundlage ihrer Steuerschätzung macht. Der Korridor wird zwischen 1,0 und 1,7 % gesehen. Sollten andere Institute wie das ifo-Institut mit ihren Prognosen recht behalten, dann wird das eintreten, was der Finanzminister vorhin dargelegt hat, dass wir nämlich nach 2005 und 2006 im Vollzug des Jahres 2007 wieder deutlich besser dastehen werden. Ich sage

Ihnen von der Opposition heute schon voraus: Sie werden sich am Ende 2007 und Anfang 2008 über diese Zahlen kaputt ärgern können.

(Norbert Schmitt (SPD): Wir können 2008 gut gebrauchen! Mach dir keine Sorgen!)

Meine Damen und Herren, die Belebung der Konjunktur findet auch und anders, als es die Opposition eben gesagt hat, am hessischen Arbeitsmarkt ihren Niederschlag. Im August 2006 waren hessenweit rund 278.000 Menschen arbeitslos. Das sind immerhin 24.000 weniger als im gleichen Vorjahresmonat. Allein im August ging die Zahl der Arbeitslosen um 5.500 Personen zurück. Das war die kräftigste Abnahme in Hessen seit dem berühmten Jahr 2000. Ich sage ja: Das sind Nacherfolge der Regierung Kohl gewesen. Die Arbeitslosenquote sank im Vorjahresvergleich um 0,9 % auf 9 % und im September nochmals um 3,3 %,

(Norbert Schmitt (SPD): Aber unterdurchschnittlich im Ländervergleich! Weniger als im Bundesdurchschnitt!)

sodass wir jetzt bei 269.000 Arbeitslosen sind.

Ich sage auch etwas zu Rheinland-Pfalz. Rheinland-Pfalz hat seine Entwicklung den hessischen Arbeitsplätzen, die wir den rheinland-pfälzischen Mitbürgern im Rhein-Main-Gebiet zur Verfügung stellen, zu verdanken. Außerdem ist sie dem Geld zu verdanken, das wir in Hessen erwirtschaften und über den Länderfinanzausgleich an Rheinland-Pfalz als Konjunkturhilfe zahlen.

(Beifall bei der CDU – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ein Quatsch!)

Der konjunkturelle Aufschwung, der durch das von Bund und Ländern gemeinsam auf den Weg gebrachte Wachstumspaket unterstützt wird, führt zu deutlich steigenden Steuereinnahmen und damit zu einer verbesserten Finanzlage der öffentlichen Haushalte. Gegenüber der diesjährigen Mai-Steuerschätzung erscheinen im Jahr 2006 deutliche Mehreinnahmen für Bund, Länder und Gemeinden um bis zu 10 Milliarden € möglich. Der Finanzminister hat vorhin angekündigt, dass er im Vollzug des Landeshaushalts mit dem Nachtrag 2006 mehrere 100 Millionen € Steuermehreinnahmen und damit eine Senkung der Nettoneuverschuldung erwartet. Im Übrigen führt das alles in allem dazu, dass im Bund in diesem Jahr die Defizitquote deutlich unter die Maastricht-Grenze von 3 % gesetzt wird und bei 2,6 % ankommen wird.

Meine Damen und Herren, jetzt komme ich zu dem Punkt, den mir Heinrich Heidel die ganze Zeit zugeflüstert hat. Jetzt ist er leider hinausgegangen.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Ich sage es ihm!)

– Ich bitte den Fraktionsvorsitzenden, das weiterzugeben. – Es geht um die Frage: Können wir es uns leisten, auf die Mehrwertsteuererhöhung zu verzichten? Trotz der insgesamt deutlich verbesserten Rahmenbedingungen bleibt die Lage der öffentlichen Finanzen grundsätzlich angespannt. Jährlange Steuerausfälle haben viele Spuren in den öffentlichen Haushalten hinterlassen. Die kumulierten Finanzierungsdefizite – das können Sie der Begründung der Finanzplanung entnehmen – betragen alleine in den Jahren 2002 bis 2005 mehr als 240 Milliarden €. Die Schulden von Bund, Ländern und Kommunen haben sich von rund 1.200 Milliarden € Ende 2001 auf rund 1.450 Milliarden € Ende 2005 erhöht. Allein die Verschuldung des Bundes wird am Ende des Jahres bei 900 Milliarden €

liegen. Dabei zahlt der Bund jeden Tag rund 100 Millionen € Zinsen.

Auch im Jahre 2006 wird sich dieser Trend, wenn auch abgeschwächt, natürlich weiter fortsetzen. Das Defizit wird trotz der konjunkturell bedingten Steuermehreinnahmen voraussichtlich wieder in einer Größenordnung von rund 50 Milliarden € liegen. Es gibt also immer noch eine Differenz von 50 Milliarden € zwischen Einnahmen und Ausgaben.

Meine Damen und Herren, deswegen kann man sagen, dass eine Mehrwertsteuererhöhung, die am Ende rund 14 Milliarden € – nach Abzug der Entlastung bei den Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung – ausmachen wird, wahrlich nicht verzichtbar ist. Jeder von uns würde gerne dem Mittelstand und den Verbrauchern in Deutschland sagen, dass wir auf eine Mehrwertsteuererhöhung um 3 % verzichten oder sie zumindest auf 2 % reduzieren können. Aber nach all den Reden, die eben von der Opposition gehalten wurden, wäre es angesichts der Lage der öffentlichen Haushalte unverantwortlich, auf die Mehrwertsteuererhöhung zu verzichten.

Im Gegensatz zur hessischen SPD unterstützen wir in der CDU-Fraktion ausdrücklich die von Bundesfinanzminister Steinbrück gemachten Haushaltsanstrengungen und auch große Teile dessen, wie er sich zur Unternehmenssteuerreform, zur Abgeltungssteuer und zu REITs verhält.

(Reinhard Kahl (SPD): Zur Gewerbesteuer auch, Herr Kollege?)

Ich erinnere daran, wie wir in der letzten Haushaltssitzung bei dem Antrag der GRÜNEN zum Thema Unternehmenssteuerreform vernehmen mussten, dass die hessische SPD gegen die Linie des Bundesfinanzministers gestimmt hat. Ich muss sagen, in der Linie hat er unsere Unterstützung.

(Reinhard Kahl (SPD): Was Sie jetzt gesagt haben, stand nicht zur Diskussion!)

Ich verzichte jetzt aufgrund der fortgeschrittenen Zeit darauf, Ihnen alle Quoten vorzulegen, wie wir in Hessen dastehen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Butter bei die Fische! – Reinhard Kahl (SPD): Wir hätten es gerne gehört!)

– Herr Kaufmann, Sie können es gerne haben. Es ist gar kein Problem. – Der Finanzminister hat vorhin Kennziffern vorgetragen. Wenn wir diese Kennziffern, angefangen beim höchsten Bruttoaufkommen pro Erwerbstätigten in Deutschland mit 65.270 €, zur Grundlage einer Darstellung bei der Jahreshauptversammlung eines DAX-Unternehmens machen würden, dann würden die Aktionäre aufstehen, jubeln und zwingend eine Gehalts erhöhung des Vorstandsvorsitzenden, in dem Fall des Finanzministers, verlangen.

(Heiterkeit – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Träum weiter, Gottfried!)

30 % sind im Moment nicht vermittelbar, sodass der Finanzminister mit dem wird auskommen müssen, was er hat. Aber es sind Zahlen, die sich bundesweit sehen lassen können.

(Beifall bei der CDU – Norbert Schmitt (SPD): Der Finanzminister ist nicht vermittelbar?)

Meine Damen und Herren, die Gewinner des Haushalts 2007 sind die Familien und die Kommunen.

(Reinhard Kahl (SPD): Was? – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil die Kommunen den Familien etwas geben dürfen! – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gottfrieds Parallelwelten!)

Die Kommunen können im nächsten Jahr mit 322,5 Millionen € Mehreinnahmen aus den Mitteln des Kommunalen Finanzausgleichs rechnen, und das sind natürlich Steuermittel. Was glauben Sie denn, woher das Geld kommt?

(Reinhard Kahl (SPD): Das ist aber nicht Ihre Regierungsleistung!)

Das haben nicht die Kommunen erwirtschaftet, sondern das ist Geld, das die hessischen Steuerzahler erwirtschaftet haben und das aufgrund des Haushaltsgesetzes in Hessen den Kommunen zur Verfügung gestellt wird.

(Reinhard Kahl (SPD): Genau, das steht im Gesetz: 23 %!)

Es ist doch unsere Entscheidung, dass wir es den Kommunen geben.

(Reinhard Kahl (SPD): „23 %“ steht doch im Gesetz!)

Das BAMBINI-Programm entlastet Familien und schafft die Voraussetzungen für das beitragsfreie letzte Kindergartenjahr.

(Beifall bei der CDU)

Herr Kollege Kahl, keine Kommune muss dafür irgend eine Leistung in ihrem Haushalt kürzen, denn sie hat Mehreinnahmen. Ich habe sie eben genannt. Auf den Kommunalen Finanzausgleich komme ich gleich noch zurück, aber so viel sei schon gesagt:

(Reinhard Kahl (SPD): Dann aber bitte fachlich korrekt!)

Alle Bürgermeister, die jetzt landauf, landab klagen, dass sie Geld aus dem KFA verwenden sollen, werden sich im nächsten Jahr dafür feiern lassen, dass sie mit ihrer Entscheidung vor Ort das dritte Kindergartenjahr beitragsfrei stellen werden, gerade auch die sozialdemokratischen Bürgermeister.

(Beifall bei der CDU – Norbert Schmitt (SPD): Sie können sich feiern lassen; denn es ist ihr Geld!)

Wissen Sie, wir reden davon, dass eine Familie, die ein Kind im dritten Kindergartenjahr hat, in dem Jahr um 1.200 € entlastet wird. Das ist richtig viel Geld in den Taschen der Familien. Denen wird es ziemlich egal sein, Herr Kollege Kahl, aus welchem Steuertopf dieses Geld kommt.

Sie meckern, dass das praktisch in gebundener Form über den Kommunalen Finanzausgleich geschieht. Dazu will ich Ihnen sagen, es war nicht die Erfindung dieser Landesregierung und auch nicht der CDU-Fraktion, die Kommunen an den goldenen Zügel zu nehmen. Das war SPD-Politik seit Beginn der Siebzigerjahre. Im Übrigen war es auch nicht die CDU-Landtagsfraktion, die die kleinen Töpfe aufgemacht hat. Die kleinen Töpfe, mit denen Sie in den Achtziger- und Neunzigerjahren vor Ort Werbung gemacht haben, haben wir abgeschafft. Ich will Ihnen die Zahlen nennen.

(Norbert Schmitt (SPD): Aus den kleinen Töpfen ist ein Wasserkopf in der Staatskanzlei geworden!)

Von den 2,9 Milliarden €, die über den Kommunalen Finanzausgleich den Kommunen zur Verfügung gestellt werden, sind 63 % pauschale Zuweisungen in Form von Schlüsselzuweisungen oder der Investitions- und Schulpauschale. Im Jahre 1998, im letzten Jahr Ihrer Regierung, Herr Kollege Kahl, waren es nur 54 %.

(Reinhard Kahl (SPD): Jetzt haben Sie die Investitionspauschale hinzugenommen! Was ist das für eine Rechnung? Sie liegen bei den Schlüsselzuweisungen bei 45 %!)

Das heißt, obwohl die Kommunen im nächsten Jahr das letzte Kindergartenjahr beitragsfrei stellen können, haben wir den Kommunen wesentlich mehr frei verfügbare Mittel zur Verfügung gestellt, als das unter Rot-Grün der Fall war.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

– Herr Kollege Kahl, regen Sie sich nicht so auf an Ihrem Geburtstag. Das tut doch nicht gut. – Die mit der „Operation sichere Zukunft“ eingeleitete strukturelle Ausgabenreduzierung hat uns nachdrücklich entlastet. Nur mit dieser Maßnahme war es möglich, die Ausgaben seit Jahren auf einem konstanten, beherrschbaren Niveau zu halten, und das trotz der ständig steigenden Pensionsleistungen des Landes. Die strukturelle Entlastung aus der „Operation sichere Zukunft“ macht im Haushaltsjahr 2007 deutlich mehr als 600 Millionen € aus. – Da soll noch einmal jemand sagen, wir hätten nicht gespart.

(Beifall bei der CDU)

Das Folgende erspare ich den Mitgliedern der Opposition und gerade Ihnen, Herr Kaufmann, jetzt nicht: Gegen alle Widerstände der Mitglieder der Opposition haben wir Personal abgebaut und den Staat verschlankt. Das geschah ausschließlich unter Einsatz sozial verträglicher Maßnahmen.

(Norbert Schmitt (SPD): Ach ja, das war „sozial verträglich“! Ausgerechnet sozial verträglich soll das gewesen sein!)

Die PVS wurde vorhin erwähnt. Wir haben aufgrund dieser Maßnahmen eine moderne Verwaltung erhalten. Wir haben sie weiterentwickelt und waren hierbei Vorbild für alle anderen Bundesländer. Die Mitglieder der Opposition haben doch die Schließung jedes Forstamts und jedes Amtsgerichts, die in diesem Zusammenhang erfolgte, öffentlich beweint und vor Ort ausgerufen, das würde zum Untergang des Abendlands führen.

(Minister Karlheinz Weimar: Mindestens das haben sie getan!)

– Zumindest das haben sie getan. – Sie haben an der Spitze derjenigen gestanden, die gegen die Sparmaßnahmen dieser Landesregierung demonstriert haben.

(Petra Fuhrmann (SPD): Herr Kollege, das taten wir zu Recht!)

Ich muss immerhin aber auch sagen: Auch Rot-Grün lernt dazu. Ich möchte hier eine Aussage der GRÜNEN zitieren.

(Norbert Schmitt (SPD): Den Zustand der Wälder sieht man jetzt nach Schließen der Forstämter!)

– Herr Kollege Schmitt, warten Sie bitte noch etwas. Wir können uns nachher beim Anschauen des Fußballspiels miteinander unterhalten. – Die GRÜNEN sagen, sie hielten die Sozialpolitik der Regierung für falsch. Es stimmt, das sagen sie.

(Demonstrativer Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

– Das sagen sie immerhin noch. Aber sie wollen die „Operation sichere Zukunft“ nicht wieder umkehren. Das kann ich hier lesen.

(Zuruf von der CDU: Das ist ja ein Ding! – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt müssen Sie auch noch den nächsten Satz vorlesen!)

Die SPD fordert mehr Geld für Soziales. Das ist eine Aussage, die auf der berühmten Pressekonferenz der Frau Kollegin Fuhrmann gefallen ist. Das kann man der „Frankfurter Rundschau“ vom 30. September 2006 entnehmen. Die Reaktion der GRÜNEN auf diese Pressekonferenz der SPD war, dass sie sagten, sie wollten die „Operation sichere Zukunft“ nicht mehr zurücknehmen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt müssen Sie auch noch den nächsten Satz vorlesen! – Norbert Schmitt (SPD): Das war nahe an der Zitatfälschung!)

– Das ist so.

Man kann gar nicht oft genug betonen, dass wir viele in der Öffentlichkeit sicherlich nicht populäre Maßnahmen nicht hätten ergreifen müssen, wenn wir die in Hessen erwirtschafteten Steuern auch in Hessen hätten ausgeben können. Das ist ein Lieblingsthema des Herrn Kaufmann. Ich finde, zur Transparenz in einer solchen Debatte gehört es einfach dazu, das zu sagen: Wir zahlen deutlich mehr in den Länderfinanzausgleich ein, als wir Schulden machen. Das war übrigens nicht immer so. Darauf komme ich gleich noch zu sprechen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum fordern Sie nicht 100 % der Steuern für das Land?)

Wir werden, vom Jahr 2000 beginnend, bis zum Jahr 2007 bedauerlicherweise etwa 10,4 Milliarden € Schulden aufgenommen haben. Im gleichen Zeitraum werden wir aber 16,1 Milliarden € in den Länderfinanzausgleich eingezahlt haben.

Um das ins Verhältnis setzen zu können, will ich Ihnen eine andere Zahl nennen. Denn Sie behaupten immer, für Hessen sei es völlig normal, dass fast doppelt so viel in den Länderfinanzausgleich eingezahlt wird, als Schulden gemacht werden.

(Reinhard Kahl (SPD): Das ist komisch gerechnet: „doppelt so viel“!)

Herr Kollege Kahl, vielleicht können Sie sich nicht mehr daran erinnern. Zwischen 1970 und 1999 hat in Hessen bedauerlicherweise die SPD während der Mehrzahl der Jahre regiert. Während dieser Zeit kam es zu einer Nettoneuverschuldung von 23 Milliarden €. Das wurde von Ihnen vorhin auch gesagt. Das waren die „berühmten“ 46 Milliarden DM. In der gleichen Zeit wurden 18,5 Milliarden € in den Länderfinanzausgleich eingezahlt.

(Michael Boddenberg (CDU): Das war genau andersherum!)

Unter Rot-Grün war es also genau andersherum. Man höre und staune: Es ist nicht gottgegeben, dass Hessen mehr in den Länderfinanzausgleich zahlt, als es zur Nettoneuverschuldung kommt. Es ist ein Verdienst dieser Landesregierung, und zwar der Wirtschaftspolitik und der Haushaltspolitik dieser Landesregierung, dass so wenig und nicht mehr Schulden gemacht wurden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Reinhard Kahl (SPD): Er sagte: „so wenig Schulden“!)

– Natürlich ist das so. – Im nächsten Jahr werden wir wieder fast 2 Milliarden € in den Länderfinanzausgleich abführen müssen, und zwar trotz der 1999 für Hessen erreichten Verbesserung der Struktur des Länderfinanzausgleichs. Herr Kollege von Hunnius hat eben davon gesprochen, dass dies immerhin 150 Millionen € ausmacht. Ich habe einmal gehört, dass wir 120 Millionen € allein durch die Veränderung des Länderfinanzausgleichs sparen würden, die Karlheinz Weimar und Roland Koch in den Verhandlungen mit den Vertretern der anderen Bundesländer erzielt haben. Die anderen Bundesländer sind fast alle Nehmerländer. Kein anderes Bundesland hat gerne Geld abgegeben. 120 Millionen € – wenn Herr von Hunnius recht hat, sind es 150 Millionen € – sind verdammt viel Geld, das wir den hessischen Steuerzahlerinnen und Steuerzähler damit zugutekommen lassen können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich möchte hier keine Missverständnisse aufkommen lassen. Niemand möchte den Länderfinanzausgleich und seine solidarische Funktion in irgendeiner Weise infrage stellen. Wir sind uns der sozialen und nationalen Verantwortung, die wir als wirtschaftlich starkes Land haben, durchaus bewusst. Meine Damen und Herren der Opposition, man kann das auch so formulieren, wie Sie es getan haben, dass das nämlich eine Art des Steuerzahlens sei.

Bei dem gegenwärtigen Finanzsystem fehlt es aber an dem Anreiz, dass die anderen Länder ihre steuerliche Basis verbessern. Nur fünf der 16 Bundesländer zahlen überhaupt in den Länderfinanzausgleich ein. Elf Bundesländer erhalten Geld. Das zentrale Anliegen einer Reform muss es deshalb sein, dass aus den Nehmerländern Geberländer werden oder dass aus den Nehmerländern zumindest Länder werden, die auf eigenen Füßen stehen können.

(Norbert Schmitt (SPD): Wir schaffen also blühende Landschaften!)

Wir wollen nichts anderes als die Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips, also die Hilfe zur Selbsthilfe. Ich beziehe mich jetzt auf die Gelder aus allen Fördertöpfen, die es gibt. Da kann man die Ergänzungsuweisung des Bundes mit dazunehmen. All diese Mittel müssen dazu benutzt werden, damit die Nehmerländer aus ihrer derzeit bestehenden Situation herauskommen. Es dürfen nicht einfach nur deren Defizite finanziert werden. Unser Interesse als Vertreter des Landes Hessen muss es sein, dass wir in Zukunft nur noch Geld für Maßnahmen geben, die dazu führen, dass die anderen Länder auf eigenen Füßen stehen können.

(Norbert Schmitt (SPD): Und das kontrollieren Sie dann!)

Das Ziel, vergleichbare Bedingungen zu schaffen, wurde völlig aus den Augen verloren.

Wir freuen uns, dass wir in Deutschland das finanzstärkste Bundesland sind. Aber ich will auch noch einmal auf die Zahl zu sprechen kommen, die vorhin von Herrn Kaufmann genannt wurde. Hessen steht hinsichtlich der Finanzkraft in Deutschland vor dem Länderfinanzausgleich auf Platz eins. Nach Länderfinanzausgleich inklusive der Ergänzungszuweisungen und anderer Töpfen

(Reinhard Kahl (SPD): Was ist denn das jetzt?)

befindet sich Hessen auf Platz sieben. Das ist ein Hohn gegenüber dem hessischen Steuerzahler.

(Beifall bei der CDU – Norbert Schmitt (SPD): Das ist gar nicht wahr!)

Wir können die Zahlen ruhig nennen. Man kann darauf stolz sein. Für das Jahr 2005 gibt es die letzte Zahl, die bisher ermittelt werden konnte. Mit 261 € je Einwohner haben wir Hessen nicht nur die höchste Einzahlung in den Länderfinanzausgleich geleistet. Nach Sachsen haben wir auch noch die niedrigste Nettoneuverschuldung pro Einwohner in ganz Deutschland. Hessen hat im Jahr 2005 pro Einwohner 127 € Schulden aufgenommen. Im Vergleich dazu will ich nur einmal die „tollen“ Länder anführen, die Sie genannt haben. In Bayern und Baden-Württemberg waren es 148 € bzw. 157 €.

(Reinhard Kahl (SPD): Da Sie die Zahlen so gut nennen können, nennen Sie doch einmal die für die Jahre 2004 und 2003!)

Das bei der Opposition so beliebte Rheinland-Pfalz, das „Wunderland“ von nebenan, hatte eine mehr als doppelt so hohe Nettoneuverschuldung pro Einwohner, nämlich 286 €.

(Norbert Schmitt (SPD): Die haben nicht so viel verkauft!)

Dazu muss man noch wissen, dass die Sachsen, die vor Hessen gelegen haben, aus den ganzen Töpfen, die ich vorhin genannt habe, Mittel erhalten haben, also in diese Töpfen nichts eingezahlt haben. Das kleine Sachsen hat allein im Jahr 2005 rund 7,3 Milliarden € erhalten. Es hat überhaupt nichts einzahlen müssen. Wenn wir in einer vergleichbaren Situation wären, ließe sich leicht davon reden, dass wir weniger Schulden machen müssten.

Ich komme damit zu dem Ergebnis der ganzen Diskussion, die hier auch von Karlheinz Weimar geführt wurde. Wenn wir in einer vergleichbaren Situation wie andere Länder Deutschlands wären, könnten wir Schulden tilgen und müssten keine Nettoneuverschuldung betreiben.

Natürlich kann ich verstehen, dass sich die Mitglieder mancher Oppositionsparteien angesichts solcher eindrucksvoller Erfolge lieber mit sich selbst als mit der Politik der Landesregierung beschäftigen. Herr Kollege Schmitt, ich meine damit auch Sie.

Wir haben auch gar kein Problem damit, uns mit dem Thema Nettokreditaufnahme zu beschäftigen. Ich möchte dabei aber einige empfehlen, sich auch einmal im Zusammenhang mit diesem Thema mit dem Land Rheinland-Pfalz zu beschäftigen, das auch für die FDP bis vor Kurzem noch das Musterland war. Jetzt ist die SPD dort allein am Ruder. Nunmehr wurden auch dort stolz Zahlen verkündet. Als ich heute Morgen Nachrichten hörte, hatte ich fast das Gefühl, den hessischen Finanzminister zu hören. Der Finanzminister aus Rheinland-Pfalz sprach nämlich davon, dass er stolz darauf sei, dass in Rheinland-Pfalz zwar nicht die Nettoneuverschuldung gesunken sei, aber das strukturelle Finanzierungsdefizit sei gesunken,

schließlich sei das das Wesentliche und das, worauf es ankomme.

In diesem Zusammenhang möchte ich Ihnen einmal sagen, was in Rheinland-Pfalz im Zusammenhang mit der von der Verfassung vorgegebenen Verschuldungsgrenze gemacht wird. Rheinland-Pfalz hat sich eine zweieinhalb-mal so hohe Nettoneuverschuldung geleistet.

(Axel Wintermeyer (CDU): Richtig!)

Das erfolgte im Rahmen der nach ihrer Verfassung zulässigen Neuverschuldung. Sie schaffen das, indem sie nicht nur die eigenen Investitionsausgaben einrechnen. Vielmehr rechnen sie auch die Mittel hinzu, die für Investitionen in den Kommunen zur Verfügung gestellt werden.

(Axel Wintermeyer (CDU): Richtig!)

Zum Teil werden auch Investitionen des Bundes hineingerechnet.

(Axel Wintermeyer (CDU): Das sind Rechenkünstler!)

Sie rechnen sogar die Pensionsrückstellungen, die sie bilden, ein. Denn sie bezeichnen das als Investition in die Zukunft. Sie erhöhen also damit die nach der Verfassung zulässige Nettoneuverschuldung.

Meine Damen und Herren, Sie würden den Finanzminister durch den Saal jagen, wenn wir Ähnliches machen würden. Man muss einfach sehen: Rheinland-Pfalz lebt von Hessen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Die schlichte Rechnung, höhere Steuern bedeuten weniger Schulden, geht angesichts der Finanzkrise der vergangenen Jahre sowie der dadurch verschärft aufgetretenen strukturellen Unterfinanzierung der öffentlichen Haushalte einfach an der Realität vorbei. Zwar konnte die Aufstellung des Haushaltsentwurfs für das Jahr 2007 nach vielen Jahren wieder vor dem Hintergrund deutlich verbesselter gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen erfolgen, jedoch hat die völlig verfehlte Wirtschaftspolitik von Rot-Grün der vergangenen Jahre – insoweit muss ich noch einmal auf die Vergangenheit zu sprechen kommen – so tiefe Spuren hinterlassen, dass die dadurch eingetretenden Folgen erst langsam beseitigt werden können.

Wie alle anderen Bundesländer hat Hessen zur Kompen-sation von Mindereinnahmen natürlich auch Einmalmaßnahmen durchführen müssen. Ich meine die Verkäufe von Vermögen, mit denen zwar nicht das strukturelle Defizit, aber das Defizit im Haushalt ausgeglichen werden konnte. Übrigens haben wir nie einen Hehl daraus gemacht, dass neben den harten Einsparungen, die wir durchgeführt haben, auch Maßnahmen mit einmaligem Charakter geholfen haben, die Nettokreditaufnahme relativ niedrig zu halten.

Wir können heute also sehr zuversichtlich sagen: Wir sind auf einem sehr guten Weg. – Die auf der Grundlage der wirtschaftlichen Prognosen der Bundesregierung im letzten Jahr aufgestellte Finanzplanung, es handelt sich also um eine Prognose der Bundesregierung für Hessen, hat ein Defizit in Höhe von 1.620 Millionen € vorgesehen. Hinzu kommen dann noch die globalen Minderausbgaben, die in Höhe von 500 Millionen € veranschlagt waren. Demnach hätte es also zu einer Deckungslücke in Höhe von 2,12 Milliarden € kommen sollen. Diese Deckungslücke für den Haushalt des Jahres 2007 wird um 800 Millio-

nen € reduziert werden können. Diese Zahl zeigt den Erfolg des Entwurfs des Landshaushalts für das Jahr 2007.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir haben eine klare strukturelle Verbesserung erreicht.

Insofern können wir also feststellen, dass im Jahr 2007, übrigens gerade auch wegen der von Karlheinz Weimar und Roland Koch unterstützten Änderungen im Steuerrecht sowie durch die verbesserte Konjunktur, die Steuereinnahmen gegenüber dem Jahr 2006 um über 1 Milliarde € ansteigen werden. Im Vergleich zum Vorjahr werden aber insbesondere auch die Zahlungen in den Länderfinanzausgleich – –

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was war das denn mit der Blockade? Waren Sie schon immer dafür?)

– Herr Kaufmann, Sie sind doch ein großer Rechner. Rechnen Sie das einmal zusammen. Es wird also Steuermehrreinnahmen in Höhe von 1,1 Milliarden € geben. Davon werden 450 Millionen € in das System des Länderfinanzausgleichs gehen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Koch war schon immer für die Abschaffung der Eigenheimzulage!)

Wir werden in Höhe von 450 Millionen € weniger Vermögen veräußern. 80 Millionen € werden wir weniger an Zuweisungen und Zuschüssen haben. Es bleibt also kaum noch etwas übrig, um die Nettokreditaufnahme nennenswert zu senken.

(Norbert Schmitt (SPD): An Sparen haben Sie nie gedacht!)

Doch immerhin um die geplanten 20 Millionen € sinkt die Nettokreditaufnahme, und wir bleiben deutlich unter der nach Art. 141 der Hessischen Verfassung vorgegebenen Regelgrenze der Verschuldung.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nach Ihrer neuen Definition!)

Meine Damen und Herren, darüber können wir uns gern noch einmal unterhalten. Rheinland-Pfalz habe ich Ihnen genannt. Ich will Ihnen nur ein einziges Argument dafür nennen, dass es Unfug wäre, wenn wir in der öffentlichen Debatte eine andere Regelgrenze als andere Bundesländer nehmen würden. Im Rating, das entscheidend dafür ist, mit welchen Konditionen wir auf dem Kreditmarkt Mittel aufnehmen können – allein für die Schulden, die Rot-Grün gemacht hat, müssen Mittel am Markt aufgenommen werden –, würden wir wesentlich schlechter dastehen, wenn wir uns selbst eine niedrigere Kreditgrenze bescheinigen würden. Das wäre wirtschaftspolitischer Unfug. Mit einer solchen Maßnahme könnte Karlheinz Weimar niemals einen Haushalt hier erklären.

(Norbert Schmitt (SPD): Das ist falsch!)

Deswegen ist es richtig so, wie es im Moment gemacht wird. Wenn es so weitergeht, wie es in diesem Jahr aufgehört hat, kann die Reduzierung im nächsten Jahr mehrere Hundert Millionen Euro betragen.

Diese vorsichtige Schätzung der Einnahmen zeichnet einen guten Kaufmann aus. Das ist der Unterschied. Der Kollege Kaufmann ist gerade weg. Mit dem guten Kaufmann meinte ich jetzt Karlheinz Weimar.

(Lachen bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In der Fußballsprache würde man bei einem solchen Haushaltsaufstellungsverfahren davon reden: lieber flach spielen, also die Steuereinnahmen niedrig ansetzen, und hoch gewinnen, als hoch spielen, also hohe Steuereinnahmen ansetzen, und am Ende hoch verlieren. Diese Fußballerstrategie von Karlheinz Weimar können wir nur unterstützen.

(Beifall bei der CDU – Norbert Schmitt (SPD): Das war jetzt aber eine Schwalbe!)

Die Erfolge dieser Politik lassen sich im Haushaltplan 2007 klar nachlesen. Die im Wahlprogramm versprochenen Schwerpunkte – ich nenne sie gern noch einmal: Sicherheit, Bildung, Infrastruktur und Wirtschaft – werden systematisch und Punkt für Punkt umgesetzt. In allen Ressorts werden Bereiche, die für die Zukunft Hessens von besonderer Bedeutung sind, aufgestockt. Die eben genannten Bereiche werden im Jahr 2007 mehr Geld haben als im Jahr 2006. Dabei gelingt es insbesondere – das ist doch das Entscheidende, was im Moment keinem anderen Bundesland in Deutschland gelingt –, die Personalausgaben trotz der nach der demografischen Entwicklung immer stärker steigenden Pensionslasten nur um 0,7 % steigen zu lassen, quasi konstant zu halten, wenn man einmal die 29 Millionen € abzieht, die wir den Beamten geben.

(Norbert Schmitt (SPD): Da ist der Hochschluhaushalt gar nicht drin, der Rechnungshof hat ganz andere Zahlen!)

Meine Damen und Herren, diese Landesregierung hält, was sie verspricht. Ich kann das noch einmal sagen. Bildung: 130 zusätzliche Lehrer, 200 befristete Stellen werden in unbefristete umgewandelt. Seit 2004 haben wir 175 Millionen € mehr für Bildung ausgegeben. 30 Millionen € für den Umbau der Universitäts- und Landesbibliothek Darmstadt, davon im Haushalt 2007 die erste Rate von 3,6 Millionen €. Dann noch ganz wichtig: Die Studiengebühren fließen in vollem Umfang zur Verbesserung der Studienbedingungen an die Hochschulen. Da freut sich die Kollegin Beer.

(Nicola Beer (FDP): Wie lange noch, Herr Kollege?)

Auch das ist eine Maßnahme im Haushalt 2007, die viele auf der Seite so nicht erwartet hätten. Alles Geld, das bisher für die Hochschulen im Haushalt war, bleibt auch drin.

Die Mittel für Straßenbau steigen um 10 Millionen €. Weitere Maßnahmen betreffen die Museumslandschaft Kassel, den Flughafen Kassel-Calden usw. Ich will nicht verhehlen: Das Großprojekt Schloss Beberbeck mit einer Verpflichtungsermächtigung von 30 Millionen € wird eine grandiose Wirtschaftsförderungsmaßnahme für Nordhessen werden.

Dann kommt noch der von der „Bild“-Zeitung freundlicherweise aufgedeckte „Geheimplan innere Sicherheit“ des hessischen Finanzministers zur Modernisierung der Polizei: Verbesserung der IT-Ausstattung mit 2,5 Millionen €, für Fahrzeuge 5,2 Millionen €; die Anzahl der Polizeianwärter steigt um 150 gegenüber dem Vorjahr auf insgesamt 400. An der Stelle kann man noch einmal sagen, dass wir den hessischen Polizisten für den Einsatz, den sie im WM-Jahr 2006 geleistet haben, in besonderem Maße danken sollten.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Auch wenn Sie bei der Opposition, zumindest bei Rot-Grün, es ungern hören, nenne ich im Sozialbereich das BAMBINI-Programm.

(Petra Fuhrmann (SPD): Ein schönes Programm der Kommunen!)

Frau Kollegin Fuhrmann, 10 Millionen € werden aus Landesmitteln obendrauf gegeben. Davon hätten Sie zu Ihrer Zeit geträumt.

(Petra Fuhrmann (SPD): Das hatten wir schon vorher! – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer hat denn die Mittel vorher gestrichen? Das ist eine Unverschämtheit!)

Mit den 100 Millionen € aus dem KFA zusammen gibt es weitere Verbesserungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben 1 Milliarde € in die Betreuung der Dreibi- Sechsjährigen gesteckt! Davon träumen Sie heute noch! Wir haben das gemacht im Gegensatz zu euch!)

– Herr Kollege Al-Wazir, du kannst nachher eine Kurzintervention machen. – In der Arbeitsmarktpolitik haben wir 37,5 Millionen € für das Programm „Erfahrung hat Zukunft“.

(Norbert Schmitt (SPD): 50 Millionen € habt ihr aus dem KFA für Kinderbetreuung genommen!)

Ich muss sagen, wenn Silke Lautenschläger als Lottofee dargestellt wird: Das ist eine niedliche Bezeichnung. Ich glaube gar nicht, dass die Sozialministerin so viel dagegen hat, wenn sie als Lottofee bezeichnet wird; denn da gibt es wirklich schlimmere Bezeichnungen für Sozialministerinnen. Aber insgesamt kann sich der Haushalt von Silke Lautenschläger im Jahr 2007 wahrlich wiederum sehen lassen.

(Petra Fuhrmann (SPD): Wahrlich nicht!)

Die 29 Millionen €, die wir den Beamten mit der Einmalzahlung von 250 € auszahlen werden,

(Norbert Schmitt (SPD): Und den Versorgungs-empfängern!)

sind ein Stück Rückgabe dessen – das ist gar keine Frage –, was wir den Beamten im Jahr 2004 nehmen mussten.

Wenn ich vorhin alles aufgeschrieben hätte, was die Opposition an Forderungen aufgestellt hat – erst die SPD, dann die GRÜNEN, in Teilen auch die FDP; Herr von Hunnius ich gebe zu, deutlich weniger –, wenn ich das zusammenrechnen würde, dann käme ich auf eine Summe von Ausgabenforderungen, denen leider keine Einsparvorschläge gegenüberstehen. Die Opposition versucht wieder einmal, sich aus der Verantwortung zu stehlen. Sie wollen alle mitessen, aber den Abwasch will keiner von Ihnen machen.

(Beifall bei der CDU – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie hätten Ihre Rede doch umschreiben sollen!)

Wenn Sie bei den Ausgaben davon reden, dass es sich um einen Wahlkampfhaushalt handle, muss ich sagen: Ich kann derzeit nur einen Wahlkampf erkennen, und der findet innerhalb der SPD statt.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Richtig!)

Jetzt komme ich noch einmal zur Lage der Kommunen. Neben den Familien sind sie tatsächlich die Gewinner im Haushalt 2007, nicht nur durch die höheren Zuweisungen im KFA. Die Finanzsituation der hessischen Kommunen wird sich im Jahr 2007 deutlich verbessern. Neben den 12,5 % höheren Zuweisungen im KFA muss man feststellen, durch die Erhöhung des Anrechnungsfaktors der Gemeinschaftssteuern und der Schlüsselzuweisungen – ich gebe zu, ein nicht ganz so spannendes öffentliches Thema, wo Karlheinz Weimar mit den Spitzenverbänden verhandelt hat – ist für die Landkreise in der Summe eine Verbesserung um 65 Millionen € bei den Umlagen herausgekommen. Das sind Zahlen, die den Landkreisen zugutekommen.

(Reinhard Kahl (SPD): Zulasten der Gemeinden, sagen Sie es doch!)

– Eben haben Sie noch gesagt, zulasten der Kreise bezahlen wir das BAMBINI-Programm. Was denn nun?

(Reinhard Kahl (SPD): Das ist zulasten der Gemeinden! – Minister Karlheinz Weimar: Irgendwoher muss es doch kommen! – Reinhard Kahl (SPD): Dann muss man es aber sagen!)

Das Gewerbesteueraufkommen in Hessen ist im ersten Halbjahr 2006 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 24,5 % gestiegen, auf insgesamt 1,95 Milliarden €, wovon nach Abzug der Umlage 1,6 Milliarden € bei den Kommunen bleiben, über 400 Millionen € mehr als im Vorjahr. Im Jahr 2007 wird sich eine ähnliche Steigerungsrate für die Kommunen ergeben. Städte und Kreise werden übrigens nach derzeitigem Erkenntnisstand durch die Arbeitsmarktreform um ca. 268 Millionen € pro Jahr entlastet.

(Norbert Schmitt (SPD): Mein Kreis erzählt mir immer etwas anderes!)

Auch das sind Maßnahmen, die die Finanzkraft der Kommunen eher erhöhen als verschlechtern.

Zur Haltung der Landesregierung zu den Sonderstatusstädten will ich heute gar nicht viel sagen. Der Bericht des Landesrechnungshofs liegt Ihnen vor. Er untermauert eindrucksvoll die Haltung der Landesregierung, dass das mit dem reduzierten Rabatt von 43 % einigermaßen ordentlich abgedeckt ist. Letztlich dürfen am Ende nicht die anderen Landkreise ohne Sonderstatusstädte darunter leiden, dass die Kreise mit Sonderstatusstädten bei den Schlüsselzuweisungen im Kommunalen Finanzausgleich eine besondere Bevorteilung erfahren. Deswegen will ich nicht verhehlen, dass auf der Ebene der Kommunen die Landkreise nach wie vor die größeren Probleme haben. Aber während sich der Kommunale Finanzausgleich im letzten Regierungsjahr unter Rot-Grün, 1998, um 1,1 % reduziert hat, steigen die Mittel im Jahr 2007 um 12,5 %. Auch das ist ein Unterschied. Wenn die Wirtschaftskraft steigt, haben auch die hessischen Kommunen etwas davon, und dafür können sie sich auch bei der Hessischen Landesregierung bedanken.

(Lachen des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich komme jetzt zum Schluss. Insgesamt können wir sehr optimistisch in die Zukunft blicken. Die im Wahlprogramm versprochenen Schwerpunkte – Sicherheit, Bildung, Infrastruktur und Wirtschaft – werden auch im Haushalt 2007 systematisch und Punkt für Punkt umgesetzt, teilweise sogar weiter aufgestockt. Da können Sie von der Opposition gern in den Tisch beißen. Die Landesregierung und die CDU-

Fraktion haben mit ihrem Haushaltsplanentwurf an ihrem Kurs festgehalten

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Immer mehr Schulden, das ist der Kurs!)

und werden sich auch in den nächsten Jahren nicht davon abbringen lassen. Wir konsolidieren, wir modernisieren,

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und machen Schulden!)

und wir investieren in die Infrastruktur und in die Köpfe unserer Kinder, damit Hessen weiter vorankommt. Diese Landesregierung mit Roland Koch an der Spitze

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Macht Schulden, Schulden, Schulden!)

steht zu ihren Ankündigungen und zu ihrer Verantwortung.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und macht noch mehr Schulden!)

Herr Kollege Kaufmann, wir haben gehalten, was wir versprochen haben.

(Norbert Schmitt (SPD): Mehr Schulden habt ihr nicht versprochen!)

Weimar hat unter widrigsten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen das Land Hessen sicher durch die schwerste Finanzkrise der öffentlichen Haushalte seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland gelenkt und auch für 2007 ein verlässliches Zahlenwerk vorgelegt.

(Beifall bei der CDU – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nur Schulden gemacht!)

Sie von der Opposition können sich sicher sein – ich wiederhole, was ich letztes Jahr gesagt habe –, dass sich diese Landesregierung auf die größte CDU-Fraktion, die es je im Hessischen Landtag gegeben hat, bei diesem Haushalt verlassen kann. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Vielen Dank, Herr Kollege Milde. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit sind wir am Ende dieser Aussprache angelangt.

(Weiter anhaltender Beifall bei der CDU – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Beifall der Schuldenmacher! – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), zur CDU gewandt: Ihr entwertet das Parlament!)

Die erste Lesung hat stattgefunden. Es wird vorgeschlagen, den Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessens für das Haushaltsjahr 2007, Drucks. 16/6011, den Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Finanzausgleichsänderungsgesetz 2007, Drucks. 16/6012, und den Antrag der Landesregierung betreffend Finanzplan des Landes Hessen für die Jahre 2006 bis 2010, Drucks. 16/6044, an den Haushaltsausschuss zur Vorbereitung der zweiten Lesung zu überweisen. – Dem wird nicht widersprochen, dann verfahren wir so.

Auf Ihren Plätzen verteilt wurden die Beschlussempfehlung und der Bericht des Haushaltsausschusses zu dem

Antrag der Landesregierung betreffend Veräußerung der landeseigenen Liegenschaft in Wiesbaden, Am Kloster Klarenthal 7a, Drucks. 16/6106. Diese werden in die Tagesordnung unter Punkt 57 aufgenommen. Wer ist zuerst dran? Herr Wintermeyer?

(Zuruf des Abg. Axel Wintermeyer (CDU))

– Dann Frau Beer.

Nicola Beer (FDP):

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die FDP-Fraktion war es, die gemäß § 33 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung den Landtagspräsidenten gebeten hat, zu der Veräußerung dieser Liegenschaft in der Klarenthalstraße die Entscheidung des Landtags einzuholen. Wir schlagen Ihnen vor, die Abstimmung über die Beschlussempfehlung auf die Tagesordnung des nächsten Plenums zu setzen, da wir gerade dabei sind, hierzu einen umfangreichen Dringlichen Berichtsantrag vorzubereiten, den wir gern im Ausschuss vor der Abstimmung hier im Hause beraten würden. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Herr Wintermeyer.

Axel Wintermeyer (CDU):

Frau Präsidentin! Wir widersprechen, dass das erst im nächsten Plenum besprochen wird. Wir schlagen vor, den Tagesordnungspunkt am Ende der Gesetzeslesungen, d. h. am Freitag vor den Tagesordnungspunkten 20 und 21, zu besprechen. Hintergrund ist, dass der Verkauf durch den Landtag gebilligt werden muss. Die Landesregierung sollte im Hinblick darauf, dass das Objekt zügig verkauft wird, noch diese Woche eine Entscheidungsgrundlage haben.

(Nicola Beer (FDP): Interessant!)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Gut, dann lasse ich darüber abstimmen. – Entschuldigung, Herr Kahl.

Reinhard Kahl (SPD):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist das gute Recht der FDP-Fraktion, zu beantragen, das auf die Tagesordnung der nächsten Plenartagung zu setzen. Nach der Beschlussfassung im Haushaltsausschuss soll die Entscheidung über den Verkauf auf die Tagesordnung dieses Plenums kommen. An welcher Stelle wir dies behandeln, ist nicht das Entscheidende. Es ist aber vollkommen klar, dass wir nach der Beschlussfassung im Haushaltsausschuss während dieser Plenartagung über den Verkauf zu entscheiden haben. Deswegen beantragen wir, dass der Verkauf in dieser Plenartagung behandelt wird.

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Dann lassen wir darüber abstimmen. Wer dem Vorschlag von Herrn Wintermeyer zustimmen möchte, den Verkauf

zu dem von Herrn Wintermeyer vorgeschlagenen Zeitpunkt nach den Gesetzeslesungen in dieser Plenartagung zu behandeln, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CDU, SPD und GRÜNE. Wer ist dagegen? – Das ist die FDP. Damit haben wir beschlossen, den Punkt auf die Tagesordnung zu setzen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 17** auf:

Mitteilung der Landesregierung betreffend Änderung der Zuständigkeit der einzelnen Ministerinnen und Minister nach Art. 104 Abs. 2 der Verfassung des Landes Hessen – Drucks. 16/6014 –

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Die Mitteilung ist somit zur Kenntnis genommen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Zweites Gesetz zur Änderung des Datenverarbeitungsverbundgesetzes – Drucks. 16/6058 –

Hierzu ist keine Aussprache vorgesehen. Ich gebe aber dem Innenminister das Wort zur Einbringung.

Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:

Frau Präsidentin, meine Damen, meine Herren! Mir ist im Vorfeld der Beratung dieses Punktes übermittelt worden, dass Einmütigkeit im Hause besteht. Deswegen möchte ich mich auf wenige Punkte beschränken und das Gesetz für die Landesregierung hier einbringen.

Das Datenverarbeitungsverbundgesetz ist das juristische Rückgrat der gesamten Datenverarbeitung sowohl für die Hessische Zentrale für Datenverarbeitung als auch für die Kommunalen Gebietsrechenzentren. Es läuft zum 31.12. dieses Jahres aus und muss deshalb erneut in Kraft gesetzt werden.

Ich möchte auf zwei Punkte hinweisen, die neu sind. Wir haben zum einen unter Beachtung des Gesichtspunktes der Gewaltenteilung eine jetzt im Gesetzentwurf geänderte Regelung, die bislang nur in der Satzung der HZD vorgesehen war. Es geht hier darum, dass für den Bereich der Justiz die fachaufsichtliche Zuständigkeit des Justizministeriums jetzt ausdrücklich festgeschrieben wird und dass darüber hinaus die Verantwortung für die Daten der justiziellen Verfahren bei den Gerichten und den Justizbehörden selbst verbleibt. Beides sind Punkte, die insbesondere im Gerichtswesen besondere Bedeutung haben.

Ich möchte auf einen zweiten neuen Gesichtspunkt hinweisen. Sie werden sich erinnern, das Kommunale Gebietsrechenzentrum Wiesbaden hat eine Reihe von Besonderheiten und Schwierigkeiten. Dieses Kommunale Gebietsrechenzentrum ist nach seiner Auflösung nur noch in Abwicklung. Nach diesem Gesetzentwurf soll das KGRZ als Abwicklungsverband nach dem Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit weiter bestehen. Im Übrigen ist es auch die Grundlage für das E-Government-Programm der Landesregierung.

Meine Damen und Herren, nachdem mir vermittelt wurde, dass alle Fraktionen des Hauses dem Gesetzentwurf grundsätzlich zustimmen werden, sind Sie sicherlich damit einverstanden, dass ich mich im Übrigen auf die schriftliche Begründung der Gesetzesvorlage beziehe. Ich bitte das Haus um Zustimmung.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Vielen Dank für die Einbringung, Herr Innenminister. – Der Gesetzentwurf ist damit eingebbracht und wird zur Vorbereitung der zweiten Lesung an den Innenausschuss und mitberatend an den Haushaltsausschuss überwiesen. Ist das so?

(Zuruf von der SPD: Nur an den Innenausschuss!)

– Der Gesetzentwurf wird also nur an den Innenausschuss überwiesen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Hessisches Ausführungsgesetz zum Schwangerschaftskonfliktgesetz – Drucks. 16/6061 –

Zunächst erhält Frau Ministerin Lautenschläger zur Einbringung des Gesetzentwurfs das Wort.

Silke Lautenschläger, Sozialministerin:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir legen Ihnen heute einen Gesetzentwurf für ein Hessisches Ausführungsgesetz zum Schwangerschaftskonfliktgesetz vor. Damit werden drei Ziele verfolgt: erstens die weltanschaulich vielfältige, kompetente und ortsnahe Beratungslandschaft sicherzustellen, zweitens die Förderung der Beratungsstellen auf eine rechtlich sichere Basis zu stellen und drittens die Verwaltungsabläufe zu vereinfachen.

(Unruhe)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Entschuldigen Sie bitte, Frau Ministerin. – Ich bitte um etwas mehr Ruhe im Saal. Wenn Sie unbedingt Gespräche führen müssen, bitte ich Sie, hinauszugehen, weil es anstrengend ist, gegen eine Geräuschkulisse anzureden.

Silke Lautenschläger, Sozialministerin:

Vielen Dank, Frau Präsidentin.

Der Schutz des ungeborenen Lebens ist ein besonderes Anliegen der Hessischen Landesregierung. Dafür brauchen wir ein breites und plurales Beratungsangebot. Das wollen wir mit diesem Gesetzentwurf dauerhaft absichern. Die Frage der öffentlichen Förderung von Beratungsstellen nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz hat in den letzten Jahren in allen Bundesländern, denen die Ausführung obliegt, zu vielen Diskussionen über den angemessenen Umfang der Förderung und eine gerechte Verteilung für ein plurales Beratungsangebot weltanschaulich unterschiedlicher Träger gesorgt.

Auch hier in Hessen haben wir aufgrund der gewachsenen Struktur der Beratungsangebote und der immer neu, zum Teil verwaltungsrechtlich zu überprüfenden Fördermodelle den Weg zu einem Konsensmodell mit diesem Lösungsvorschlag freigemacht. Der Weg war sicherlich, wenn man die vergangenen Jahre betrachtet – hier muss man weit in die Neunzigerjahre hinein zurückgehen –, nicht immer einfach.

Bisher gab es in Hessen ein Modell, das eine Pauschale je Beratungsfall vorsah und das in der Vergangenheit unter den Trägern auch sehr umstritten war. Wir haben in den vergangenen Jahren die Fördermittel aufgestockt und mit

den Trägern einen Gesetzentwurf verhandelt, der auf der einen Seite Rechtsfrieden für die Zukunft bringt und der auf der anderen Seite ein plurales und ein unterschiedliches weltanschauliches Angebot sicherstellt. Ich gehe davon aus, dass wir auch mit dem jetzt vorgelegten Gesetzentwurf bei den Trägern, die dieses Beratungsangebot in Hessen schon in den vergangenen Jahren sehr umfangreich sichergestellt haben, eine große Akzeptanz erreichen werden. Der Gesetzentwurf stellt einen Beitrag zur Verwaltungsvereinfachung dar. Er entspricht den Vorgaben, die die Auslegung des Schwangerschaftskonfliktgesetzes durch die höchstrichterliche Rechtsprechung erfahren hat.

Der bundesgesetzliche Rahmen legt die wesentlichen Parameter der Ausgestaltung und Ausführung der Förderung durch die Länder fest. In den Jahren 2003 und 2004 hat das Bundesverwaltungsgericht höchstrichterliche Urteile gefällt. Danach haben anerkannte Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen, die zur Sicherstellung eines ausreichenden Angebots an wohnortnaher und pluraler Beratung erforderlich sind, einen Anspruch auf öffentliche Förderung in Höhe von mindestens 80 % der notwendigen Personal- und Sachkosten. Dies gilt für alle Formen der Beratung, die das Gesetz vorsieht, also auch für Beratungsstellen, die sich nicht an der Konfliktberatung mit Beratungsschein beteiligen.

Wir haben uns in Hessen ganz klar dafür entschieden, ein breit gefächertes und weltanschaulich plurales Beratungsangebot bereitzustellen, das von den Trägern der katholischen Kirche über donum vitae, über die evangelische Kirche, über kommunale Beratungsstellen und viele andere Träger bis hin zu pro familia als einem der größten Träger reicht.

Darüber hinaus hat das Bundesverwaltungsgericht klar und deutlich festgelegt, dass objektive Kriterien in einem Landesgesetz normiert werden müssen, wenn eine Auswahl von Beratungsstellen erfolgen soll und muss. Nach dem Personalschlüssel des Schwangerschaftskonfliktgesetzes sind die Länder verpflichtet, eine Personalberatungsstelle pro 40.000 Einwohner zu fördern.

Für Hessen wären das derzeit 152 Stellen. Wir haben im Moment mehr als 152 Stellen. Das sichert unser Beratungsangebot ab. Aber wenn in Zukunft Förderanträge darüber hinausgehen, ist es wichtig, eine gesetzliche Grundlage zu haben. Nur mit einer solchen gesetzlichen Grundlage kann überhaupt entschieden und eine Auswahl getroffen werden, wenn es Überhänge gibt. Das Hessische Ausführungsgesetz, das ich Ihnen heute vorlege, soll diesem Vorbehalt Rechnung tragen und damit zweierlei bewirken: auf der einen Seite eine Planbarkeit für den Haushaltsgesetzgeber und auf der anderen Seite eine nachvollziehbare und verlässliche Entscheidungsgrundlage im Rahmen eines Auswahlermessens, das vom Gesetz vorgegeben wird, wenn Entscheidungsbedarf ansteht.

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Frau Ministerin, ein freundlicher Hinweis: Die vereinbarte Fraktionsredezeit ist abgelaufen.

Silke Lautenschläger, Sozialministerin:

Ich beeile mich und komme zum Ende. Es ist aber ein doch zu ernstes Thema.

Der Entwurf sieht dabei die Übertragung der Zuständigkeit für das Auswahlermessen auf das Regierungspräsidium Kassel vor, das bisher für die Durchführung zuständig war. Das Sozialministerium wird weiterhin die Aufsicht wahrnehmen. Damit wird dem Prinzip eines möglichst einheitlichen Verwaltungsvollzuges Rechnung getragen.

Der mit dem Gesetz entwickelte Förderrahmen einer Kostenpauschale für die vorhandenen Beratungsstellen gilt bereits ab dem Jahre 2006. Dies erscheint aus unserer Sicht sinnvoll und geboten, weil die vorherige Berechnung nach Fallpauschalen dem Anspruch der Träger auf die Höhe der öffentlichen Förderung nicht gerecht wurde. Wir haben versucht, mit den Trägern einen gesetzlichen Rahmen zu erreichen, der von der Pauschale pro Beratungsfall wegeht, der durchaus vom Bundesverwaltungsgericht in bestimmten Bereichen anerkannt wurde. Wir haben aber klar gesagt: Wir wollen eine größtmögliche Sicherheit, die es ermöglicht, diese 80 % abzudecken, wie es die Träger wünschen.

Wir hatten in den vergangenen Jahren viele Rechtsstreitigkeiten, die aus den Neunzigerjahren kommen, mit den Trägern zu verhandeln. Wir wollen neben der Besserstellung der Träger vor allem eine Klarheit für die Träger schaffen. Wir haben inzwischen mehr Beratungsstellen. Wir sichern mit diesem Gesetz ab, dass das breite Angebot in Hessen von Ärzten bis zu weltanschaulich unterschiedlichen Trägern erhalten bleibt. Wir sichern auch ab, dass der Gesetzgeber in Zukunft vernünftige Rahmenbedingungen hat. Es würde mich freuen, wenn dieses Verfahren, das bei den Trägern auf große Akzeptanz gestoßen ist, auch im Landtag positiv begleitet wird.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Vielen Dank, Frau Lautenschläger. – Die vereinbarte Redezeit beträgt fünf Minuten. Erste Wortmeldung, Frau Kollegin Fuhrmann für die SPD-Fraktion.

Petra Fuhrmann (SPD):

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst ganz klar feststellen: Die SPD-Fraktion ist immer für ein plurales Beratungsangebot eingetreten, in dessen Rahmen diese schwierigen Entscheidungen sozusagen ohne Sanktionen und ohne Druck getroffen werden können. Das wird sich auch nicht ändern. Insbesondere ist es uns sehr wichtig, dass dieses Angebot wohnortnah vorgehalten wird und wirklich plural ist – auch im ländlichen Raum.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Margaretha Hölldobler-Heumüller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ein paar Bemerkungen. Nach Jahren, in denen uns die Träger der Beratungsstellen immer vorgetragen haben, dass sie mit den Pauschalen nicht auskommen, muss man sagen: Insbesondere die Caritas hat in dieser Frage gegen die Landesregierung geklagt.

(Ministerin Silke Lautenschläger: Das stammt noch von Rot-Grün, auch die Rechtsstreitigkeiten!)

– Das ist so. Auch die Rechtsstreitigkeiten stammen aus früheren Zeiten. Die Träger haben gesagt: Das Geld reicht uns nicht.

(Ministerin Silke Lautenschläger: Wir haben aufgestockt!)

Das ist über Jahre so gegangen. Ich empfinde es für uns in der Politik insgesamt als Armutszeugnis, dass wieder einmal ein Gericht – in diesem Fall das Bundesverwaltungsgericht – Politik macht und der Politik ins Stammbuch schreibt, was sie künftig zu tun und zu lassen hat. Eigentlich sind wir dafür gewählt, dies selbst zu tun.

Künftig sollen 80 % der notwendigen Sach- und Personalkosten der Beratungsstellen übernommen werden. Nach meinen ersten Erkundigungen nach Vorlage des Gesetzes bin ich der Auffassung, dass das wahrscheinlich für die meisten Träger erträglich sein wird. Wir werden das in der Anhörung nachfragen.

Ein anderer Punkt ist mir sehr wichtig. Sie haben zu Recht gesagt: Wir müssen objektive Kriterien haben, nach denen vorgegangen wird. – Eine Beratungsvollzeitstelle je 40.000 Einwohnerinnen und Einwohner, wie es im Bundesgesetz vorgesehen ist, kann im ländlichen Raum ein Problem sein. Ob wir dann das Ziel einer pluralen Beratung in allen Teilen des Landes haben – –

(Ministerin Silke Lautenschläger: Man kann mehr, und wir haben mehr!)

– Man kann mehr, richtig. Wir haben mehr. Aber es ist sozusagen erst einmal ein Fragezeichen anzubringen, ob wir es damit schaffen können. Ich will gar nicht weiter kritisieren.

Ein anderer Punkt ist mir aufgefallen. Mir erscheint es zumindest nach erster Durchsicht dieses Gesetzes ein etwas dürres Gerippe, wenn in dem Gesetz nicht auch die Kriterien für die Anerkennung und Förderung von Beratungsstellen nachvollziehbar sind. Das soll in einer Rechtsverordnung geregelt werden. Wir werden in der Anhörung dazu interessierte Fragen stellen.

Ein letzter Punkt ist die Frage der Anrechnung von Ärztinnen und Ärzten im Rahmen der Schwangerschaftskonfliktberatung. Das ist ein objektives Problem. Man kann nicht davon ausgehen, dass hier Vollzeitstellen zur Verfügung stehen, sondern das sind bestenfalls Stellenanteile von niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten. Dies ist eine Grauzone. Unter Umständen werden hier zugunsten der Zulassung von Ärztinnen und Ärzten zur Beratung wiederum die bestehenden Beratungsstellen gefährdet.

(Ministerin Silke Lautenschläger schüttelt den Kopf.)

– Sie schütteln den Kopf. Es ist nicht Ihre Intention. Das habe ich gar nicht unterstellen wollen. Ich sage nur: Das scheint mir bei dem Gesetzentwurf ein Problem zu sein. Das könnte man lösen. Wenn ich richtig informiert bin, rechnet z. B. Bremen Ärztinnen und Ärzte grundsätzlich nicht auf diesen Schlüssel an. Unter Umständen wäre dies ein Modell für Hessen und alle umliegenden Länder, die sich mit diesem Thema befassen.

Abschließend sind wir sehr gespannt auf die Anhörung und auf das, was die Träger dazu sagen. Ich denke, zumindest kann man nicht sagen, dass wir es negativ begleiten. Die Tendenz ist das positive Begleiten dieses Gesetzes. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Vielen Dank, Frau Fuhrmann. – Als nächstem Redner ertheile ich Herrn Rentsch für die FDP-Fraktion das Wort.

Florian Rentsch (FDP):

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Ministerin, was Sie vorgelegt haben – das Ausführungsgesetz zum Schwangerschaftskonfliktgesetz –, ist notwendig und wichtig. In einer Diskussion über die Entscheidung von Frauen oder Paaren, die sich in einer solchen Situation befinden, kann man als Politik nicht vorsichtig genug sein. Es ist ein sehr sensibles Thema.

Wenn man sich einmal die ganze Diskussion um § 218a vergegenwärtigt und sich die Entstehungsgeschichte vor Augen führt, muss man feststellen, dass der Teil der Beratung nicht immer ganz unumstritten gewesen ist. Ich freue mich sehr, dass wir mittlerweile in einer sehr ruhigen Atmosphäre diese Diskussion führen können und alle politisch der Meinung sind, dass dies ein wichtiger Baustein in einer aufgeklärten Gesellschaft ist. Insofern ist das ein richtiger Schritt.

Meine Damen und Herren, die Frage der Finanzierung ist lang und breit diskutiert worden. Das, was die Landesregierung vorgelegt hat, ist unserer Ansicht nach der richtige Schritt in dieser Frage gewesen. Die Umstellung der pauschalierten Förderung auf Personalkosten war notwendig. Oft war die Pauschalierung nicht die richtige Grundlage für eine nachhaltige Finanzierung der Träger und schaffte immer wieder Probleme in der Förderung, sodass das, was die Landesregierung vorgelegt hat, von uns unterstützt wird.

Es war auch richtig, nicht nur den Teil der Konfliktberatung, sondern darüber hinaus den Beratungszweck zu fördern. Das halten wir für richtig. Wir halten auch für richtig, dass die Landesregierung einen sehr breiten Ansatz wählt, einen – wie sie selber sagt – pluralen Ansatz. Frau Ministerin, aber hier werden wir gemeinsam mit Ihnen schauen müssen, dass es wirklich plural wird. Donum vitae allein wird es nicht sein – das haben Sie schon gesagt –; sie und beispielsweise pro familia, für die wir uns und auch die anderen Fraktionen sich sehr stark eingesetzt haben, müssen bei dieser Frage gleichberechtigt nebeneinanderstehen. Ich hoffe und bin eigentlich positiv davon überzeugt, dass wir das gemeinsam hinbekommen werden.

Wir behalten uns vor – Frau Kollegin Hölldobler-Heumüller wird es vielleicht noch sagen, und Frau Fuhrmann hat es kritisiert –, die Frage der Rechtsverordnung näher zu thematisieren. Ich bin nicht der Auffassung, dass alles Mögliche im Gesetz geregelt werden muss. Man sollte alles Wesentliche im Gesetz regeln. Verwaltungsverfahren muss man nicht unbedingt im Gesetz regeln. Insofern muss man genau schauen, was wirklich ins Gesetz muss und was nicht ins Gesetz muss.

Ein wichtiger Punkt scheint mir noch die Frage der Einbeziehung von Medizinern, von Ärzten in die Beratung zu sein. Ich glaube, dass es richtig ist, sie mit hineinzunehmen, weil häufig medizinische Fragen bei der Beratung eine Rolle spielen. Oft haben Frauen und Paare medizinische Fragen, wie sich ein Schwangerschaftsabbruch auf Körper, auf Leib und Leben auswirkt, sodass es ganz wichtig ist, diesen Bereich einzubeziehen.

Frau Fuhrmann, die Frage der Abrechnung, die Sie gestellt haben, kann man meines Erachtens nur – –

(Petra Fuhrmann (SPD): Anrechnung, nicht Abrechnung!)

– Das geht letztendlich um die Abrechnung, denn Ärzte können nur medizinisch Notwendiges gegenüber der GKV abrechnen, sodass der reine Beratungsfall nicht so über die GKV abgerechnet werden kann, wie Sie das sagen. Das sollten wir einmal näher diskutieren.

Ich glaube, dass es so richtig ist, wie es die Landesregierung vorschlägt. Ansonsten bleibt es dabei, wie es die Ministerin auch vorgeschlagen hat: Mit diesem Gesetz wird Hessen hoffentlich ein plurales, weltoffenes Gesetz für diesen wichtigen Bereich bekommen. Wenn von den Trägern nicht noch wesentliche Änderungen vorgeschlagen werden, werden wir dieses Gesetz so unterstützen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Vielen Dank, Herr Kollege Rentsch. – Als nächster Rednerin erteile ich Frau Kollegin Hölldobler-Heumüller für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Margaretha Hölldobler-Heumüller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Endlich liegt es vor, das Ausführungsgesetz zur Schwangerschaftskonfliktberatung. Endlich werden die Vorgaben für gesetzliche Regelungen, die schon eine ganze Weile erteilt worden sind, umgesetzt. Auch ich bedauere, dass es höchstrichterliche Entscheidungen brauchte, damit wir uns jetzt dieses Themenfeldes annehmen. Wir vonseiten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN begrüßen, dass es von den Fallzahlen weggeht, dass es zu einer Personal- und Sachkostenförderung hingeht. Für die Beratungsstellen heißt das ein Ende der Hängepartie der letzten Jahre. Frau Ministerin, ich glaube, Sie haben es etwas wohlwollender dargestellt, als Sie es eigentlich die letzten Jahre begleitet haben; denn die Beserstellung war nicht unbedingt vonseiten dieser Landesregierung gewollt, sondern Sie wurden dazu verpflichtet.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sollten auch nicht vergessen, welche Kürzungen im Rahmen der „Operation düstere Zukunft“ vorgenommen worden sind. Seitdem herrschte in den Beratungsstellen eine erhebliche Verunsicherung. Ich glaube, wir sind verpflichtet, Menschen in diesen schwierigen Lebenslagen eine Beratung anzubieten, die sowohl plural als auch ausreichend ist. Auch das begrüßen wir.

Man muss sich vor Augen halten, dass dieses Themenfeld für Leute, die sich in Konfliktsituationen befinden, immer schwieriger wird. Steigende Fallzahlen sind z. B. aufgrund der Fortschritte zu verzeichnen, die in der Pränataldiagnostik gemacht worden sind. Von daher werden Paare heute vor stets andere und immer schwierigere Fragen gestellt. Um diese zu beantworten, benötigen sie dringend Beratung. Der Beratungsbedarf ist vorhanden; er ist in den letzten Jahren erheblich gestiegen. Von daher ist es gut, dass es für die Beratungsstellen nun endlich Sicherheit gibt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie schon erwähnt wurde, begrüßen wir es, dass die Pluralität der Beratungsstellen aufrechterhalten werden soll

und dass auch Beratungsstellen, die keine Scheine ausstellen, gefördert werden. Wir wollen nämlich, dass Frauen und Männer dorthin gehen können, wo sie Vertrauen gefasst haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kollege Rentsch hat bereits die Rechtsverordnung angesprochen. Es ist allerdings schwierig, einen Gesetzentwurf zu beurteilen, wenn man nicht genau weiß, was in dieser Rechtsverordnung steht, und wenn nicht klar ist, wie es um die Inhalte der Förderung, die Anerkennung und die Nachweisverfahren bestellt ist. Dort besteht also noch eine Informationslücke. Wenn man den Weg der Rechtsverordnung einschlägt, geht es an der parlamentarischen Kontrolle vorbei.

Mangelnde Transparenz herrscht auch beim Sicherstellungsauftrag gemäß § 4 Abs. 1. Außerdem gibt es verschiedene Regelungen, die eine unserer Ansicht nach unnötige Begrenzung beinhalten. Sie haben zwar angesprochen, dass wir bislang mehr Beratungsstellen haben, als es der Versorgungsschlüssel vorsieht. Aber in dem Gesetzentwurf steht, dass dieser Versorgungsschlüssel ausschließlich gilt. Die Frage ist, warum das so ist. Wir haben ländliche Regionen, in denen es darum geht, die Tür immer für andere Regelungen offen zu halten. Ansonsten sehen wir die Gefahr, dass dort schnell gekürzt wird.

In Bezug auf die Förderhöhe bin ich mir jetzt unsicher. Sie haben nämlich bei der Einbringung des Gesetzentwurfs gesagt, dass in dem Urteil eine Förderung in der Höhe von mindestens 80 % gefordert wird. Das steht allerdings nicht im Gesetzestext. Auch da stellt sich die Frage, warum das nicht der Fall ist. Gerade kleinere Träger können mit dieser 80 %-Förderung Probleme bekommen, nämlich wenn es darum geht, ob es über die Pauschalen für die Sach- und Personalkosten wirklich zu einer 80-prozentigen Deckung der Kosten kommt.

Auch die Arztstellen wurden schon angesprochen. Ich glaube, an diesem Punkt muss noch einmal nachgearbeitet werden; denn es wird nicht berücksichtigt, dass dort nur Konfliktberatung nach § 5, nicht aber nach den §§ 2 und 3 des Schwangerschaftskonfliktgesetzes durchgeführt werden kann.

Als Fazit bleibt festzuhalten: Es ist gut, dass der Gesetzentwurf endlich vorliegt. Bei Details sind sicherlich noch Nacharbeiten und Verbesserungen nötig. Das wird Gegenstand der Anhörung sein, wenn auch die Verbände ihre Stellungnahmen dazu abgeben. Außerdem ist die Einbringung des Gesetzentwurfs äußerst knapp getrimmt. Aber machen wir uns an die Arbeit und sorgen dafür, dass es auf den Weg kommt. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Vielen Dank, Frau Kollegin Hölldobler-Heumüller. – Als nächster Rednerin erteile ich Frau Kollegin Ravensburg für die CDU-Fraktion das Wort.

Claudia Ravensburg (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Auch meine Fraktion hält ein Hessisches Ausführungsgesetz zum Schwangerschaftskonfliktgesetz für notwendig. Für uns sind die Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts aus den Jahren 2003 und 2004

maßgeblich. Der heute vorgelegte Gesetzentwurf trägt den Urteilen Rechnung. Es setzt dabei folgende Schwerpunkte: die wohnortnahe Beratung schwangerer Frauen in ganz Hessen, die Umstellung der Finanzierung der Beratungsstellen auf einen Pauschalsatz in Höhe von 80 % der Personal- und Sachkosten – die Vorredner haben es erwähnt – sowie die Aufrechterhaltung der Pluralität der Anbieter von Beratung, indem freie und kommunale Beratungsstellen sowie Ärztinnen und Ärzte dafür vorgesehen sind.

Wir halten die Einbeziehung der Ärzte für unbedingt erforderlich. Aber, Frau Fuhrmann, der Anteil der Ärzte ist von 25 auf 20 % begrenzt worden. Ich kann Ihre Bedenken also nicht nachvollziehen.

Um die Wohnortnähe zu gewährleisten, werden in Hessen Versorgungsgebiete gebildet, in denen auf 40.000 Einwohner je eine Vollzeitstelle kommt. Das bedeutet 152 Stellen für Hessen.

Meine Fraktion legt besonderen Wert auf die in § 3 des vorliegenden Gesetzentwurfs geregelte Auswahl des Beratungsangebotes. Es muss den Schwangeren möglich sein, zwischen Beratern, die unterschiedliche Weltanschauungen vertreten, zu wählen. Positiv bewerte ich, dass Beratungsstellen der katholischen und der evangelischen Kirche genauso wie Beratungsstellen von donum vitae und pro familia Berücksichtigung finden. Die Schwangerschaftskonfliktberatung soll gerade auch eine Beratung zugunsten des Schutzes des Lebens sicherstellen.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Richtig!)

Die hohe Anzahl der Abtreibungen in Hessen betrachte ich mit Sorge. Wir begrüßen in diesem Zusammenhang, dass sowohl Einrichtungen, die nach § 7 eine Konfliktberatung mit der Ausstellung eines Beratungsscheins anbieten, gefördert werden als auch solche, die nach § 2 eine allgemeine Beratung im Zusammenhang mit Familienplanung, Sexualaufklärung und Prävention sowie eine Bera-

tung bei unerfülltem Kinderwunsch, bei Problemen im Verlauf einer Schwangerschaft und Konflikten, die während einer Schwangerschaft sehr häufig vorkommen, durchführen und die darüber hinaus Informationen über die Möglichkeit von Adoptionen geben. Alle werden über den Pauschalsatz finanziert.

Ich freue mich – dafür bedanke ich mich sehr herzlich bei der Frau Sozialministerin –, dass nach langem Verhandeln, auch schon in rot-grünen Zeiten, jetzt ein Konsens mit den Trägern gefunden werden kann. Ich bin sicher, dass die weiteren Beratungen und die Anhörung dies widerspiegeln werden. Ich bin davon überzeugt, dass Hessen mit diesem Gesetzentwurf ein umfassendes Hilfsangebot für Männer und Frauen sicherstellt, besonders aber für schwangere Frauen, die in ihrer speziellen Situation unserer Unterstützung bedürfen – und das in allen Regionen in Hessen und mit einer finanziellen Sicherheit für die geförderten Beratungsstellen. Wir warten die Beratungen und die Anhörung ab. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Vielen Dank, Frau Ravensburg. – Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Damit sind wir am Ende der Aussprache angelangt. Das war die erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Hessisches Ausführungsgesetz zum Schwangerschaftskonfliktgesetz, Drucks. 16/6061.

Der Gesetzentwurf wird zur Vorbereitung der zweiten Lesung an den Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen.

Damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt. Ich wünsche Ihnen einen netten Abend und schließe die Sitzung.

(Schluss: 18.44 Uhr)